

## POLITIK

### st-Berlin: Evangelium im Dom für Weizsäcker

Lehrere hundert Ost-Berliner  
am Sonntagabend den Regie-  
den Bürgermeister von Berlin,  
hard von Weizsäcker, nach sei-  
Teilnahme am Festgottesdienst  
den neuernannten Kardinal  
chim Meisner im Ostteil der  
dt. Weizsäcker nahm ebenso  
die drei alliierten Stadtkom-  
mandanten James G. Boatner  
(A), David F. Mostyn (Großbri-  
ten) und Jean-Pierre Liron  
nreich) an der Festmesse im  
Hedwig-Dom teil. Die Feier  
konstruierte den Zusammenhalt  
Bistums Berlin unter Kardinal  
ner, das aus beiden Teilen der  
dt. und weiten Gebieten Mittel-  
schlands in Mecklenburg und  
andenburg besteht. Weizsäcker  
bereits beim Betreten der mit  
d 2000 Gläubigen aus Ost und  
st überfüllten Hedwig-Kirche  
lebhaftem Applaus begrüßt  
den Nach dem Gottesdienst  
nieb er auf dem Weg zu seinem  
antragende zahlreiche Auto-  
nne. Von Weizsäcker und sei-  
Frau sowie die drei alliierten  
dtkommandanten wurden vor  
st Abfahrt von den Ost-Berli-  
n nicht umdrängt. Seite 5

### EG einigt sich mit Japan auf Export-Grenzen

dpa/VWD, Tokio  
Durch die Zusage befristeter Ex-  
portbeschränkungen hat Japan am  
Wochenende die Handelskonflikte  
mit der Europäischen Gemein-  
schaft und den Vereinigten Staaten  
entschärft. Mit der EG schloß die  
Regierung in Tokio eine für drei  
Jahre geltende Vereinbarung ab,  
die von diesem Jahr an die auf dem  
europäischen Markt besonders ex-  
pansive japanische Elektronikin-  
dustrie bei Videorecordern und  
Farbbildröhren zur Einhaltung von  
Quoten verpflichtet. Für acht wei-  
tere Produkte will sich die fernöst-  
liche Konkurrenz für die gleiche  
Zeitraum eine nicht im einzelnen  
spezifizierte „Exportmengen-  
begrenzung“ auferlegen. Der Vizepräsident der  
EG-Kommission, Etienne Davi-  
gnon, bezeichnete es als einen „be-  
deutenden Wendepunkt“, daß Ja-  
pan zum ersten Mal mit der gesam-  
ten EG und nicht nur mit einzelnen  
Mitgliedsländern derartige Ab-  
sprachen getroffen habe. Der US-  
Handelsbeauftragte William Brock  
setzte für 1983 eine Verlängerung  
der Selbstbeschränkung beim ja-  
panischen Autoexport in die USA  
auf 1,68 Millionen Fahrzeuge durch.  
Seite 2 und 9

## Sozialist Lagorio bekräftigt den NATO-Doppelbeschluß

Italiens Verteidigungsminister zur WELT: Gegen Raketen-Monopol

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Für die Herstellung eines „wirk-  
lichen, garantierten und verifizier-  
baren Gleichgewichts“ auf dem  
Gebiet der Euro-Raketen hat sich  
der sozialistische italienische Ver-  
teidigungsminister Lello Lagorio  
in einem Interview mit der WELT  
ausgesprochen.

Von einem solchen Gleich-  
gewicht könne man nicht sprechen,  
sagte der Minister, „wenn eine der  
Seiten auf dem europäischen  
Schauplatz das Monopol eines neu-  
en Typs von Nuklearwaffen inne-  
hätte“. Lagorio bekannte sich aus-  
drücklich zum NATO-Doppelbe-  
schluß des Jahres 1979 und stellte  
klar, daß nur ein rechtzeitiges „da-  
heißt vor der Aufstellung der  
Pershing 2 und der Cruise Missiles  
erzieltes“ - Ost-West-Übereinkom-  
men die römische Regierung von  
der übernommenen Verpflichtung  
zur Installation von 112 amerika-  
nischen Marschflugkörpern auf Si-  
zilien entbinden könnte.

WELT: Die NATO hatte 1979 be-  
schlossen, Ende dieses Jahres 1979  
den Bedarf an Mittelstreckenwaf-  
fen im Lichte der konkreten Er-  
gebnisse der laufenden Verhand-  
lungen zu überprüfen. Wie beur-  
teilen Sie die Möglichkeit, in den  
nächsten Monaten zu solchen  
„konkreten Ergebnissen“ zu  
kommen?

Lagorio: Das italienische Parla-  
ment hat sich im Dezember 1979  
dem Raketenprogramm der NATO  
angeschlossen. Es hat gleichzeitig  
festgelegt, daß ein rechtzeitiges  
heißt vor der Aufstellung der  
Pershing 2 und der Cruise Missiles  
erzieltes Ost-West-Übereinkom-  
men die römische Regierung von

Ihrer Entscheidung zur Stationie-  
rung der Cruise Missiles in Euro-  
pa entbinden würde. Diese italieni-  
sche Position hat sich nicht verän-  
dert. Wir werden im Laufe dieses  
Jahres sehen, ob sich bei den Gen-  
fer Verhandlungen etwas wirklich  
Neues und Interessantes ergibt.  
Wir hoffen es, weil wir für die Re-  
duzierung der bestehenden Nu-  
clearwaffen sind, nicht für ihre  
Vermehrung.

WELT: In jüngster Zeit spricht  
man auch in Italien - und mir  
scheint, Sie haben ebenfalls da-  
von gesprochen - von einer mög-  
lichen Zwischentappe auf dem  
Weg zur Nulloption. Was soll das  
heißen? Die nur teilweise Reali-  
sierung des NATO-Programmes,  
falls die Sowjets sich bereit er-  
klären, ihr Raketenpotential bis  
zur Erreichung eines Gleich-  
gewichts zu verringern? Oder aber  
die vorübergehende Hinnahme  
des Status quo sowjetischer  
Überlegenheit (nur auf einem  
niedrigeren Niveau) durch Ver-  
zicht auf Stationierung bei der  
NATO und durch Teilreduzie-  
rung bei den Sowjets?

Lagorio: Ein ideales Übereinkom-  
men wäre ein Übereinkommen,  
das alle Raketen in Europa, im  
Osten wie im Westen, abschafft -  
zu zweit, die bodengestützten  
Mittelstreckenraketen. Aber das  
ein nicht ideales Übereinkommen  
ist überhaupt keinem Überein-  
kommen immer noch vorzuziehen.  
Doch scheint es mir unproduktiv,  
abstrakte Gedankenübungen zu  
machen, um heute voranzukommen,  
welches die nützlichen Zwischen-  
schritte sein könnten. Genf wird  
uns das sagen, und ich bin in dieser

Hinsicht nicht pessimistisch. Die  
im vergangenen Sommer von Nitze  
und Kwasniewski formulierte Ar-  
beitshypothese ist tatsächlich  
daß sich etwas bewegt. Das Pro-  
blem ist, ein wirkliches, garantier-  
tes und verifizierbares Gleich-  
gewicht zu finden. Ich glaube aller-  
dings nicht, daß man von Gleich-  
gewicht sprechen könnte, wenn eine  
der Seiten auf dem europäischen  
Schauplatz das Monopol eines neu-  
en Typs von Nuklearwaffen inne-  
hätte.

WELT: Welche Auswirkungen  
kann Ihrer Ansicht nach die  
Wahl eines Kommunisten zum  
Vorsitzenden des Verteidigungs-  
ausschusses der (italienischen)  
Abgeordnetenkammer haben?  
Lagorio: Die Wahl eines Kommu-  
nisten, des Abgeordneten Vito An-  
gelini, zum Vorsitzenden des Ver-  
teidigungsausschusses der Abge-  
ordnetenkammer ist auf einen mo-  
mentanen „Koordinationsmangel  
bei der parlamentarischen Mehr-  
heit zurückzuführen. Im Verlei-  
dungsausschuss gibt es eine breite  
Mehrheit, die von Abgeordneten  
der Regierung unterstützten  
Parteien gebildet wird. In der kur-  
zen Zeit seiner Amtstätigkeit (im  
nächsten Juni müssen laut Ge-  
schäftsordnung neue gewählt werden)  
kann der Vorsitzende Angelini nur  
das gute Funktionieren der Arbeit  
des Verteidigungsausschusses si-  
cherstellen. Ich kenne den Abge-  
ordneten Angelini, und ich bin si-  
cher, daß er dies tun wird. Jeden-  
falls haben die Parlamentsaus-  
schüsse nach der italienischen Ver-  
fassungsordnung nicht die Macht  
zum Veto oder zur Verlangsamung  
der Regierungsarbeit.

## DER KOMMENTAR

### Das Beispiel

RÜDIGER MONIAC

Der amerikanische Vize-  
präsident Bush hat in Eu-  
ropa deutliche Spuren hin-  
terlassen. Washington, Lon-  
don, Paris und die nicht-nu-  
klearn europäischen Ver-  
bündeten der USA sprechen  
zum NATO-Doppelbeschluß  
eine gemeinsame Sprache,  
eine unmißverständliche zu-  
mal. Dies zeigen gerade auch  
die Äußerungen des italieni-  
schen Verteidigungsmini-  
sters Lagorio gegenüber die-  
ser Zeitung.

Ein Sozialist in Rom, ein  
Sozialist in Paris - sie beide  
Politiker in der Verantwor-  
tung von Regierungen - be-  
urteilen die Bedingungen für  
die Möglichkeiten eines  
Durchbruchs bei den Genfer  
Verhandlungen nicht anders  
als die konservative britische  
Regierungschefin oder der  
Christdemokrat Wörner, wie  
auf der Münchner Wehrkun-  
detagung geschehen.

In den drei größten NATO-  
Ländern Westeuropas gehen  
die Vorbereitungen zur Sta-  
tionierung von modernen  
Mittelstreckenraketen plan-  
mäßig voran. Lagorio hat das  
öffentlich bestätigt. Diese  
Tatsache ist besonders für  
die deutsche Position hil-  
freich. So wird von der Bun-  
desregierung der psycholo-  
gische Druck genommen,  
den die Sozialdemokraten  
im Wahlkampf aufzubauen  
suchen, die Bundesrepublik

Deutschland sei unter der  
Verantwortung Kohls als  
einziger nicht-nuklearer  
Staat Westeuropas gewillt,  
nötigenfalls „in Singen la-  
tät“ die Aufstellung amerika-  
nischer Mittelstreckensyste-  
me zu gestatten. In Wirklich-  
keit ist Italien als ebenfalls  
nicht-nuklearer Staat an ih-  
rer Seite - wie auch Großbri-  
tannien, das ohnehin zum  
„Klub der Atommächte“ zäh-  
t.

Die Sowjetunion muß die  
Geschlossenheit der wich-  
tigsten NATO-Länder in der  
Nachrüstungsfrage endlich  
zur Kenntnis nehmen. Es  
wird immer unwahrscheinli-  
cher, daß sie die Standfestig-  
keit der Verantwortlichen in  
den westlichen Regierungen  
zentralen erschüttern kann,  
wie sehr Moskau auch auf  
starke nicht-parlamentari-  
sche Bewegungen und auf  
die Aussicht ihrer telegen  
Demonstrationskulisse auf  
den Straßen hoffen mag.

Die „Schlacht um das Be-  
wußtsein“ der Bürger, so  
drückt sich Wörner aus,  
wird noch schwer werden;  
sie ist aber zu gewinnen. Der  
klare Blick für die Realität  
beginnt die Schwaden der  
Angstmacherei zu durch-  
dringen. Wichtig, daß dabei  
Sozialisten helfen. Das mag  
auch verantwortliche deut-  
sche Sozialdemokraten er-  
mutigen, zur kühlen Analyse  
zurückzukehren.

## ZITAT DES TAGES



Die Erfahrung zweier  
Weltkriege zeigt, daß  
Neutralität kein Schutz  
gegen Invasion ist, wenn  
die geographische Lage  
einer Nation sie strate-  
gisch bedeutsam macht. 99  
britische Premierminister  
Thatcher vor jungen Konservati-  
ven in Bournemouth. (Seite 7)  
FOTO: LOTHAR RICHTER

## Wahlen auf Zypern

AFP, Nikosia  
Am Wochenende fanden in dem  
nicht von türkischen Truppen be-  
setzten Teil Zyperns Wahlen statt.  
Als voraussichtlicher Sieger galt  
der amtierende Staatspräsident  
Spyros Kyprianou. Der 50jährige  
wird von seiner „Demokratischen  
Partei“ und der kommunistischen  
„Akei“-Partei unterstützt.

## WIRTSCHAFT Einsparungen

dpa/VWD, Saarbrücken  
Städte und Gemeinden, die öf-  
fentliche Aufgaben an Privatunter-  
nehmen übertragen, können da-  
durch in einigen Bereichen erhebli-  
che Einsparungen erzielen. Dieses  
Ergebnis einer Befragung in 40 der  
52 saarländischen Städte und Ge-  
meinden teilt am Wochenende der  
Juniorenkreis der Industrie- und  
Handelskammer (IHK) des Saarlan-  
des mit. Nach Angaben der Wirt-  
schaftsjunioren spart etwa die Stadt  
Homburg pro Jahr rund 300 000  
Mark, seit die Verwaltungs- und  
Schulgebäude nicht mehr von  
„städtischen Pfrkneuten“, sondern  
von privaten Unternehmen gerei-  
nigt werden.

## Neue Opec-Konferenz?

dpa, Manama  
Eine neue Opec-Konferenz noch  
in diesem Monat soll versuchen, das  
Preisniveau der Organisation erd-  
öl-exportierender Länder (Opec) zu  
retten. Dies erwartet Opec-Genera-  
lschreiber Nguema nach einem Be-  
richt der kuwaitischen Nachrichten-  
agentur Kuna. Saudi-Arabien,  
das größte Ölexportland der Welt,  
dementierte am Wochenende Be-  
richte über die vielfach erwartete  
Senkung seines Ölpreises von der-  
zeit 34 Dollar je Barrel - dem Richt-  
preis in der Opec. Auch Libyen gab  
jetzt seine Bereitschaft zu erkennen,  
das Preisniveau des Ölkartells zu  
verteidigen.

## SPORT Stenmark siegt

DW, Bonn  
Der schwedische Doppel-Olym-  
piasieger Ingemar Stenmark ge-  
wann das erste alpine Weltcup-Re-  
nnen im Schwarzwald. In Todtnau  
siegte der Schwede vor den beiden  
Schweizern Max Julen und Pirmin  
Zurbriggen. Bei den deutschen Hal-  
ten-Leichtathletikmeisterschaften  
in Sindelfingen erzielte der 17jäh-  
rige Mittelstreckenläufer Ralf Lübke mit 20,77  
Sekunden eine neue Weltbestzeit  
über 200 Meter. Der Frankfurter  
Gerd Nagel gewann den Hoch-  
sprung mit 2,31 Metern.  
Seite 12, 13 und 14

## WETTER Trocken und kalt

DW, Essen  
Nach Auflösung von Fröhndunst  
in der Nordhälfte Deutschlands  
sonnig, in der Südhälfte heiter bis  
wolkig und niederschlagsfrei. Tem-  
peraturen minus 3 bis nahe null  
Grad im Rheintal. Nachts überwie-  
gend klar. Starker Frost zwischen  
minus 8 und minus 15 Grad.

## Heute in der WELT

Meinungen: Karnevalstreiben - Die weiteren Ängste	S. 2
Sowjetbotschafter Dobrynin - Di- plomatische Tiefgarage	S. 3
Terrafazn: Vogels Widersacher wartet auf Gegenüberstellung	S. 4
Kiel: Die FDP sperrte den Kanzler aus	S. 5
Forum: Personalien und die Mei- nung von WELT-Lesern	S. 6 u. 7
Wirtschaft: Winterwetter brachte Schlußverkauf in Schwung	S. 9
Sport: Mönchengladbachs Talfahrt dauert an	S. 12
Fernsehen: Sieht sich als weiblicher Cary Cooper K. Ross	S. 14
Kultur: Gesamtkunstwerk - Gebäude für einen neuen Menschen	S. 15
Aus aller Welt: Fastnacht - Die tiefe Lust am Erschrecken	S. 16

Schnee und Glätte behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die  
Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

## Weizsäcker bietet FDP Koalition an

Offerte der CDU noch vor 6. März / Zwei Senatorenposten für Liberale

Knapp zwei Jahre nach der letz-  
ten Bundestagswahl will die FDP mit  
ihren neuen Mitte-Rechts-Mehrheit  
auf einem Parteitag am 12.  
März feststellen, daß die FDP mit einer  
relativ 150:100-Mehrheit unter den  
250 Delegierten zugunsten einer  
Senatsbeteiligung geschnitten.  
Als Grundlage des Koalitions-  
papiers soll die mittelfristige Finanz-  
planung dienen, die der Senat  
morgen verabschiedet. Der Finanzplan  
sieht dem Vernehmen nach bis  
1986 weitere drastische Spar-  
Stiche vor, um insgesamt weiterhin  
einen Investitionskurs steuern zu  
können.

Die sieben FDP-Parlamentarier  
trafen sich an diesem Wochenende  
in Kallert und legten die politi-  
schen Eckpunkte für ein Bündnis  
mit der Union fest. Die Liberalen  
wollen in den bevorstehenden Ver-  
handlungen mit der CDU vor allem  
auf weitere energische Sauber-  
keitskampagnen in den gewerk-  
schaftlichen verfallenen städtischen  
Betrieben drängen, auf einer ge-  
mäßigten Ausländer- und Hausbe-

setzer-Politik bestehen, ein neues  
Konzept für den unbezahlbar ge-  
wordenen Sozialwohnungsbau  
vorlegen, ein vertretbares S-Bahn-  
Konzept ausarbeiten, den Ausbau  
Berlins zur Kulturmetropole for-  
dern und auf neue deutschlandpo-  
litische Aktivitäten von Berlin aus  
dringen.  
In Geheimgesprächen sind auch  
die Personalien weitgehend ge-  
klärt: Die FDP erhält zwei Sena-  
torposten, muß jedoch auf den  
Bürgermeister total verzichten, der  
erst 1985 nach den Neuwahlen  
winkt. Der frühere Bürgermeister  
und Ex-Landesvorsitzende Her-  
mann Ostorf tritt als Kandidat  
FDP-Spitzenkandidat vorausicht-  
lich wieder ins Justizressort ein.  
FDP-Fraktionschef Horst Vetter  
übernimmt die Bauverwaltung.  
Die FDP will sich auf jeden Fall  
weigern, nur deshalb ein weiteres  
Ressort zu schaffen oder ein vor-  
handenes aufzuteilen, um den bi-  
sherigen Bausenator Ulrich Ra-  
stemborski in der Regierung zu  
belassen.

## Regimegegnerin im Hungerstreik

AP, Moskau  
Die 33jährige sowjetische Re-  
gimegegnerin Tatjana Ossipowa ist  
nach Angaben aus ihrem Freun-  
deskreis im Arbeitslager in den  
Hungerstreik getreten und wird  
seit Mitte Dezember zwangs-  
nährt. Das Mitglied der inzwischen  
aufgelösten „Helsinki-Gruppe“  
war im April 1981 wegen „Ver-  
leumdung der Sowjetunion“ zu  
fünf Jahren Arbeitslager mit an-  
schließender Verbannung verur-  
teilt worden. Mit ihrem vor mehr  
als drei Monaten begangenen Hun-  
gerstreik will Frau Ossipowa die  
Genehmigung zu Begegnungen  
mit ihrem 29 Jahre alten Ehemann  
Iwan Kowaljow erzwingen, der  
ebenfalls als Mitglied der Helsinki-  
Gruppe zu Arbeitslager verurteilt  
worden war und die Strafe in der  
Nähe von Perm am Ural ableistete.  
Wie es hieß, begann die Zwangs-  
nahrung Tatjana Ossipowa am 13.  
Dezember. Später sei sie aus ihrem  
Lager in der Mordwinischen So-  
wjetrepublik mit unbekanntem  
Ziel verlegt worden.

## Defizit in der Renten-Reserve

AP, Stuttgart  
Die Mindestreserve der gesetzli-  
chen Rentenversicherung in Höhe  
von zehn Milliarden Mark wird  
nach Angaben des Vorsitzenden  
des Verbandes der deutschen Ren-  
tenversicherungsträger, Werner  
Dötsch, am Ende dieses Jahres un-  
terschieden werden.  
Dötsch sagte im Süddeutschen  
Fernfunk, zur Absicherung der  
Rentenzahlungen im kommenden  
Jahr seien zusätzlich fünf bis sechs  
Milliarden Mark erforderlich. Den-  
noch sei die Altersversicherung ge-  
gütet. Auch müsse die Bundesga-  
rantie nicht in Anspruch genom-  
men werden.  
Nach den Bundestagswahlen am  
6. März müßten aber alle politi-  
schen und gesellschaftlichen  
Gruppen in einer nationalen An-  
strengung gesetzliche Maßnahmen  
zur mittelfristigen Stabilisierung  
der Rentenversicherung treffen,  
sagte Dötsch. Die Belastung müsse  
auf Rentner, Beitragszahler, Be-  
triebe und Bund gleichmäßig ver-  
teilt werden.

## Kreml steigerte Rüstungsetat

AP, Brüssel  
Die Rüstungsausgaben der So-  
wjetunion sind nach einer auszu-  
gewogen veröffentlichten Studie der  
NATO in den vergangenen Jahren  
erheblich gestiegen: von 43 bis 47  
Milliarden Rubel im Jahre 1970 auf  
64 bis 69 Milliarden Rubel 1981.  
In dem Bericht heißt es, gegen-  
wärtig gingen 14 bis 16 Prozent des  
sowjetischen Bruttoinlandsprodukts  
in die Rüstung. In den frühen 70er  
Jahren seien es nur 12 bis 14 Pro-  
zent gewesen. Nach bereinigten  
Zahlen seien die Rüstungsausga-  
ben jährlich kontinuierlich um  
vier Prozent gestiegen. Die größten  
Posten im Rüstungsetat seien  
Forschung und Beschaffung, 40  
Prozent der Rüstungsausgaben  
gingen allein in die Produktion  
neuer Waffen.  
In den Haushalten der europäi-  
schen NATO-Staaten hatten die  
Rüstungsausgaben 1982 den An-  
teil von 3,8 Prozent am Bruttoinlands-  
produkt. In den USA seien es 6,6 Prozent  
gewesen.

## Goldenes Sparbuch - pro und contra

HARALD POSNY, Düsseldorf  
Eine westfälische Spezialität  
sonderer Art fasziniert die deut-  
schen Sparer und führt jetzt zu  
einem handfesten Streit im Kredit-  
gewerbe: das „Goldene Sparbuch“.  
Mit dieser Anlageform setzen sich  
25 Sparkassen über die Zinstrin-  
dungen hinweg und bieten ihren  
Sparern statt der mageren Spar-  
buchzinsen fast so hohe Renditen  
wie den Käufern festverzinslicher  
Wertpapiere.  
Mit augenblicklich 6,5 Prozent  
Zins liegt diese Anlageform leicht  
unter der Wertpapierrendite von  
7,5 Prozent, aber deutlich über  
dem „Normalsparbuch“, das ledig-  
lich vier Prozent bringt. Freilich ist  
der attraktiv erscheinende Zins va-  
riabel, das heißt, er steigt (oder  
fällt) mit dem allgemeinen Zins-  
niveau, ist also weit elastischer als  
der traditionelle Sparbuchzins. Das

Kreditgewerbe ist über den Bruch  
mit Finanzierungsstrukturen zer-  
stritten, die Nachfrage nach dem  
„Goldenen Sparbuch“ jedoch rege.  
Begonnen wurde das Experi-  
ment von der Sieger Sparkasse,  
25 Institute der Region schlossen  
sich an. Es wird seit Januar an-  
geboten, die Kündigungsfrist beträgt  
ein Jahr. Der 6,5 prozentige Zins  
liegt in jedem Fall einen Prozent-  
punkt oberhalb der Normaleinla-  
gen mit vergleichbarer Kündi-  
gungsfrist.  
Die 25 „zinsbrechenden“ Spar-  
kassen begründen ihren Vorstoß  
mit dem Ziel, die zinsbewegliche  
Spareinlage als wichtigste Refinan-  
zierungsquelle der Sparkassen si-  
chern und das Sparen als Instru-  
ment der Vermögensbildung stär-  
ken zu wollen.  
Andere Sparkassen Westfalens  
sehen das nicht so, selbst jene im

benachbarten Rheinland nicht. Die  
Banken äußern Bedenken, auch  
die Bundesbank ist skeptisch. Die  
Kritiker sehen Gefahren, weil man  
damit die Langzeitbindung am Ka-  
pitalmarkt aushöhle, dem ebenfalls  
auf längere Fristen angewiesenen  
Wertpapiermarkt das Wasser ab-  
graben und vielleicht sogar die Wäh-  
rungspolitik beeinträchtigen.  
Sparkassen-Präsident Helmut  
Geiger verteidigte das Experiment  
jedoch. Es gehe darum, so schrieb  
er am Wochenende an den Zentra-  
len Kreditmarktausschuß (ZKMA),  
den Sparer, die ihr Geld längerfris-  
tig anlegen wollten, ein attrakti-  
ves Angebot zu machen.  
Bei den „Zins-Rebellen“ scheint  
sich die Sache zu lohnen. Die  
Kundschaft hat in wenigen Tagen  
rund 100 Millionen auf die „Golde-  
nen Sparbücher“ getragen.  
Seite 9: Banken warnen

## Einstige „graue Eminenz“ Algeriens hinter Gittern

Präsident Chadli hält Zügel der Macht in festen Händen

dpa, Paris  
Vier Jahre nach der Übernahme  
des Amtes als algerischer Staats-  
präsident am 9. Februar scheint  
Chadli Bendjedid die Zügel der  
Macht in Algerien fest in den Händen  
zu halten.

Jedenfalls wird in Algerien unter  
Hinweis auf jüngste Verhaftungen  
darauf geschlossen, daß er nur aus  
einer sicheren Position heraus bei-  
spielsweise den ehemaligen en-  
gsten Vertrauten seines Vorgängers  
in Houari Boumedienne, den algeri-  
schen Geschäftsmann Messoud  
Zeghar, hat festnehmen lassen  
können.

Unter dem Verdacht der Korrup-  
tion wurde die als Milliardär be-  
zeichnete einstige „graue Emini-  
zenz“ Zeghar ins Gefängnis ge-  
steckt. Ihm soll in den nächsten  
Tagen vor einem Militärgericht der  
Prozeß wegen „Vergehens gegen  
die Verteidigung und die Wirt-  
schaft“ gemacht werden.  
Mit ihm sind der bisherige Direk-  
tor einer nationalen Baugesell-  
schaft, Abdelkader Maizi, und der  
Direktor im Planungsministerium,  
Laid Anane, wegen Korruption,  
Behinderung des „normalen Funk-  
tionierens der Unternehmen“ und  
„unmoralischen Verhaltens“ ange-

klagt. Allen gemeinsam ist, daß sie  
zur Herrschaftsschicht gehörten  
und jahrelang als unantastbar gal-  
ten.

Als vor einem Jahr Chadli die  
Moralisierung der Gesellschaft an-  
kündigte, wurde ihm wenig Glau-  
ben geschenkt. Die „Unantastba-  
ren“ glaubten am wenigsten daran,  
daß es auch sie treffen könnte. Zeg-  
har hatte 1978 in seinem privaten  
viertelmotorigen Düsenflugzeug sei-  
ne Schwester Dalia entführt, die in  
Kanada mit einem Franzosen ver-  
heiratet war, um sie einem Freund  
zur Frau zu geben. Präsident Bou-  
medienne deckte den Menschen-  
raub.

Zeghars Festnahme erschien so  
unheimlich, daß in Algerien ein  
Gerücht das andere jagt. Ein  
Putsch gegen Chadli sollte geschei-  
tert sein, mehrere Offiziere verhaf-  
tet und weitere Spitzenleute dar-  
unter der ehemalige Außenmini-  
ster Abdelaziz Bouteflika, einge-  
sperrt worden sein. Bouteflika hält  
sich jedoch in der Schweiz auf. Die  
Putschverdächtigen und angeblich  
verhafteten Offiziere waren, so die  
Pariser Zeitung „Le Monde“, in der  
frühen Zeit alle auf ihren  
Posten.



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Kleineres Übel

Von Hans-Jürgen Mahnke

Die Situation ist schon fatal: Obwohl der internationale Warenaustausch, eine der Quellen für die Wohlstandsteigerung nach dem Zweiten Weltkrieg, offiziell behindert werden soll, wird dieses nicht verdammt. Im Gegenteil: Die EG-Kommission, die jetzt in Tokio ein Selbstbeschränkungsabkommen ausgehandelt hat, schreibt sich das als großen Erfolg auf ihre Fahnen.

Wenn es um Japan geht, ist eben manches anders. Immerhin treten die dortigen Unternehmen häufig auf dem Weltmarkt nach anderen Spielregeln an als ihre Konkurrenten. Wichtiger aber ist die Anerkennung, daß die europäische Wirtschaft in einigen Bereichen einfach die Zeichen der Zeit nicht richtig erkannt hat.

Um Anschluß zu gewinnen, soll ihr jetzt eine dreijährige Atempause verschafft werden, in der sich die Japaner bei ihren Lieferungen zurückhalten. Wäre dies nicht auf EG-Basis vereinbart worden, so hätten einzelne Mitgliedstaaten sich im Alleingang wohl noch stärker abgeschottet. Der protektionistische Druck ist angesichts steigender Arbeitslosigkeit gewaltig.

In der Tat spricht manches dafür, das jetzt gefundene Arrangement für das kleinere Übel zu halten. Aber es bleibt ein Übel, das beseitigt werden sollte. Und zwar durch eine Steigerung der Effektivität der europäischen Unternehmen, durch den Einsatz neuer Produktionsverfahren und die Entwicklung moderner Produkte, um im Wettbewerb bestehen zu können. Die EG braucht wieder den Drive ihrer Gründerjahre, als die Binnengrenzen eingerissen und die Schutzmauern nach außen abgebaut wurden.

Trost aus der Vergangenheit läßt sich allerdings nur wenig schöpfen. In den Bereichen, in denen zum Beispiel bei Textilien der Handel reglementiert wurde, entwickelten sich die befristeten Beschränkungen zu einem Dauerzustand.

## Brennpunkt Jena

Von Jörg Bernhard Bilke

Die Nachrichten, die in diesen Wochen aus der thüringischen Universitätsstadt Jena in den Westen gelangen, sind von beklemmender Deutlichkeit: Die „DDR“-Behörden versuchen hier offensichtlich mit allen Mitteln – vom Berufsverbot bis zur Verhaftung und Ausbürgerung oder Zwangsadoption von Kindern, deren Eltern „straffällig“ geworden sind – eine Opposition niederzukämpfen, die auch für sozialistische Verhältnisse von „neuer Qualität“ ist.

Denn Jena, wo gegen Wehrunterricht als Pflichtschulfach, gegen Militarisierung des „DDR“-Alltags und Rüstungsindustrie protestiert und demonstriert wird, ist nicht nur eine Universitätsstadt mit Tausenden diskutierteiliger Studenten. Jena ist auch ein Industriezentrum, in dessen renommierten Großbetrieben Schott, Zeiß und Jenapharm Zehntausende von Arbeitern im Sozialismus nur noch ein Mängelsystem „ohne Perspektive“ sehen.

Das allein, Unzufriedenheit an der Friedrich-Schiller-Universität und in den Fabriken am Fuße des Rennsteiges, wäre vom Ministerium für Staatssicherheit und von den betriebsinternen „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ niederzuhalten, wenn auch mit Mühe.

Aber schon 1976/77 gab es, nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns und der Verhaftung seines in Jena studierenden Schriftstellers Jürgen Fuchs, eine breite Solidarisierung zwischen „Intelligenz“ und „Arbeiterklasse“. Und gerade diese Aktionseinheit ergibt die gefährliche Mischung, die der regierenden Minderheit der Einheitssozialisten das Fürchten beibringt.

Nach dem rätselhaften Tod von Matthias Domschik (1981) im Geraer Gefängnis und der Verhaftung und Abschiebung des Bildhauers Michael Blumhagen (1982) nach West-Berlin sollen mindestens zwölf Personen festgenommen und im Schnellverfahren verurteilt worden sein, darunter der Transportarbeiter Roland Jahn, der Maler Frank Rub und der Liedermacher Peter Kähler.

## Mißgriff

Von Günther Bading

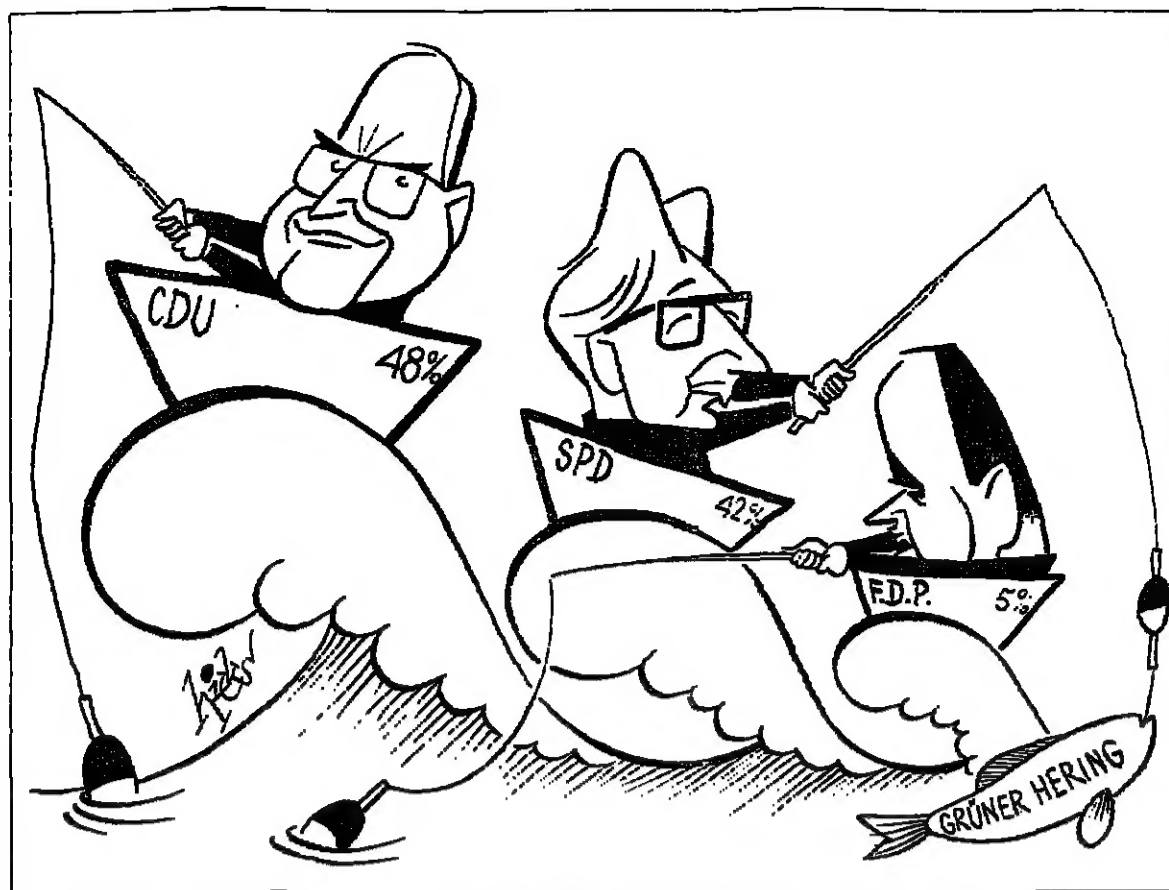
Zum „Widerstand“ gegen einen angeblich bevorstehenden Investitionsstreik will der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel notfalls die deutschen Arbeitnehmer aufrufen. Er begründet diesen Appell damit, daß Bundeskanzler Helmut Kohl mit der ihm unterstellten „Angstkampagne“ und dem ebenfalls von der SPD erfundenen angeblichen Aufruf zum Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch die Unternehmer die Prinzipien der Demokratie gefährde.

Vogel greift aber auch zur Gegendrohung. „Was würde Herr Kohl eigentlich sagen, wenn die Gewerkschaften anfangen, für den Fall über Streiks nachzudenken, daß ihnen das kommende Wahlergebnis nicht passen würde?“, fragte Vogel soeben vor einer Versammlung von SPD-Betriebsräten.

Der frühere Justizminister weiß dabei genau, daß dieser Vergleich nicht zulässig ist. Denn es ist eine andere Qualität, ob Kapitaleigner aus Angst vor der Verwirklichung der investitionslähmenden Beschlüsse vom letzten ordentlichen Parteitag der SPD in München erst einmal das Wahlergebnis abwarten wollen, bevor sie wieder Geld ins eigene oder fremde Unternehmen stecken. Schließlich hat die SPD dort Dinge wie Investitionslenkung und ein Rüstesystem beschlossen – oder, ob der DGB seine Gewerkschaften zum politischen Streik aufruft. Das schmeckte nach Generalstreik, nach revolutionärem Bewußtsein der Arbeiterklasse; es schmeckt schlicht nach Klassenkampf.

Gottlob würden die verantwortlichen Gewerkschaftsführer im DGB einen solchen Unfug nicht einmal ernstlich zu denken wagen. Für sie ist und bleibt der Streik Mittel des Arbeitskampfes und nur das.

Hans-Jochen Vogel, der Kandidat, aber muß sich ins Stammbuch schreiben lassen: Nicht der gefährdet die Demokratie, der auf Ängste von Unternehmern vor sozialistischer Bevormundung verweist, sondern jener, der überhaupt das Wort von politischen Streiks in unserem Staat öffentlich gebraucht.



Rosenmontags-Fischzug

ZEICHNUNG HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

## Die heiteren Ängste

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Oben im Dithmarschen, wo der Nord-Ostsee-Kanal sich grau zwischen den verschneiten Deichen hindurchwölbt, beschwört ein deutscher Schriftsteller im Wahlkampf den Schreckenstaat des George Orwell: Geisteswälder, Computerüberwachung, Atomtod. Und die Besucher fragen nach Renten, Arbeitsplätzen und BAföG.

Währenddessen tanzen im Rheinland die Narren durch die winterlichen Straßen. In München treiben die Wilderer und Rittersleute ihr schickes Unwesen. Im Schwäbischen sind die Hexen los. Und selbst aus der „DDR“ vernimmt man, daß die „tollen Tage“ zunehmend den sozialistischen Alltag erheitern.

Man sagt das so leicht: Das hat etwas miteinander zu tun. Sozialpsychologen sind schnell und nicht unbegründet mit der Erklärung zur Hand. Ängste würden um so massiver kompensiert, je größer und belastender sie seien. Auch den Traditionen scheint eine solche Deutung zu entsprechen: Ausbreitung des Winters, Lusthollen vor der Fastenzeit, Rollentausch mit denen, die man sonst nicht besiegen kann. Mancher mag sich da noch erinnern an jene gespenstischen Szenen der Nachkriegszeit, als zwischen zerstörten Häusern die Menschen wie wild ihren Karneval, ihren Fasching, ihre Fastnacht heruntertobten. Sie waren noch einmal davongekommen.

Aber waren wir weniger lustig, weniger ausgelassen, als es uns gut ging, als weder Arbeitslosigkeit noch Raketenbilder den Horizont verdüsterten? Hat Mainz nicht weitaus komischer über die damals jugendgrünen Fernsehkanäle gesungen, bevor der saure Regen auf unsere gute Laune nieselte? Vielleicht hat das eine mit dem anderen oft doch nicht so viel zu tun, wie wir meinen.

Das Aufeinandertreffen von Wahlkampf und Ausgelassenheit öffnet den Blick darauf, daß Politik und menschliche Bedürfnisse sich in einer bedenklichen Weise auseinanderentwickelt haben. Die Tatsache, daß hier ganz unvermittelt Ängste und Fröhlichkeit ne-

beneinanderstehen, daß zur gleichen Stunde, da sich Massen von Menschen jubelnd und lachend in den Armen liegen, Politiker mit allem zur Verfügung stehenden Bilermost aufeinander einschlagen, wird ja doch nicht dadurch gemildert, daß sich ein Bundestagspräsident in Bonn mal eben dem Brauch flücht, ein paar jekken Damen ein Küßchen auf die frostkalten Wangen zu drücken.

Was hier nachdenklich stimmt, ist etwas ganz anderes als etwa der Wunsch, die Politik möge doch auch einmal ins Narrenkostüm schlüpfen. Kann sich eine Politik mit dem Namen der Redlichkeit schmücken, die den Faktor Angst zum Ausgangspunkt ihres – legitimen – Machtstrebens erhebt? Man muß nicht sonderlich weit in den Geschichtsbüchern zurückblättern, um zu begreifen, welche Konsequenzen die Verbreitung von Angst und Unsicherheit haben kann. Sie ist allemal ein schlechter Ratgeber gewesen. Und die Sorgen und Probleme, die uns drücken, werden ja gewöhnlich auch erst zu Ängsten emporstilisiert.

Wer auch nur einmal einer Wahlkampfveranstaltung 1983 beigewohnt hat, mußte schon mit Blindheit geschlagen sein, wenn er nicht sah, daß die Menschen nicht von Ängsten geschüttelt sind, sondern daß es ihnen um ganz Konkretes geht, um ganz Handfestes. Die

Überhöhung zur Angst öffnet da nur die Schleusen des Irrationalen und bereitet Dammbrüche vor, deren Wirkungen man ohne jede prophetische Gaben voraussehen kann.

Heiterkeit ist mehr als frommer Selbstbetrug. Ob nun Kompensation von Angst oder nicht: Wer kann – oder sollte auch nur – von ihr als Kraft abstrahieren? Die Schubkräfte der negativen Begriffe gehören zum Alltagsrepertoire jeden Politikers. Von der Kehrseite macht kaum einer Gebrauch. Das Kinderspiel „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann“ mit seinem operationalisierten Angstbegriff wird in der Bundesrepublik derart verblissen gespielt, daß man vor dem geistigen Niveau solcher Art politischer Werbung ohnehin wirkliche Furcht in der Nackengegend spürt.

In den Wahlveranstaltungen dieses Frühjahrs erlebte man es allzuoft, wohl wegen der aktuellen Bezüge, daß eloquente Redner das Stichwort Aschermtwoch (als mögliches böses Erwachen) vorwurfsvoll auf den messianischen Lippen führten – so, als sei er ein Auslöschungsgrund für Narren und lustige Teufel. Den Moralisten war der Rosenmontag schon immer ein Dorn im Auge. Er läßt sich so schwer berechnen und ist als Gängelband denkbar ungeeignet. Er hat etwas von Freiheit an sich, von der Lust am Augenblick, vom Vergnügen, der Ordnung ein wenig ein Schnippchen zu schlagen. Rosenmontage sind nicht die Tage des schlechten Gewissens. Aber es wäre absurd, sie deswegen zu disqualifizieren. Sie stehen für Lebensbejahung. Und warum sollte das nicht eine entscheidende Dimension der Politik sein?

Feiern wir also Rosenmontag. Unbeschwert. Ausgelassen. Heiter. Das ist eine der überzeugendsten Weisen, George Orwells Schreckenstaat in das Reich der Legende zu verweisen.

Ein Bonner Schüler schrieb unlängst in einem Aufsatz zum Karneval: „Ich finde es komisch, daß die Leute sich für nichts toten.“ Das ist in der Tat komisch. Aber man sollte darüber froh sein.



KÜBCHEN für JECKE DAMEN: Bundes- tagspräsident Richard Stücklen. FOTO: PETER POTT/DPA

## Fall Franke/Hirt: Täuschungshandlungen in Wildwest-Manie

Verantwortung tragen auch Brandt und Schmidt, die den Kanalarbeiter in diesem Amt geduldet haben / Von Manfred Schell

Egon Franke, Repräsentant des rechten SPD-Flügels und 13 Jahre lang Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, ist zum Ausklang seines politischen Wirkens in Bonn zu einem „Fall“ für die Justiz geworden. Die zuständige Kontrollkommission des Parlaments hat den Weg zur Staatsanwaltschaft empfohlen. Dies ist ebenso einmalig wie die Tatsache, daß der SPD-Abgeordnete in diesem Gremium, Albert Neuhäuser, dem zugestimmt hat. Damit hat die SPD-Fraktion Egon Franke signalisiert, daß er auf sich allein gestellt sein wird. Konkret geht es um die Aufklärung und die dann folgende strafrechtliche Würdigung von Verstößen gegen das Haushaltsrecht und um den Verbleib von 5,6 Millionen Mark. Sollten hier Unregelmäßigkeiten nachgewiesen werden können, so würden sie vom Straftatbestand der Untreue erfaßt.

Unabhängig vom Ausgang

der Ermittlungen ist es schlimm, daß ausgerechnet jenes Ressort in böses Gerede gekommen ist, das zur Überwindung der Teilung Deutschlands beitragen soll. Angesichts seiner schwierigen Aufgaben bedarf dieses Ministerium einer sehr breiten Unterstützung. Den herausragenden Stellenwert dieses Ressorts haben Regierungen auch dadurch deutlich gemacht, daß sie Köpfe wie Rainer Barzel, Ernst Lemmer und Herbert Wehner an die Spitze stellten. Egon Franke trägt die politische Verantwortung für die Vorgänge im innerdeutschen Ministerium, auch für die Schlamereien im Umgang mit Geheimakten. Von Egon Franke weiß man, daß er ganz gern einen trinkt, wenn sich die „Kanalarbeiter“ um ihn scharen. Deshalb war man selbst in Wahlkampfzeiten nachsichtig mit ihm, als bekannt wurde, daß er schon vor Jahren den Generalschlüssel für das Mini-

sterium „verloren“ hat. Und auch darüber, daß Franke stets zu Heimflügen nach Wunstorf die Bundeswehr benutzte und damit den Steuerzahler viele hunderttausend Mark kostete, hätte man noch den Mantel des Schweigens gebreitet. Aber jetzt ist das Maß übertroffen.

Es wäre der SPD sicherlich lieb, wenn jetzt alles an Franke hängen bliebe. Dies aber wäre zu kurz gesprungen. Verantwortung tragen auch die früheren Kanzler Brandt und Schmidt, die Franke in dieses Amt gebracht und ihn darin belassen haben, obwohl sie wissen mußten, daß er eine Fehlbesetzung ist. Niemand wird behaupten wollen, Egon Franke habe sich persönlich bereichert. Das traut dem Mann niemand zu. Aber er hat das Ministerium nicht unter Kontrolle gehabt. Deshalb konnte sein engster, über die Parteischiene emporgestiegener Mitarbeiter, der Ministerialdirektor Edgar Hirt, schelten und walten. Es kommt da-

## IM GESPRÄCH Yaqub Khan

### Parliert in sieben Sprachen

Von Marta Weidenhiller

Wenn im April eine zweite Gesprächsrunde zwischen Afghanistan und Pakistan stattfindet, wird voraussichtlich Pakistans Außenminister Sahabzada Yaqub Khan (62) selbst nach Genf reisen. Freilich findet kein direkter Kontakt statt; vielmehr wird ein UNO-Vertreter als Vermittler fungieren. Denn nach wie vor weigert sich Pakistan, das Karmal-Regime anzuerkennen.

Überraschend war Yaqub Khan im Februar 1982 zum Außenminister berufen worden. Er löste den sehr angesehenen Agha Shahi ab, der schon zu Bhuttos Zeiten eine kluge und umsichtige Außenpolitik gestaltet hatte. Grund für dessen Demission war wohl weniger sein Gesundheitszustand als grundsätzliche Differenzen mit dem Militärsystem. Anlaß dazu boten die Überlegungen der USA, Pakistan in das Konzept eines „strategischen Konsens“ einzubeziehen und ihm die frühere Rolle Irans als „Polizist“ der Region zu übertragen.

Der neue Minister konnte dennoch ernten, was sein Vorgänger sätete: Agha Shahi hatte Kapital aus der Situation geschlagen, die sich für sein Land nach der sowjetischen Besetzung Afghanistans ergab: Islamabad wird Militär- und Wirtschaftshilfe in Höhe von 3,2 Milliarden Dollar erhalten.

Yaqub Khan werden gute Verbindungen zu den Amerikanern nachgesagt. In Washington vertrat er – wie auch in Moskau und Paris – sein Land als Botschafter. Als dort einmal radikale Moslems Amerikaner als Geiseln nahmen, gelang es ihm in geduldeten Verhandlungen, sie zum Aufgeben zu bewegen.

Geduldet wird er bei seinen Aufgaben brauchen, so bei den Gesprä-



Erst Militär, dann Diplomat und mer Polospieler: Yaqub Khan. FOTO: CAMERA-P

chen mit Indien über einen militärischen Angriffspunkt, an denen er schon, seiner Ernennung zum Minister, teilnahm.

Der Generalleutnant a. D., der sieben Sprachen fließend parliert, entstammt indischem Adel; seine Familie entschied sich aber bei der Teilung Britisch-Indiens für Pakistan. Nicht der Diplomatie, sondern einer militärischen Laufbahn galt das Interesse Yaqub Khans. Als Oberbefehlshaber der pakistanischen Truppen in Ostpakistan war er 1971 Zeuge der Zerschlagung seines Landes. Mit der der Armee und nach der Absetzung durch Tikka Khan, „Schlichter von Belutschistan“, schied er aus den Streitkräften; um eine nicht weniger glänzende Karriere in der Diplomatie zu gewinnen. Das Polo-Spiel, das den zugehörigen militärischen „Stil“, gab er jedoch nicht auf.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### Neue Zürcher Zeitung

Hier heißt es – am Beispiel Polen – über die Unterschiede in der Herrschaftsstruktur von Breznev und Andropow:

Der „alte kranke Zar“ mischte sich kaum in die Einzelheiten der politischen Entwicklung und überließ alles seinen Mitarbeitern, vor allem Marschall Kulikow als Hauptwächter über Satellitenländer. Bei Andropow sieht es anders aus. Die Leiste ist kürzer geworden, die Kontrolle genauer und die Forderungen werden, so heißt es, kaltschnit und konsequent gestellt. Manches, was in Polen jetzt bereits konkret erreicht ist oder in den Grundrissen sichtbar wird, widerspiegelt den innenpolitischen Kurs des neuen sowjetischen Generalsekretärs: Stärkung der Sicherheitsorgane, Kontrolle und Disziplinierung auf Kosten von Selbstverwaltung und Reformen. Die Folgen sind unübersehbar.

### Basler Zeitung

Das Blatt stellt zu dem in Anlehnung an den Barbie-Prozess fest:

Der Prozeß dürfte den Mythos der Résistance gründlich erschüttern und manch einen vermeintlichen Heldenmann im Nachhinein als Verräter entlarven. Gleichzeitig wird der Prozeß, wie „Le Monde“ schrieb, der Nachkriegsgeneration als „Lehrbeispiel“ dienen. Die Nach-1945-Generation wird durch die Aussagen Barbies und anderer erfahren, wie es damals war und warum es so und nicht anders kommen konnte. Es ist zu hoffen, daß dies dieses „Lehrbeispiel“ nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern sich damit auseinandersetzen wird – auseinanderzusetzen mit Bezug zur Gegenwart. Denn Barbie repräsentiert nicht nur das Vergangene.

### THE OBSERVER

Die Londoner Zeitung merkt zum Brandt-Report über die Nord-Süd-Beziehungen:

Die wesentlichen Vorschläge des neuen Reports der Nord-Süd-Kommission von Willy Brandt ver-

nen sofortige Aufmerksamkeit und schnelle Verwirklichung. Da geht es insbesondere um eine heftige Ausweitung von Ressourcen des internationalen Währungsfonds und die Verbesserung seiner Kreditvergabe-Bedingungen, 1. liche Neuerungen für die Weltbank, Maßnahmen gegen Protektionismus und bessere Verwaltungsverfahren. Die ersten reichlichen Schritte zur Vergrößerung der IWF-Ressourcen sind getan worden, aber es besteht Gefahr, daß letztes Ende zu weit dabei heraustritt. Außerdem besteht die Gefahr, daß der Weltbank zu sehr auf die Schulden in den reicheren Dritte-Welt-Ländern konzentriert und die ärmere vergißt. Deshalb ist es besonders wichtig, daß die internationale Entwicklungsbehörde als bestmögliche Hilfsquelle der Arm rasch mehr Geld vom US-Kongress bewilligt bekommt. Doch am wichtigsten ist es, daß Deutschland Großbritannien, Japan und USA die Welt wieder zurück gesundem Wachstum führen.

### KURIER

Das Wiener Blatt befaßt sich mit der 5. Ausgabe in Israel nach dem Ka-Bar-Beitrag.

Der Tote bei der Anti-Beginnemonstration... traf die Israelis möglich noch tiefer als der Untersuchungsbefragte über die Mörder in den Palästinaer Krieg. Denn zum ersten Mal in der Geschichte des Staates Israel mußte nicht die verhasste PLO, sondern Juden verurteilt werden. Bei einem Volk, das jahrhundertlang Unterdrückung und Verfolgung durch andere erlebte, mußte das durch das Grauen Verbrechen ausgelöst von Ausländern oder Treibhunden, geht die Schweiß wurde, die den Schlag bis ins Mark. Das Entsetzen und die Trauer, die heute in beherrschen, könnten aber schlicht dazu beitragen, das Volk zu einer neuen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Denn auch die kann nicht für immer die Schwere Gemeinschaft. Gründerjahre bleiben.

هكذا على الأقل



ch über 21 Jahren Sowjetbotschafter in USA wird Anatolij Dobrynin dieses Jahr in Washington verabschiedet. Der Wechsel war vorzeitig – nicht nur wegen der ungewöhnlichen Dauer seiner Mission. Als enger Berater von Generalsekretär Andropow wird er in der Kremlhierarchy eine Sonderstellung einnehmen und voraussichtlich in absehbarer Zeit die Nachfolge des derzeitigen Außenministers Andrej Gromyko antreten.



Fünf US-Präsidenten erlebte Anatolij Dobrynin (rechts) als Botschafter Moskaus in Washington. Nun holt ihn Generalsekretär Jurij Andropow (links) für höhere Aufgaben – zurück in den Kreml.



FOTOS: SVEN SIMON/CAMERA PRESS

## Kultur und Sprache verwischen Schatten der Vergangenheit

Von EPHRAIM LAHAV

Als Israel vor drei Jahrzehnten seine ersten Reisepässe ausstellte, enthielt jeder den Vermerk „gültig für alle Staaten der Welt außer Deutschland“, heute fliegen israelische Luftfahrtgesellschaften regelmäßig deutsche Flughäfen an und suchen neue Landungsrechte. Die Werbung um Touristen aus Deutschland wird mit staatlichen Mitteln gefördert.

Als vor sieben Jahren der erste deutsche Botschafter sein Beglaubigungsschreiben in Jerusalem präsentierte, durchbrachen erregte Demonstranten neun Polizeisperrn und hätten den Diplomaten beinahe gelyncht. Heute wird von einem solchen Botschafterwechsel in der Presse kaum noch mit einem Absatz Notiz genommen.

Kulturbeziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik laufen auf hohen Touren. Allein im Januar dieses Jahres veranstaltete das Goethe-Institut sieben Filmvorführungen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa, eine Serie von neuen Vorträgen von einem Gastprofessor der Universität Kiel über das Thema „Aufbruch in die Katastrophe – wie kam es zum 30. Januar 1933?“ und noch eine ganze Reihe von anderen Vorträgen und Ausstellungen. Die deutschen Sprachkurse mit ihren 600 Lernplätzen können der Nachfrage nicht standhalten. Die deutsche Bibliothek in Tel Aviv verzeichnet 60 000 Entlehnungen im Jahr – die größte Benützungsziffer aller deutschen Bibliotheken im Ausland.

Dazu kommen weitläufige kulturelle Tätigkeiten, die direkt über die Botschaft oder im Rahmen von Städtepartnerschaften stattfinden, sowie die Jugendaustauschprogramme. Wie hat sich dieser Wandel in der Einstellung der Israelis zu den Deutschen vollzogen? Es scheint, daß sich viele von ihnen des Wandels gar nicht bewußt sind oder in einem Zwiespalt zwischen Ressentiment über den Holocaust und Anerkennung für die Bemühungen des neuen Deutschland stecken.

Sehr aufschlußreich ist die Reaktion einer der großen – wenngleich umstrittenen – Figuren aus der israelischen Arbeiterpartei, Yitzhak Ben-Aharon. Vor etwa zehn Jahren besuchte er die Bundesrepublik als Vorsitzender des israelischen allgemeinen Gewerkschaftsverbandes „Histadrut“ und unterhielt sich eingehend mit Führern des DGB. Nach der Reise sagte er, er habe seine Kontakte mit Deutschland absichtlich auf das Notwendigste beschränkt. Auf heute noch habe er diese Ansicht, sagt Ben-Aharon, denn „Deutschland hat noch nicht die seelische Abrechnung mit dem Nazismus gemacht“.

Doch für Kulturbeziehungen mit Deutschland trete er bewußt ein, denn „ich begrüße alles, was den Geist der Menschen betrifft und auf internationaler Ebene zum Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Formen beiträgt“. Die Gefahr des Faschismus erblickt Ben-Aharon nicht nur bei den Rechtsradikalen, sondern auch bei den Linken: „In die deutsche Linke haben sich nazistische Elemente eingeschlichen. Sie treten als Revolutionäre auf, sind aber in Wirklichkeit nazistische Auswüchse. Die deutsche Linke ist voll von solchen giftigen Ansätzen, deren Quellen im Nazismus liegen.“

Ich besuchte Deutschland im Jahre 1932... Die Straße gehörte schon damals der SA. Ich war entsetzt, als ich aus direkter Beobachtung sah, wie eine Demokratie und eine große aufgeklärte Öffentlichkeit brutal vergewaltigt wurden... Nochmals reiste ich nach Deutschland im Jahre 1935... Ich sah, wie sie das demokratische Deutsch-

land zu Staub zermalmt. Seit damals habe ich nie die schreckliche Lehre vergessen, daß der Sieg des Faschismus schon viele Jahre vorher beginnt, ehe er die Macht ergreift.

Ein ähnlicher Zwiespalt – allerdings mit einer viel weiterreichenden Annäherungsbereitschaft an die Bundesrepublik – ist bei dem aus Frankfurt a. M. stammenden ehemaligen Oberrichter Chaim (Hermann) Cohen ersichtlich. In seinem Vortrag vor einem deutsch-israelischen Symposium über den Holocaust sagte Cohen, seine einstige Empörung über die Erniedrigung der Juden durch die Nazis sei einer Bereitschaft gewichen, mit dem neuen Deutschland zusammenzuarbeiten. Nur bemängelte er es, wenn diese Deutschen die Israelis „raten“ würden, wie sie ihre Politik führen sollten. Das sei im besten Fall „geschmacklos“, doch hoffe er, „daß ich den Deutschen nie mehr als Geschmacklosigkeit werde verworfen können“. Oberrichter Cohen sagte in seinem Vortrag weiter, auch in den finsternen Tagen des Holocaust habe er sich nie von der deutschen Sprache und deutschen Kulturwerten abgewandt.

„Ich bin nicht mit der deutschen Sprache böse“

Als der große Elder Statesman der deutschen Einwanderer, der vor einigen Jahren verstorben, Justizminister Pinchas Rosen (vormals Felix Rosenbluth), sich mit dem ersten deutschen Botschafter, Rolf Pauls, traf und dieser das Gespräch auf englisch begann, unterbrach ihn Rosen: „Ich bin mit den Deutschen böse, nicht mit der deutschen Sprache.“ Nicht alle teilen diese Einstellung. Premier Ben-Gurion kannte Deutsch perfekt, weigerte sich aber, es zu sprechen.

Dieser Zwiespalt zeigt sich noch oft. Als das Fernsehen bekanntgab, daß es anlässlich des 30. Januar zum ersten Mal einen Spielfilm in deutscher Sprache ausstrahlen werde – die Koproduktion des ZDF mit der BBC „Die Geschwister Oppermann“ nach einem Roman des deutsch-jüdischen Autors Lion Feuchtwanger über eine jüdische Familie um die Zeit der Machtergreifung –, da hagelte es Tausende von Protesten.

Ähnlich steht es mit dem Bann gegen die Musik von Wagner und Richard Strauss. Beide Komponisten werden vom Rundfunk und vom israelischen Philharmonischen Orchester ignoriert. Schallplatten mit ihrer Musik sind aber frei zu kaufen. Dreimal versuchte das Orchester, Wagner auf dem Spielplan zu setzen. Jedesmal gab es derartige Aufregung und Gewaltdrohungen, daß das Orchester zurückwich.

Der Fairneß halber muß erwähnt werden, daß die Zeitung „Yediot Achronot“ gerade aus Anlaß des 30. Januar einen Artikel brachte unter dem Titel „Strauss soll gespielt werden“. Es wurde darauf hingewiesen, daß Richard Strauss zu Unrecht verurteilt wird, daß er ebenso wie Wilhelm Furtwängler zwar keine Zivilcourage besaß, aber jüdischen Künstlern unter dem Nazi-Regime half, sich von den Nazis distanzierte und seine jüdische Braut die ganze Zeit hindurch beschützte. Dennoch ist zweifelhaft, ob der Bann gegen Richard Strauss aufgehoben wird.

Die israelische Presse brachte zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers eine ganze Reihe von Artikeln mit historischen Betrachtungen und Berichten über das heutige Deutschland. Charakteristisch für alle war, daß sie der Bundesregierung Anerkennung für ihre Bemühungen zollten. Die Überreste des Nazismus auszumeren. Gleichzeitig warnten sie vor einer Wiedergeburt nazistischer Tendenzen. (SAD)

## Dobrynin – Diplomatie aus der Tiefgarage

Von HEINZ BARTH

Is die Diplomatie in grauer protokollarischer Vorzeit die Würde eines Doyen (von „de“) des Diplomatischen Korps, konnte sie nicht ahnen, daß Anatolij Dobrynin, der als Botschafter der Sowjetunion in Washington diesem Bereich unvorhersehbare Dimensionen über 21 Jahren anwar, nach dem Wechsel von Henry Kissinger zu David Gromyko sein – Dekan in jeder Hinsicht. Er war es lange, bevor er formell die Nachfolge des „Botschafters“ von Nicaragua, den die Zugehörigkeit profitorientierten Somoza fast ein Menschenalter auf einträglichen Posten des tüchtigsten Missionschefs in Washington festgeschrieben hatte.

62 Jahren noch immer ein Mann, den die Gerontokraten der Sowjetunion im Zentralkomitee, Anatolij Dobrynin, in absehbarer Zukunft seine düstere, noch aus der Zeit stammende Botschaft an 18. Straße. Von dort hat er zählte und unentwirrbare Fäden zum benachbarten Weißen Haus gespannt, besonders während seines ausgedehnten Flirts mit Henry Kissinger. Strikt viktorisch war der Stil des Hauses. Ein marxistisch-leninistischer Diplomat, der gefälligst in Linienreue verpackt war, ist unbestreitbar. Er war der Superstar auf der diplomatischen West-Ost-Szene, ein Mann, der in der Hörmaschine des Telefons zu hören schien, als hätte er keinen anderen, gleich ob er Botschafter oder Abrißexperte, der sich mit seinem liierten Wissen über alle Feinheiten im Verhältnis der beiden Mächte vergleichen konnte.

Man er denn nicht in den 1970er Jahren zurückkehrt, kommen wir daran vorbei, darin einen Gang von globaler Auswirkung. Wir hatten darauf gerade erwartet. Man ahnte es, seit J. Andropow, sein Sowjet-Zwilling in politischen Orientierung wie äußerlichen Habitus, zum Generalsekretär der Partei geworden Moskau besaß sehr einleuchtende Gründe, ihn über 21 Jahre in Washington zu belassen. Unter Präsidenten, von John F. Kennedy über Johnson, Nixon und bis zu dem schwächlichen Jimmy Carter, hatte er seine Nützlichkeit, nein, seine Unentbehrlichkeit im Dienst der sowjetischen Politik bewiesen. Aber wie es um diese Unentbehrlichkeit dem Anbruch der Reagan-Ära bestellt? Mit einer Administration, die den Kreml von vornherein in unklaren ließ, daß sie un-

ter Entspannung etwas anderes verstand als Vorleistungen und diplomatische Weichschuh-Tänze, waren offensichtlich nicht mehr die einträglichen Geschäfte zu machen, die das Gleichgewicht langsam, aber sicher zugunsten der Sowjetunion verschoben hatten.

Da waren die Künste Dobrynins, mit denen er viele Jahre brilliert hatte, aus der Sicht des neuen Kreml-Bosses an ein untaugliches Objekt verschwendet. Kein Zweifel – die Gangart ist rauher geworden. Die Amerikaner wären nicht mehr bereit, Weltkrisen wie die des Prager Einmarsches von 1968 durch die milde Optik der goldgeränderten Brille Anatolij Dobrynins zu betrachten. Nun trägt auch Jurij Andropow eine Brille mit feinem Goldrand. Wir können es uns nicht versagen, darin eine nicht ganz zufällige Übereinstimmung zu sehen, eine intime Übereinstimmung, soweit Intimität im Kreml ein Wohnrecht hat. Sicher sind die beiden Herren keine wodkaabhängigen Bolschewiki, wie es Stalin, Chruschtschow und Breschnew waren. Sie sind imperiale Manager, die sich von vorzüglichen Schneidern anziehen lassen, Geschmack an westlicher Literatur haben und mithalten können, wenn sie dem angelsächsischen Humor begegnen.

### Ein „zivilisierter Bär“ überraschte Washington

Nun erscheint ihnen also die Zeit reif, den Vereinigten Staaten die Gunst zu entziehen, an die Washington zu glauben gelernt hatte. Die Gunst der ausgedehnten Präsenz des hochgewachsenen, manchmal geradezu imposanten Ukrainers, der schon Mitte der fünfziger Jahre als junger Diplomat amerikanische Lebensart erlernt, aber natürlich niemals voll assimiliert hatte. Während des Kalten Krieges hatte sich die Sowjetunion in Washington durch verzögerte und kontaktarme Dogmatiker vertreten lassen, engstirnige Apparatschiks, die gesellschaftlich total isoliert waren. Statt dessen wurden die Amerikaner im Dezember 1961, die Berliner Mauer war noch kein halbes Jahr alt, mit einem zivilisierten Bären überrascht, der zu jeder Vermissung eilte und sich nicht anmerken ließ, daß er als eines von zwölf Kindern eines Klumpens geboren war.

Der Bär hatte blaue Augen, doch sonst war nichts blaues an ihm. Washington begann, die Empfänger der Sowjet-Botschaft zu schätzen – nicht nur wegen des Kaviars und Krimsektes. Es gab musikalische Soireen, bei denen die zierliche Madame Dobrynin das Talent einer

Klavier-Virtuosin brillieren ließ. Auf der diplomatischen Ebene war das Debut weniger glücklich. 1962 war das Jahr der kubanischen Raketenkrisis, der einzigen seit dem Zweiten Weltkrieg, in der die Gefahr einer nuklearen Katastrophe akut wurde.

Zunächst aber fiel Dobrynin die undankbare Aufgabe zu, die nervös gewordenen Kennedys zu beschwichtigen. Er versicherte Robert Kennedy, dem Bruder des Präsidenten, es gebe keine Sowjetraketen auf Kuba. Er hat seither immer beteuert, von Moskau falsch informiert worden zu sein. Das wurde ihm schließlich nur deshalb abgenommen, weil Chruschtschow noch weit größere Probleme mit seiner Glaubwürdigkeit hatte. Es war der Musterfall einer Panne, wie sie einem neuen Botschafter passieren darf. Aber Dobrynin überlebte sie. Bald begann er Punkte zu sammeln – etwa beim Austausch des über Rußland abgeschossenen Spionage-Piloten Gary Powers gegen den sowjetischen Meistermann Oberst Abel.

Doch seine Glanzzeit sollte erst kommen, als der „unerschöpfliche Masochismus amerikanischer Intellektueller“ (Henry Kissinger) ihm die Chance bot, Amerikas öffentliche Meinung zu manipulieren. Seit David Gromyko hat kein Sowjettrusse so gekonnt auf einer geliebten Stradiwari gespielt. Der Vietnam-Krieg und die vergebliche Illusion der Amerikaner, der Kreml werde ihnen durch Einwirkung auf Hanoi aus der Bedrängnis helfen, waren die Saiten der Violine, auf denen der Sowjetbotschafter am liebsten zupfte. Washington war damals dankbar für jede freundliche Geste. Und mehr noch war es hoffnungsvoll. Es erinnerte sich der Brutalität, mit der der Kreml in Wien von Chruschtschow behandelt worden war. Nixon wußte genau, daß seine Wiederwahl im November 1972 fast ausschließlich von außenpolitischen Erfolgen wie dem Frieden in Vietnam und der Verständigung mit dem Kreml abhing.

Das war die Aufgabe, der sich Kissinger fortan widmete – über weite Strecken im Tandem mit Dobrynin. Ein „back channel“ – ein verdeckter Kanal – wurde eingerichtet, auf dem Kissinger als Sicherheitsberater des Weißen Hauses die zentralen Fragen der Außenpolitik, darunter auch die Verhandlungen über das erste SALT-Abkommen mit den Sowjets, am Außenministerium seines Erzrivalen Bill Rogers vorbeileitete. Dobrynin wäre nicht der unverföhrene Diplomat, der er ist, hätte er sich die Chance entgehen lassen, die ihm diese Situation bot. Aber er blieb immer der glatte Perfektionist einer wohlgezogenen Unverföhrenheit. „Ich habe nie vergessen“, bescheinigt ihm Kissinger, „daß er Mitglied des Zentralkomitees der KP der Sowjetunion war, und mir niemals vorgemacht, seine angenehmen Umgangsformen seien ein Zeichen seiner besonderen Sympathien für mich persönlich oder für den Westen. Vielmehr zweifelte ich nicht daran, daß er ebenso rücksichtslos und doppelzüngig sein konnte wie jeder andere kommunistische Führer, wenn es im Interesse seines Landes lag.“

NATO bedeutet hätte, als gewaltiges Zugeständnis Moskaus. Eisiger Opportunismus ist das alles beherrschende Geschäftsprinzip der sowjetischen Außenpolitik. Auch Dobrynin ist an diesem Prinzip geschnitten. Es liegt außerhalb seiner Vorstellungskraft, eine vorteilhafte Verhandlungsposition preiszugeben, um damit ein besseres Klima zu schaffen.

### Der Abschied für Gromyko ist nicht mehr fern

Das trifft genau den Punkt, den man zu beachten haben wird, wenn der Botschafter künftig nahe der zentralen Schaltstelle der Macht im Kreml die Linie der Außenpolitik mit zunehmender Intensität bestimmen wird. In Andrej Gromyko, dem einzigen, der ihm an Länge der Erfahrung voraus und an diplomatischer Geschwindigkeit beinahe gewachsen ist, verkörpern immer sichtbarer die Säfte eines säuerlichen Temperaments. Die Stunde des Abschiedes für den dienstältesten Außenminister der Welt ist nicht mehr fern. Es gehört wahrhaftig keine Prophetengabe dazu, in Dobrynin seinen Nachfolger zu sehen.

Wen sonst? An den Grundsätzen der sowjetischen Amerika-Politik braucht sich darum nicht viel zu ändern. Einstweilen wird die Reagan-Ära damit leben können, daß sie der Kreml mit der Abberufung Dobrynins dafür „bestraft“, daß sie weniger nachgiebig ist als frühere Administrationen. Was sich die Sowjetführer unter Entspannung vorstellen, hat sich für sie viel zu lange gelohnt, als daß sie interessiert sein könnten, abrupt auf den ersten Gang des Kalten Krieges zurückzuschalten. Natürlich liest man jetzt in der amerikanischen Ostzeitschriften, Dobrynin verlasse Washington, tief enttäuscht von der Abneigung des Weißen Hauses, ernsthaft mit ihm zusammenzuarbeiten. Die Zeiten kehren nicht wieder, in denen Kissinger und er fast eine Verschwörung anzettelten, um schwierige Probleme in ein sanftes Dunkel der Geheimhaltung zu hüllen.

Doch auch Kissinger beklagte sich zuweilen, daß ihm Dobrynin diplomatische Waren zu verkaufen suchte, die schon etwas ranzig waren. So präsentierte er einmal den sowjetischen Verzicht auf die abstruse Forderung, beide Seiten müßten ihre Bündnis-Systeme in Europa auflösen, was das Ende der

NATO bedeutete hätte, als gewaltiges Zugeständnis Moskaus. Eisiger Opportunismus ist das alles beherrschende Geschäftsprinzip der sowjetischen Außenpolitik. Auch Dobrynin ist an diesem Prinzip geschnitten. Es liegt außerhalb seiner Vorstellungskraft, eine vorteilhafte Verhandlungsposition preiszugeben, um damit ein besseres Klima zu schaffen.

Sentimentalität in der Politik, lehrte Lenin, sei schlimmer als Feigheit vor dem Feind. Umkehrt sind Sentimentalität und die unermüdete Bereitschaft, Orschüsse an den „good will“ des Kreml zu zahlen, genau das, was dieser von den Amerikanern erwartet. Da war an ihnen viel ergebige Erziehungsarbeit zu leisten. Anatolij Dobrynin war der Hauptlehrer dieser „re-education“. Dazu bedurfte es eines gehörigen Abstandes zu der ideologischen Erstarrung des Sowjet-Systems, die ihm wie eine diplomatische Ungehörigkeit vorkommen muß.

Daß eine weitläufigere Einstellung in der Sowjet-Hierarchie um sich greift, wird künftig seine Aufgabe in Moskau sein. Am Potomac war für ihn im Augenblick nicht mehr viel zu holen. Dort mag ein geringerer Unterhändler, der strikt seine Weisungen befolgt, bis auf weiteres genügen. Dobrynin war zu sehr Star geworden, um sich in Washington als Briefträger verzeihen zu lassen. Im Grunde ist in seiner Abberufung das Eingeständnis versteckt, daß Ronald Reagan mit seiner Weigerung, sich von der anderen Supermacht eine herablassende Behandlung und gönnerhaftes Wohlwollen bieten zu lassen, von vornherein auf die richtige Taste drückte.

So geht denn ein großes Schauspiel der Diplomatie zu Ende, ein ebenso fesselndes wie ängstliches Schauspiel. Ängstlich war es gewiß für so manchen US-Botschafter in Moskau, daß fast jede wichtige Entscheidung von der eigenen Regierung über Dobrynin umgeleitet wurde. Ängstlich auch für die westlichen Botschafter in Washington, daß der Sowjetkollege von State Department und Weißem Haus mit Sonderprivilegien ausgezeichnet wurde, die sie als Vertreter der Verbündeten nicht einmal erträumen durften. Doch das hörte schon unter Alexander Haig auf. Seither rollte der schwere Cadillac Dobrynins nicht mehr auf seinen reservierten Platz in der Tiefgarage von „Foggy Bottom“. Seither stand ihm der Geheimdienst, der ihn direkt ins Büro des jeweiligen Außenministers hob, nicht mehr zu Diensten. Über ein Jahr, bevor er Washington verließ, war für die Diplomatie aus der Tiefgarage die Uhr abgelaufen.

## DELTA MEDALLION-BUSINESS-KLASSE VON FRANKFURT NACH ATLANTA. LUXUS OHNE AUFPREIS.



Die Medallion-Business-Klasse ist Deltas spezielle Klasse für Geschäftsleute. Sie kostet viel weniger als der Erste-Klasse-Tarif und ist ideal für Geschäftsreisen ab Frankfurt. In ruhiger Atmosphäre können Sie arbeiten oder entspannen. Die Getränkekarte bietet Cocktails, erlesene Weine und Liköre. Darüber hinaus haben Sie eine höhere Freigepäckgrenze. Und all das ohne Aufpreis.

Delta fliegt an 5 Tagen in der Woche – außer dienstags und donnerstags – nonstop von Frankfurt nach Atlanta. Ab Atlanta fliegt Delta weiter nach 80 Städten in den USA. Nehmen Sie Delta

nach Atlanta, und ohne die Fluggesellschaft zu wechseln, erreichen Sie Ihr Reiseziel an der Ost- oder Westküste.

Für Informationen und Buchungen wenden Sie sich an Ihr Reisebüro oder rufen Delta Air Lines in Frankfurt unter der Nummer 0611/ 23 30 24. Telex 4 16 233, an. Das Delta-Buchungsbüro ist in der Friedensstraße 7, 6000 Frankfurt/Main. **DELTA**

Tarife und Flugpläne können ohne vorherige Ankündigung geändert werden.



**DELTA. PROFIS AUF DER GANZEN LINIE.®**



## Honecker lädt SPD-Führung zur Marx-Feier ein

dpa, Bonn  
Der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, hat in einem Schreiben an die SPD-Führung zur Teilnahme an einer wissenschaftlichen Konferenz aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx im April nach Ost-Berlin eingeladen. SPD-Vorsitzender Wolfgang Clement schloß eine Teilnahme von Experten der SPD an dieser Konferenz nicht aus, zu der die SED eingeladen habe. Staatsminister Philipp Jenninger (CDU) vom Bundeskanzleramt hatte sich am Wochenende gegenüber „Bild am Sonntag“ verwundert geäußert, daß der Brief Honeckers an die SPD-Vorsitzenden Willy Brandt und durch eine Meldung der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN bekannt geworden sei.

## Kiep: USA über SPD-Politik besorgt

dpa, Hamburg  
Mit größter Spannung und mit größter Sorge beobachten die USA nach Angaben von CDU-Präsidentin Willy Brandt, die Kiep die, nach ihrer Meinung, „sicherheitspolitische Abwendung der SPD vom westlichen Bündnis“. Während eines Washington-Besuchs sagte Kiep nach Gesprächen mit US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger und dem Staatssekretär im Außenministerium, Eagleburger, bei einer Regierungsbildung durch SPD und Kanzlerkandidat Vogel und seine Berater sei ein Erfolg der Abrüstungsverhandlungen in Frage gestellt.

## Schüler-BAföG wird überarbeitet

Lam, Kiel  
Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel ist vom CDU-Präsidium damit beauftragt worden, ein neues Modell für die Ausbildungsförderung der Schüler zu erarbeiten. Die von der Bundesregierung beschlossenen drastischen Streichungen beim Schüler-BAföG waren in der Öffentlichkeit auf erhebliche Kritik gestoßen.

DIE WELT (usps 600-550) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 350 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

## Terrafinanz – Vogels Widersacher wartet auf die Gegenüberstellung

Von WERNER KAHL

Irren“, sagt der pensionierte (ehemalige) Münchener Stadtrat Ludwig Schmid, „gilt als menschlich“. Noch menschlicher sei es, sich auf seine Irrtümer zu verstellen. Diese Haltung, erklärt der achtzigjährige Jurist mit dem Hinweis auf Offiziere, die eine als falsch erkannte Handlung nicht widerrufen, weil die Autorität gemindert werden und die innere Sicherheit ins Schwanken geraten könnte.

Der älteste Münchner Kommunalpolitiker (Münchner Block) aus der Rathausgalerie des damaligen Oberbürgermeisters Hans-Jochen Vogel, welcher 1960 als jüngster „OB“ am Marienplatz das Regime übernommen hatte, wählte diesen Vergleich, um seine Meinung zu den Vorgängen bei der Baulandbeschaffung für das Stadtviertel Neu-Perlach und die Rolle Vogels in der Münchner Neue-Heimat-Affäre darzulegen.

Der Skandal um die Grundstücksfirma Terrafinanz, an der sich der frühere Chef der Neuen Heimat, Albert Vietor, über einen Strohmann beteiligt hatte, hat zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des bayerischen Landtages geführt. Nach einem Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Treuhand“ sollen Vietors Privatgeschäfte die Neue Heimat im Baugebiet Neu-Perlach um knapp 50 Millionen Mark geschädigt haben, da die Terrafinanz das billig aufgekaufte Ackerland als teures Bauland an die Neue Heimat veräußerte. Der Untersuchungsausschuss wird allerdings erst nach der Bundestagswahl klären, ob der damalige Oberbürgermeister und jetzige SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel seine Amtspflicht verletzt hat.

Daß er von NH-Strohmännern in der Terrafinanz nichts gewußt habe, begründete der um seine Reputation besorgte Spitzenkandidat bereits vor der Bildung des Ausschusses: „Außerhalb meines Vorstellungsvermögens.“ Im „Spiegel“ meinte Vogel: „Ein wichtiges Kriterium dafür, ob ich hätte Verdacht schöpfen müssen, war das Verhalten meines damaligen Hauptkritikers. Und wenn der ... schweig, dann war das für mich ein wesentliches Indiz.“ Diese inzwischen wiederholt abgegebene Erklärung ist es, die den Widerspruch des ehemaligen Stadtrates auslöst. In seinem Haus in Gieselsberg sagt Ludwig Schmid, die Fa-

piere über die Terrafinanz hätten in den vergangenen zwanzig Jahren an Deutlichkeit nichts eingebüßt. Er war es gewesen, der in einem Schreiben vom 30. Juli 1982 unverblümt gewarnt hatte: „In vorbestimmter Sache (Übernahme von Terrafinanz) verschweigt der Akt mehr als er aussagt.“ Es hätte deutlich gesagt werden müssen, so Schmid, „daß es sich bei der Terrafinanz um ein weiteres Kind der Neuen Heimat handelt“. Er habe gegen diese Absicht, so äußerte sich damals Schmid, „die darauf hinaus läuft, der Neuen Heimat auch in München eine Monopolstellung sowohl zum Grundstückserwerb wie auch für den Wohnungsbau einzuräumen“, scharfsten Einspruch erhoben.

Daß Vogel entgegen mancher Genossenschaft durch einen Irrtum korrigiert, ist mindestens in einem Fall belegt. In einem sozialdemokratischen Grundsatzstreit hielt er im Jahre 1980 die Freigabe der Mietpreise auch in Berlin für unabdingbar. Viele Genossen in Bund und Ländern waren verblüfft. Der Berliner Senat setzte eine Kommission ein, die zu einer Ansicht kam, die denjenigen des damaligen Bundesministers Vogel entgegengesetzt war. Als Stöbke in Berlin im Januar 1981 über die Garski-Affäre stolperte und Vogel die Nachfolge antrat, wurde die Mietpreisfreigabe erneut diskutiert.

Über Vogels „neue Sicht ab 1981“ schreibt der frühere SPD-Finanzminister und ehemalige stellvertretende Berliner SPD-Landesvorsitzende Klaus Riebschläger: „Jochen Vogel setzte sich in seiner neuen Funktion an die Spitze der Gegenströmung und erklärte es zu einem der wesentlichen Ziele der Berliner SPD, diese Mietpreisbindung in relativ unveränderter Form aufrechtzuerhalten.“ (Vor Ort – Blicke in die Berliner Politik, Berlin-Verlag).

Im Untersuchungsausschuss geht es auch um folgende ungeklärte Fragen: – Wie konnte die 1983 noch völlig unbekannte Terrafinanz – offensichtlich ohne einen amtlichen Auftrag der Stadt für Baulandbeschaffung – Einsicht in die vertraulichen Münchner Planungsakten erhalten? Auf wessen Verantwortung ist dies geschehen?

– Wer setzte die Beschlußfassung des Stadtrates zur „Übernahme

von Terraufgaben“ von der Tagesordnung des Sitzungstages 30. Oktober 1982 ab? Wer sorgte dafür, daß über die Gesellschaft auf den nächsten Sitzungen nicht mehr gesprochen wurde?

Aus der gemeinsamen Stadtratszeit mit Vogel erinnert sich Schmid, mit welcher Akribie der damalige OB arbeitete: „Jede Tagesordnung wurde von ihm genau unter die Lupe genommen und ihr Inhalt letzten Endes von ihm bestimmt.“ Dies schrieb er auch an Vogel, der inzwischen SPD-Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus geworden war. Barsch reagierte Vogel mit der Gegenfrage: „Welche Unterlagen haben Sie eingesehen? Wer hat Ihnen diese Unterlagen zur Verfügung gestellt?“

Schmid antwortete darauf am 15. Oktober vergangenen Jahres: „Sie setzen Ihr Verwirrspiel fort ... mit der Darstellung, als habe sich der Kommunalausschuss am 30. 10. 1982 in der Angelegenheit Terrafinanz selbst von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen, wird die Öffentlichkeit von ihnen irreführt.“ Der Punkt Terrafinanz, so Schmid, habe nicht behandelt werden können, weil er „schon vor der Sitzung hinter verschlossener Tür von der Tagesordnung abgesetzt worden ist“.

Vogel wies in einer Antwort vom 21. Oktober die Vorwürfe zurück. Dem rüstigen Pensionär hielt er vor, er wolle offenbar „auch im hohen Alter Konfrontationen fortsetzen“. Eine konkrete Auseinandersetzung blieb hingegen aus. „Ich nehme zur Kenntnis“, reagierte der wegen seines Alters zur Zurückhaltung ermahnte frühere Stadtrat, „dass Vogel Alter mit Torheit gleich“, daß in der Angelegenheit Terrafinanz von Ihnen kein aufrichtiger Beitrag zur Wahrheitsfindung erwartet werden kann.“ Er werde daher die Korrespondenz mit dem Kanzlerkandidaten einstellen. „Dabei wollte ich von Ihnen“, so Schmid abschließend, „nur die Beantwortung einer Frage: Wer hat damals die Absetzung veranlaßt?“

Der briefliche Disput scheint damit zwar beendet, dafür erwartet Vogel nunmehr – gleichgültig ob als Kanzler oder als Oppositionsführer im Bundestag – die Gegenüberstellung mit dem rüstigen Zeugen der Zeitgeschichte vor dem Untersuchungsausschuss im Maximilianen. „Der Vogel Hansi“, schmuzzelt Schmid, „hat Pech, daß ich noch lebe.“

## Kritische Worte über die Zukunft Europas

Symposium des „Bergedorfer Kreises“ in Zürich

Von HERBERT SCHÜTTE

Zum ersten Mal seit dem Ende der sozial-liberalen Koalition saßen das Opfer und ein Betreiber der „Wende“ an einem Tisch: Helmut Schmidt und Walter Scheel waren mit dem „Bergedorfer Gesprächskreis“ – rund 25 Politikern und Wissenschaftlern aus sechs Ländern – im Gästehaus der Stadt Zürich versammelt, um über die „politische Herausforderung Europas“ zu diskutieren. Der ehemalige Kanzler blieb gegenüber allen harmonischen Europa-Klängen auf diesem Feld – vom Staat mehr oder minder heftig intoniert – ausgesprochen kühl. „Ich bin nicht dafür, daß der Staat Kulturpolitik betreibt“, bekannte er, „der Staat hat hier nichts zu suchen.“ Scheel hingegen sieht Ansätze für staatliche Initiativen, er vermisst zum Beispiel eine große europäische Schulbuchkonferenz.

Der Rheinländer war es auch, der sich klimatisch dem vom tiefen Groß auf die FDP erfüllten Hanses zu nähern versuchte. Am Vorabend des Gesprächs, als der ehemalige Bundespräsident die Ausstellung „Der Gang zum Gesamtkunstwerk“ im Kunsthaus Zürich eröffnete, wandte sich Scheel direkt an den Kanzler a. D. Er sagte: „Lieber Helmut. Es ist lange her, daß wir uns bei einer gemeinsamen Veranstaltung gesehen haben. Jetzt ist es in Zürich.“ Als Schmidt hinterher – von Scheel getrennt – die Ausstellung besichtigte, meinte er auf die Frage, ob er dies als einen „beherzten Schritt“ auf ihn zu bewerte, offenbar verwundert: „Dazu braucht man doch kein Herz.“ Er fügte mit Genugtuung hinzu: „Andere von der FDP hätten das nicht gewagt.“

Ein Duzfreund des ehemaligen Bundeskanzlers, der Industrielle Kurt A. Körber, der die Zürcher Ausstellung mit einer Million Mark initiiert hatte, sagte am nächsten Morgen zur Einleitung des Bergedorfer Gesprächs, es sei leichter, auf dem Mond zu landen als die kulturpolitische Gemeinschaft Europas unter einen Hut zu bringen. Der Luxemburger Gaston Thorn, Präsident der EG-Kommission, gab seiner Skepsis gegenüber den Problemen des „Europa der zweiten Generation“ Ausdruck. In dem Ort, in dem Winston Churchill am 19. September 1946 in seiner berühmten „Zürcher Rede“ die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert hatte, stellte Thorn ernüchtert fest: „Europa al-

tert“, die „Sache Europas“ stehe auf der Kippe. Thorn wies auf die amerikanischen und japanischen Erfolge hin: Die USA hätten zehn, die Japaner drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, und wir nur einige Hunderttausend.“ Der kulturelle Austausch innerhalb Europas sei trotz des Tourismus breiter Schichten noch immer „unzuverlässig“.

Das Bewußtsein für eine gemeinsame europäische Kultur sieht auch Walter Scheel als mangelhaft an. Er beklagte, daß die anfängliche Fremdsprachen-Begeisterung der Jugend, einer eher müden Haltung gewichen sei. Scheel regte einen intensiven Austausch von Originalsendungen des deutschen und französischen Fernsehens an. Den Eindruck der kulturellen Unkenntnis zwischen Deutschland und Frankreich bestärkte auch Rolf Liebermann. Der Opernchef mit Hamburger und Pariser Erfahrungen stellte fest: „Ein Stück wie „Nathan der Weise“ ist in Frankreich absolut unbekannt.“

Helmut Schmidt wandte sich dagegen, Kulturpolitik in die Hände des Staates zu legen, in Hände, die dem Publikum nicht mehr durchsichtig sind. Der ehemalige Kanzler diagnostizierte eine Wiederentdeckung von Lebenskreisen, mit denen „die Leute sich identifizieren können“ – nämlich Familie, Heimat, Nation.

Auch der Tübinger Literaturwissenschaftler Hans Mayer hat die Rückbesinnung auf das Regionale, „das Landschaftliche und Vaterstädtische“ beobachtet. In einer Gegenwart, in der selbst junge Autoren immer mehr auch Dialektgedichte schreiben, seien die europäischen Schriftsteller – etwa die angelsächsischen, die französischen und die deutschen Literaten – „in ihrer Substanz so weit voneinander entfernt wie eh und je“. Walter Scheel meinte abschließend: „Die Europäer wachsen zusammen auf einem ganz geringen Zivilisationslevel“, zudem sei „Unkultur ein bedeutender Teil der Kultur geworden.“ Helmut Schmidt bekräftigte sein Mißtrauen gegenüber der Kulturpolitik von oben: „Kulturpolitik erwarten alles vom Staat.“ Der ehemalige Kanzler überraschte mit einem Verdikt sozialliberaler Politik. „Das Wort von der Anspruchsgesellschaft“ – so sagte er – „fällt auf die zurück, die diese Ansprüche gezeitigt haben.“

Seite 15: Die Welt als Modell

## Ein Häftling berichtet über „Brandenburg“

XING-HU KUO, Stuttgart  
Im „DDR“-Zuchthaus Brandenburg werden von den Häftlingen, unter anderem Kampfanführer der „Nationalen Volksarmee“ (NVA) von den dortigen Häftlingen gestellt. Dies hat der ehemalige politische Häftling Günter Lohse in der „Hilfs-Märtyrerkirche e. V.“ in Idingen (Baden-Württemberg) geteilt. Lohse hatte in der „DI“ die religiösen Sendungen der ORF, die sich vor allem mit Unterstützung christlicher Gruppen im Ostblock befaßt, mitgeteilt. Im Februar 1983 wurde er in der DDR verhaftet und wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu 32 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Bundesregierung hat Lohse freigelassen.

Nach Angaben Lohses müßte die rund 3000 Gefangenen in Brandenburg auch für die Bürger in der DDR arbeiten. Die Erzeugnisse dieser Fabrik, die in Brandenburg ein „Produktionszentrum“ Zuchthaus unterhält, werden bei zu einem großen Teil in der Bundesrepublik exportiert. Aus dem Motorenwerk „Werden“ läßt einen Teil seiner Produkte den meist „politischen“ Gefangenen bestellen.

Lohse berichtet, er habe „Planerfüllung“ 1,50 Ostmark Tag erhalten, bei Übererfüllung kamte er bis zu 3 Mark täglich „verdienen“. Wer jedoch die üblichen Normen nicht beauf wurde bestraft: Paketverbot, Kaufverbot und ähnliches mehr.

Weiter berichtet Lohse, daß mehrere Häftlinge – illegale Radiosender bestanden hätten. Dieses Gerät sei es ihnen gelingen, Sendungen aus dem West zu empfangen. Das heimliche Hören westlicher Sender geschah in den Zellen. Lohse: „In meiner Zelle waren 15 Mann. Pro Quadratmeter 1,5 Quadratmeter zur Verfügung. Die 15 Betten waren in Etagen angeordnet, so daß die letzten nur Deckenhöhe von 20 bis 25 Zentimeter P hatte.“

Die politischen Gefangenen a den mit Kriminellen zusammen legte. Neben mir lag ein Leberläger, der hatte eine Frau mordet. Unter mir lag jemand, hatte jemanden mit einem Messer verletzt.“ Aber auch ein Mann Bozenburg, der ein Tiefgangs zum Zwecke eines Fluchtversuchs gebaut hatte.

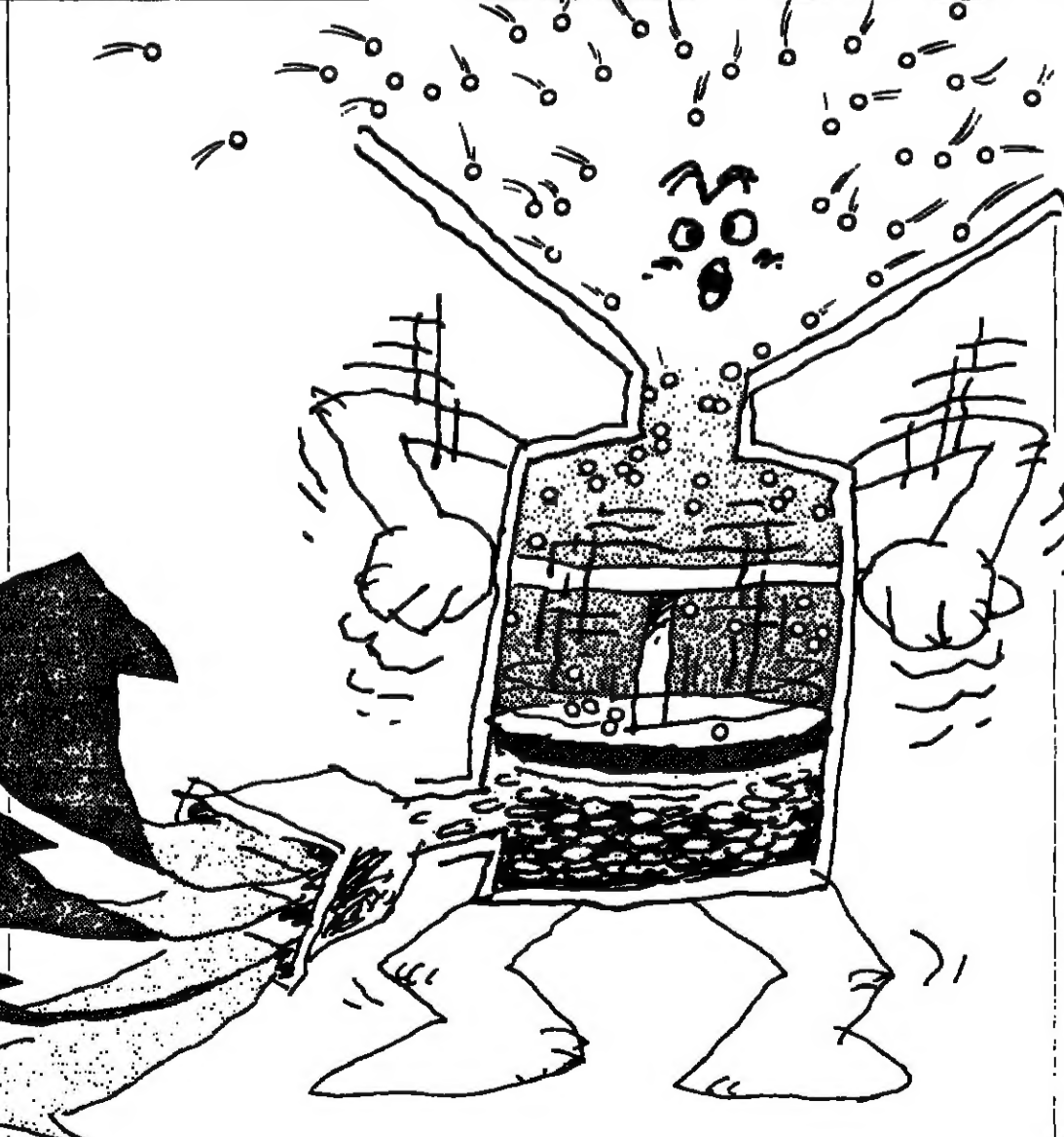
# Wärmegewinnung aus dünner Luft

## Ständige Verbesserung einer aktuellen Idee

Aufgrund der emporschnellenden Energiekosten ist Energieeinsparung weltweit zu einer Notwendigkeit geworden. Dieses Problem wird noch gravierender durch einen gestiegenen Heizungsbedarf für Wohnungen. Die innovative Technologie der von Hitachi gebauten Wärmepumpe trägt seit mehr als 20 Jahren zur Lösung der Energieprobleme bei.

Eine Wärmepumpe arbeitet nach dem Grundprinzip, daß ein verdichtetes Gas Wärme erzeugt. Das Wärmepumpen-System absorbiert die „Wärme“ von der Außenluft. So unglaublich es auch klingen mag, die Wärmepumpe kann auch dann noch „Wärme“ von der Außenluft aufnehmen, wenn die Temperaturen bis auf  $-7^{\circ}\text{C}$  sinken. Bildlich gesprochen, preßt dieses System Wärme aus dünner Luft heraus. Bemerkenswert ist ebenfalls die Tatsache, daß ein Wärmepumpen-System auch umgekehrt arbeiten und kühle Luft für Klimatisierung erzeugen kann.

Wärmepumpen haben zunehmend an Bedeutung gewonnen für die Heizung von Wohnungen, weil ihr hoher Wirkungsgrad Energie einspart.



auch vorhandene Erzeugnisse ständig zu verbessern. Seitdem Hitachi im Jahre 1963 seine Wärmepumpen erstmals auf den Markt brachte, gab es aufgrund der intensiven Forschungsbemühungen fortlaufend Verbesserungen. Hitachis Erfahrung in der Wärmeaustausch-Technologie über mehr als 50 Jahre ermöglichte zahlreiche Verbesserungen an der ursprünglichen Wärmepumpe. Modernste Innovationen wie Hitachi High Efficiency Fin (HHEF) und Thermoexel haben dazu geführt, daß eine Energiequelle mit ohnehin schon hohem Nutzwert noch stromsparender wurde.

Hitachi ist stolz auf seine effizienten Wärmepumpen. Sie repräsentieren jedoch nur einen kleinen Teil im Rahmen von Hitachis totaler Hingabe, das Leben der Menschen durch Technologie zu verbessern.

Hitachi bietet eine vielseitige Produktpalette – angefangen von Ausrüstung zur Energieerzeugung und -übertragung, einschließlich Kernkraftwerke, über Haushaltsgeräte und Computer bis zu Fernmeldeausrüstung und elektronischen Produkten.

Während ihrer mehr als 70jährigen Geschichte hat Hitachi, Ltd. stets die Überzeugung vertreten, daß Forschung und Entwicklung die gesündeste Grundlage für das Wachstum einer Firma sind. Um diese Philosophie in die Praxis umzusetzen, unterhält Hitachi sechs Forschungslaboratorien, deren

Forschungs- und Entwicklungsprogramme einen breiten Bereich von Gebieten erfassen.

Die gleiche technologische Innovation, die für die Konstruktion von effizienten Wärmepumpen benutzt wurde, wird für jedes Produkt von Hitachi eingesetzt. In ihrer Gesamtheit repräsentieren Hitachis über 20.000 Produkte ein umfassendes technologisches System, das einer großen Vielfalt von menschlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen begegnet.

Hitachi hat viele aktuelle Ideen!

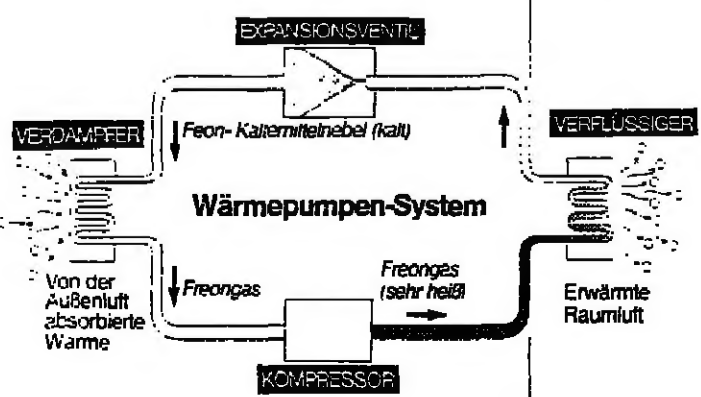
## Hitachi High Efficiency Fin (HHEF)

Das Hitachi High Efficiency Fin (HHEF) ist ein Wärmeübertragungselement, das entwickelt wurde, um die Wärmeübertragungsleistung zu verbessern. Das HHEF stellt viele kleine, nach oben hin konvexe Jalousiestreifen gegen den Luftstrom. Diese konvexen Jalousiestreifen verhindern die Bildung einer Grenzschichtströmung im Luftstrom und fördern die Vermischung einer solchen Strömung mit dem freien Strom.

Der Wärmeübertragungskoeffizient von HHEF ist 70% höher als derjenige von

konventionellen gewellten Rippen. HHEF-Werte liegen um 40% höher für den Druckabfall als diejenigen von gewellten Rippen.

Hitachi High Efficiency Fin



Wärmepumpen fördern die drei- oder mehrfache Wärmemenge der aufgenommenen elektrischen Energie. Wärmepumpen arbeiten ohne Feuer oder Abgas; folglich ist der Betrieb sicher. Und weil dieselbe Wärmepumpe sowohl zur Heizung als auch zur Kühlung dient, läßt sich viel Platz sparen. Das Kennzeichen der echten Hingabe eines Unternehmens an hohe Technologie ist sein Bestreben, nicht nur neue Produkte herauszubringen, sondern das Verlangen,

**HITACHI**  
Technologie von Weltrang

Anfragen an: HITACHI EUROPE LTD., Düsseldorf Büro: HITACHI EUROPE GMBH Jägerhofstr. 32, 4000 Düsseldorf Tel: (0211) 494171-75

هكذا قالوا



## Karneval mit Alaaf, Helau und Proporz

Von E. NITSCHKE

Karneval, Fasching, Fastnacht, Kund Bundestags-Wahlkampf: schwere Zeiten für Narren. In Düsseldorf mußte an der Messehalle das Motto des Rosenmontagszuges „Lot d'r Mot nit senke“ großflächig abgedeckt werden, damit darunter unbeschadet der Kanzler-Kandidat der SPD, Hans-Jochen Vogel, zu einer Wahlveranstaltung seiner Partei gehen konnte, ohne daß die Aufzucht, „den Mut nicht sinken“ zu lassen, zu irgendwelchen Assoziationen führen könnte.

„Neulich hatte meine Schwester eine Putzstelle bei der Neuen Heimat. Das war ein leichter Job. Da stauben die Direktoren selber ab.“ Büttenredner Henri Blum, einer von hunderten seiner Zunft, kann mit solchen Sprüchen, ohne Proporz-Witze zu Lasten anderer Organisationen, durch Kölner Säle und Sälchen ziehen. In Mainz, wie es singt und lacht, vor dem Fernsehen, beklagte Till der Narr in der ZDF-Sendung, die „Zensur“ verbiete es, daß man hier über Gewerkschaften, Startbahngegner oder Hausbesetzer ulke. Für ein Millionenpublikum hatte man darauf geachtet, daß Verse wie der von den zehn kleinen Geschehen sind Schmidt einst weggerannt, da harte er die kurz und kloß bis knapp uff drei Prozent, nicht auf den Bildschirm gerieten.

Andere Gesetze gelten, wenn der Karneval traditionell ins Kanzleramt kommt. Das hat auch etwas mit dem Wahlkampf zu tun, aber die „Sternenburger“, jenes Bonner Gesangsquartett, das auch dem Kanzler Helmut Schmidt im vergangenen Jahr einheute durfte ungehindert von einem „Übergangskanzler“ singen, dem der „Strauß im Nacken“ sitzt, Helmut Kohl („Für mich stehen die tollen Tage nach dem Aschermittwoch noch bevor“) weigerte sich, vor dem Fernsehen die aufgefahrene Erbsensuppe zu essen. Die war von der Bundeswehr angeliefert worden, und leider völlig versalzen. Was aber gelang, waren die fernsehgerechten „Bütchen“ des Kanzlers mit der Karnevalsprinzessin Bonna Claudia I. sozusagen symbolischer Klammer zwischen Politik und Narren: Claudia I. ist im Zivilberuf Assistentin des Bundesstagsabgeordneten Norbert Lammert aus Bochum und hat ihr Büro im Abgeordnetenhaus „Langer Eugen“.

## „Für die Einheit des Bistums“

Festgottesdienst für den neuen Berliner Kardinal Meisner in Sankt Hedwig

HANS-R. KARUTZ, Berlin

In zwei bewegenden Zeremonien dankten am Wochenende die rund 340 000 Katholiken in beiden Teilen der Stadt in getrennten Gottesdiensten, aber im Geist brüderlicher Verbundenheit für die Ernennung von Bischof Joachim Meisner (48) zum Kardinal. In den beiden Festveranstaltungen erfüllte sich der von Meisner als Bischof gewählte Singspruch: „Unsere Hoffnung für euch ist fest und unerschütterlich mit Leben.“

Bevor die katholische Gemeinde in West-Berlin am Sonntag ihren von Papst Johannes Paul II. zum Kardinal erhobenen Oberhirten begrüßte, kam es am Vortag in der Bischofskirche Sankt Hedwig zu einer seltenen west-östlichen Begegnung auf hoher und schlichter Ebene. Als Meisner im Kardinalspurpur, die wartende Menge segnend, in den mit grauem Marmor verkleideten Rundbau zog, wartete auch eine Reihe westlicher Gäste auf ihn.

Als Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz in Köln, der auch Meisner formell angehört, waren die Bischöfe Eduard Schick (Fulda) und Heinrich Maria Janssen

(Hildesheim) gekommen. Von weltlicher Seite nahmen – von den Ost-Berlinern mit besonders herzlicher Sympathie begrüßt – der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker und seine Frau Marianne sowie die drei alliierten Stadtkommandanten mit ihren Damen teil.

Die „DDR“-Seite ließ sich durch Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi (SED) vertreten, der erst kurz zuvor von einer mit Erich Honecker abgestimmten USA-Reise zurückgekehrt war, bei der er als Gast von Evangelist Billy Graham Kontakt zur kirchlichen US-Friedensbewegung gesucht hatte. Honecker selbst hatte Meisner erst mit unheimlicher Verspätung gratuliert und einen kühlen Glückwunsch verfaßt. Der Hirtbrief der sechs Bischöfe und vier Weihbischöfe der „DDR“, am 2. Januar von allen Kanzeln verlesen, ist wegen seiner kritischen Gedanken gegenüber der militärisierten „DDR“-Wirklichkeit von der Staatsführung mit Ingrid aufgegeben und nicht vergessen worden.

Westliche Gottesdienstbesucher sprachen später von einem „ungewöhnlich stark beeindruckenden“

## In China wird Fortschritt eher bestraft als belohnt

Abneigung gegen das Neue und Neid sind die Motive

PN, NORDEN, Peking

Schlägt ein Chinese eine Verbesserung in der Produktion vor oder macht er eine Erfindung, wird er oft bestraft. Typisch ist der Fall des Han Kun, Ingenieur-Assistent am Gummiforschungsinstitut Shanghai, der in der Presse eine lebhaft Diskussion ausgelöst hat.

Die Geschichte begann 1979. Eine kleine Gummifabrik in einer Landkommune bei Shanghai machte mit ihren veralteten Produkten einen Verlust von 24 000 Yuan (28 000 Mark) und war am Rande des Ruins. Als letzten Ausweg wollte man ein neues Produkt entwickeln, hatte aber keine Ingenieure. Der Ingenieur-Assistent Han vom Forschungsinstitut wurde um Hilfe gebeten.

Zwei Jahre verbrachte Han nun alle Sonn- und Feiertage in dieser Fabrik. Um 5 Uhr morgens verließ er das Haus, und um 9 Uhr abends kam er zurück.

Hans Frau ist krank und arbeitet nicht. Daher ist die vierköpfige Familie voll auf den Lohn des Vaters angewiesen, was nicht ausreicht. Als die Leitung der Kommune-Fabrik davon erfuhr, gab sie der Frau einen Scheinvertrag als Arbeiterin auf Zeit mit 88 Yuan (105 Mark) pro Monat als Entschädigung für die ständige Arbeit des Ehemannes.

Han entwickelte eine neue Gummichtung, die im November 1980 serienreif war. 1981 machte die kleine Fabrik einen ersten Gewinn von 280 000 Yuan und 1982 400 000 Yuan (480 000 Mark). Entsprechend staatlichen Vorschriften bekamen alle beteiligten Arbeiter und Techniker eine Prämie, Han selbst umgerechnet 450 Mark.

Im März 1981 meldete jemand die ganze Angelegenheit Hans Arbeitgeber, dem „Gummi-Institut“. Dort wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet. Han wurde bezichtigt, die Einrichtungen und das technische Wissen des Instituts zum privaten Gewinn ausgenutzt zu haben. Das wurde als Verbrechen bezeichnet; die Staatsanwaltschaft schaltete sich ein.

Das Bezirksgericht sprach Han frei. Daraufhin legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Der Fall kam vor die Shanghaier Stadtrechtsprechung, die das Gerichtsteil billigte. Das Institut jedoch weigerte sich, das Urteil anzuerkennen. Han wurde aus der Forschungsabteilung zu körperlicher Arbeit in die Werkstatt versetzt und auch nicht zum Ingenieur befördert.

schon nun drei Hauptmeinungen vor. Manche meinen, ein Angestellter habe seine Arbeitskraft voll seiner eigenen „Einheit“ zur Verfügung zu stellen. Andere kritisieren das Gummi-Institut und die Staatsanwaltschaft und nennen Han einen Modell-Intellektuellen. Die Leitung des Instituts wird verschiedentlich als „ultralinks“ bezeichnet. Es sei unerträglich, daß solche Fälle noch sechs Jahre nach der Niederschlagung der „Vierbande“ vorkommen könnten.

Anzeige

**Letzte Warnung – das Buch zum 6. März!**



DM 10,- Jetzt in allen Buchhandlungen!

Viele Leser vermuten, daß Han aus Neid auf seinen Extra-Verdienst schlecht behandelt wurde. Oft würden auch Prämien für Erfindungen auf alle Werksangehörigen gleichmäßig verteilt, egal ob sie an der Erfindung beteiligt waren oder nicht.

Die dritte Gruppe von Lesern weist darauf hin, daß es keine klaren Richtlinien zur Frage der Nebenbeschäftigung gibt, und fordert den Staat auf, das zu ändern.

Für viele ausländische Experten ist dieses Vorgehen schwer verständlich. Sie kommen nach China und wollen in kurzer Zeit alles reformieren und rationalisieren. Sie arbeiten sich ab mit detaillierten Reformvorschlüssen für Unterricht, Bibliotheken und Produktion, die im Grunde genommen nicht erwünscht sind.

## Die FDP sparte der Kanzler aus

Doppelwahlkampf in Schleswig-Holstein / Barschel vergleicht Liberale mit „Geisterfahrern“

BERND LAMPE, Kiel

Wahlkampfstimmung machte sich bisher im schneebedeckten flachen Schleswig-Holstein nur zögernd breit; doch drei Wochen vor der Bundestagswahl, der sieben Tage später die Wahl fürs Kieler Parlament folgt, kommen die Parteien langsam auf Touren. Bundespolitik überdeckt zunehmend den Doppelwahlkampf, in dem, nach dem Konzept der CDU im Gegensatz zur SPD, die Landtagswahl Eigenständigkeit behalten sollte.

Der CDU-Bundesvorsitzende Helmut Kohl kam am Wochenende zum ersten Mal als Kanzler in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt, von mehr als 5000 Gästen beim CDU-Treff in Kiel mit Beifallsklatschen und „Helmut, Helmut“ stürmisch begrüßt; von norddeutscher Reserviertheit war wenig zu spüren. In der Ostseehalle wurde die heiße Phase im schleswig-holsteinischen Doppelwahlkampf eröffnet.

Die parteipolitischen Angriffe von Kohl und Ministerpräsident Uwe Barschel hatten eine Zielrichtung:

die Sozialdemokraten. Der Kanzler erwähnte die Freien Demokraten nur mit der Feststellung: „Ich will die Fortsetzung der Koalition in Bonn!“ Erst später im kleinen Kreis meinte er, die FDP Schleswig-Holsteins rühre sich selbst. Barschel pflegt auf Wahlkampfveranstaltungen die FDP des nördlichsten Bundeslandes wegen ihrer Koalitionsaussage für die Landtagswahl zugunsten der SPD mit Geisterfahrern zu vergleichen, die nicht merken, daß sie in die falsche Richtung fahren. Die neuesten Umfragen scheinen ihm recht zu geben: Während sich die Bundes-FDP zu stabilisieren scheint, blieben die Liberalen im Norden – „Wir, die schleswig-holsteinische FDP“ – bisher bei 3,5 Prozent der Wählerstimmen stehen.

Für den SPD-Spitzenkandidaten Björn Engholm hatte Kohl kein Wort in seiner Rede übrig. Erst vor Journalisten merkte er an: Wer Engholm wählt, wählt die linke SPD. Barschel ging mit seinem Kontrahenten härter ins Gericht. Er warf dem früheren Bundesbil-

dingsminister vor, als Mitglied des Kabinetts Schmidt die Beschlüsse zur Kernenergie mitgetragen zu haben, jetzt aber aus dem Kernkraftwerk Brokdorf aussteigen zu wollen, wenn es nach vier Teilerlichungsgenehmigungen für 3,1 Milliarden Mark fertiggestellt sei. „Wer kauft schon ein Auto auf Raten und stellt es dann in die Garage?“, fragte Barschel.

Mißmut bei den CDU-Politikern über die Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten: „Dies ist keine Sommerdemokratie, dies ist keine Demokratie für alle Jahreszeiten“, skizzierte Kohl die Haltung der SPD zur Stationierung von Mittelstreckenraketen, und Barschel formulierte: „1976 gab es den Rentenbetrug, 1980 den Haushaltsbetrug unter Vortäuschung voller Staatskassen, im vorigen Jahr wurde in Hessen bei der Landtagswahl ein demokratischer Wechsel diffamiert, kurz danach gab es in Hamburg den Mietenswindel. Es gibt ein altes Sprichwort: Wer dreimal lügt, dem glaubt man nicht. Ich sage: Wer viermal täuscht, den wählt man nicht.“

Luft



Keiner unserer Kunden ist wie der andere. Das ist gut.

Eine Beratung ist um so besser, je spezifischer sie auf die individuellen Wünsche der Kunden eingeht. Für uns als Bank ist das eine tägliche Herausforderung.

Als erste überregionale Geschäftsbank haben wir unser gesamtes Niederlassungsnetz an einen Zentralrechner angeschlossen und sind damit „on line“. So können wir das Tagesgeschäft schneller und effizienter abwickeln und gewinnen Zeit für die vielfältigen Fragen unserer Kunden. Für deren intensive Betreuung investieren wir in die Ausbildung qualifizierter und engagierter Mitarbeiter.

Im vergangenen Geschäftsjahr haben wir konsequent die Devise „Qualität statt Quantität“ verfolgt. So stand es bei guter geschäftlicher Entwicklung

ter abwickeln und gewinnen Zeit für die vielfältigen Fragen unserer Kunden. Für deren intensive Betreuung investieren wir in die Ausbildung qualifizierter und engagierter Mitarbeiter.

Geschäftsjahr 1982*			
Bilanzsumme	Mrd. DM	44,80	
Einlagen von Kunden	Mrd. DM	22,62	
Kredite an Kunden	Mrd. DM	23,45	
Eigene Mittel	Mrd. DM	1,79	

\*vorläufige Zahlen Stand 31.12.1982

deutlich im Zeichen der Konsolidierung. Weil wir Solidität als Grundlage unseres Geschäftes betrachten, haben wir unsere Basis für die Zukunft verstärkt.

Wir möchten weiterhin bundesweit und international eine flexible und zuverlässige Universalbank sein. für die kein Kunde wie der andere ist.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Folgen der Subventionitis

„Engagement für den Stahl“: WELT vom 4. Februar

Sehr geehrter Herr Gillies, Sie haben heute die Bundesregierung kräftig die Leviten gelesen. Völlig zu Recht.

„Gegen die Subventionitis mit Steuergeldern ist auch der phantasiereichste Unternehmer auf Dauer machtlos. Er wird mit Dumpingpreisen in die Knie gezwungen, weil er gar nicht so rasch rationalisieren kann, wie andere Regierungen das Geld drucken.“ Das ist allzu wahr!

Nur schade, daß in einem sonst brillanten Artikel jeder Hinweis darauf fehlt, daß die Subventionsmalaise im Stahlsektor kein Einzel-

fall ist. Haargenau die gleichen Ursachen kosten Tag für Tag Unternehmen und Arbeitsplätze in der Textilindustrie der Bundesrepublik.

In diesem Fall bedrohen die vereinigten Staatskassen von Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien freilich nicht Konzerngiganten, die mit absoluter Sicherheit zuletzt doch vom Staat aufgefangen werden. Hier läßt eine von der Bundesregierung lässig hingeworfene Beihilfenflut unserer europäischen Nachbarn mittelständische Unternehmen über die Klinge springen. Und die sterben bekanntlich leise.

Alle Bemühungen, die Parallele zwischen der Stahlindustrie und der Textilindustrie den Politikern, den Publizisten und der Öffentlichkeit bewußt zu machen, sind anscheinend nahezu ergebnislos.

Der Faszination der Feuerschlingel und Walzstraßen erliegen sie alle.

Tatsächlich beschäftigt die eisenschaffende Industrie 273 000 Arbeitnehmer, der Textilsektor jedoch 543 000 (Chemiefaserindustrie, Textilindustrie und Bekleidungsindustrie). Der Umsatzvergleich zeigt 48 zu 58 Milliarden DM. Alle Angaben beziehen sich auf 1981.

Mit freundlichem Gruß  
Dr. Stahr,  
Gesamttextil e. V.,  
Frankfurt am Main 70

## Stein der Weisen?

„Gutverdienende Beamte eine Stufe tiefer besoldet“: WELT vom 1. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, ein toller Vorschlag von Herrn Girsengohn, der von viel Sachkenntnis zeugt. Um seine Vorstellungen durchsetzen zu können, müßte lediglich das Beamtenrecht

grundlegend geändert oder besser noch - abgeschafft werden.

Außerdem sollte der Minister sich fragen, wer denn für die Ausbildung des Staatsapparates - der jetzt Unsummen verschlingt - verantwortlich ist. Wer hat denn - in Nordrhein-Westfalen - noch Lehrer eingestellt, als die warnenden Stimmen längst laut zu hören waren? Gerade das Kultusministerium wurde doch in den letzten Jahren gut bedient.

Aber davon will man jetzt nichts mehr wissen und geht auf billige Art auf Stimmenfang. Denn Maßnahmen gegen die Beamten - das kommt an!

Mit freundlichem Gruß  
Elke Köhl,  
Düsseldorf 13

## Ton der Ironie

„Schamane am Schreibtisch“: GEISTIGE WELT vom 29. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Betrachtung von Herbert Schmidt-Kasper lese ich: „Sie Äußerungen deutscher Schriftsteller sind alle, mehr oder weniger, Variationen über Karl Kraus“ aufrecht-

liges, aber nicht sehr geistreiches und etwas feiges Bonmot: „Zu Hitler fällt mir nichts ein.“

Das bedarf, meine ich, folgender Richtigstellung: Das „Bonmot“ war nicht „aufrichtig“, sondern ironisch gemeint, denn es ist der erste Satz einer Schrift von rund 300 Seiten, in der Kraus schon 1933 über Hitler und die Nazis sehr viel mehr ein- und aufstellte als den meisten anderen. So gesehen, klingt der Satz auch wohl geistreicher, als wenn er ein vereinzelter Gedankensplitter wäre. Daß Kraus damals, drei Jahre vor seinem Tod, auf die Publikation verzichtete, geschah aus der berechtigten Besorgnis heraus, Goebbels würde seine Wut darüber an Juden in seinem Machtbereich auslassen. Er selbst, Kraus, saß im damals noch freien Wien und brauchte für seine Sicherheit nichts zu befürchten. Daß er ohnehin kein Feigling gewesen ist, wenn auch oft übersteigert und selbstgerecht in seiner Polemik, hat er von Jugend an bewiesen.

Da dieses Kraus-Zitat immer wieder einmal aus dem Zusammenhang gerissen, als Eingeständnis seiner Sprachlosigkeit vorgeführt wird, hielt ich es für ein Gebot der Fairneß, auf diesen Zusammen-

hang hinzuweisen und den unbedenklich Zitierenden die Lektüre der Schrift ans Herz zu legen. Sie heißt „Die dritte Walspurgisnacht“ und ist bereits 1952 im Kösel-Verlag erschienen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Nino Ernst,  
Mainz

## Meinungsmonopol

In wachsendem Maße ist in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Empörung darüber wahrzunehmen, mit welchem Übergewicht und mit wie einseitigen Methoden und sogar Trickspielereien Funk und Fernsehen trotz und seit der Bonner Regierungswende unablässig bemüht sind, Herrn Vogel als den einzig Weisen hochzuspielen, der alles wieder in Ordnung bringen wird, was die SPD unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt (bis auf Arbeitslosigkeit und Schuldenberg) schuldig blieb.

Für die unschwer auszumachenden linkslastigen Rundfunkanstalten ist Ausgewogenheit offenbar dann schon gegeben, wenn hinhaltet verschwiegen wird, sei es,

was der neuen Regierung günstig ist wie das, was der SPD-Opposition nachteilig ist.

Um eine tatsächliche oder wenigstens halbwegs erträgliche Ausgewogenheit zu erwirken, dürfte es für die Union nur folgende Möglichkeit geben: Entweder jeder gewünschten Gebührenerhöhung bedingungslos zuzustimmen und ganz nicht an der Monopolstellung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu rütteln, oder mit aller Macht das Kabelfernsehen zu forcieren und so das Meinungsmonopol der Rundfunkanstalten und dessen Mißbrauch zu zügeln.

Weiner Meyer,  
Vlotho

## Wort des Tages

„Die Angriffe der Gemeinheit und der Gehässigkeit mit Ernst und Klugheit abwehren heißt, mit Goldstücken nach Pfennigen zu werfen.“

Marie von Ebner-Eschenbach,  
österreich. Autorin (1830-1916)

## Sri Lanka

Ist das Thema unserer  
Auslands-Sonderbeilage  
am 24. Februar 1983

Themen aus dem vorläufigen Redaktionsprogramm:  
35 Jahre Unabhängigkeit - Deutsch-Ceylonische Beziehungen - Industrie und Entwicklungsvorhaben - Joint Ventures - Banken, Investitionen und Entwicklungsfinanzierung - Export und Exportförderung - Die Freihandelszone - Schifffahrt, Waren, Fracht- und Personenverkehr - Tourismus, Entwicklung und besondere Reiseziele - Edelsteine und Schmuck aus Sri Lanka - Tee, Anbau und Export - Die Hotel- und Konferenz-Infrastruktur - Banken und Textilien - Kultur und Kunsthandwerk - usw., usw.

Anzeigenschluß: 15. Februar 1983

Auskünfte und Beratung:

**DIE WELT**  
Anzeigenabteilung

Kaiser-Wilhelm-Straße 1  
2000 Hamburg 36  
Tel. 0 40 / 3 47 41 28  
Telex 2 17 001 - 0 asd

## Wirtschaftspolitik mit Orientierung!



„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.“

*Ludwig Erhard*

## Why did a French importer and a German sales director, on a flight to Geneva, both ask for an English-speaking newspaper?

First, because they're flying with one of the 56 major airlines which appreciate the importance of carrying the Financial Times.

Second, because they both want to arrive feeling properly briefed for the day ahead.

As businessmen, they need to know what is happening in the world, why it is happening and what is going to happen next.

The FT's daily coverage of business news from Europe, the Middle East, the United States, Japan and

the Far East is not only earlier than other newspapers, it is reported for Europeans by Europeans.

World news, European company news, Prices, Exchange rates, Advance news of foreign contracts.

All these, together, build a picture of the market as a whole.

A picture which interprets the world of business to the European business world.

**FINANCIAL TIMES**  
EUROPE'S BUSINESS NEWSPAPER

Everyone speaks the Financial Times.

For more information about how to receive a regular copy of the FT, please write to:  
G. Terence Dancer, Financial Times (Europe) Ltd, Guxley House, 54, Dorset Street, London W1A 1UL, Tel. 7594, TX, 4th fl.

هكذا على الأقل



## Solidarität mit Afghanistan fordert

AP, München  
Der ehemalige afghanische Ministerpräsident Mohammad Yusuf am Wochenende in München den Westen appelliert, seinem moralischen und materiellen Unterstützung im Kampf um die Freiheit zu gewähren, ehe es zu spät ist.  
In der Sowjetunion bisher gelungen sei, den Afghanen System aufzuzwingen, obwohl eine halbe Million Menschen aus dem Land vertrieben habe, habe Moskau zu einer „Politik der Verbrennung“ über, sagte Yusuf. Dürren würden der Erde den Boden gleich, die Menschen ausgehungert.  
Der Vorsitzende der Islamischen Front der Mujaheddin Afghanistan, Abdurab Salay, sagte am selben Tag, seine Anhänger würden sich an Friedensbemühungen beteiligen, wenn Moskau sich umgelenkt zu einem Rückzug aus Afghanistan entschließen würde.

## Adats Bruder verurteilt

AP, Kairo  
Der Kairoer Ethik-Gerichtshof hat El-Sadat, den Halbbruder des ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat, die drei Söhne El-Sadats wegen Verurteilung zu einem Jahr Haft verurteilt. Das Gericht befand, die drei Söhne El-Sadats, 50-jährigen und seine Söhne, Korruption, des Betruges, unethischer Bereicherung und hiesiger Aneignung öffentlichen Eigentums für schuldig und fügte die Beschlagnahme des Vermögens der Familie.  
Die Verurteilten befinden sich dem 28. Oktober in Haft. Alle Angeklagten hatten im Verlauf des Prozesses ihre Unschuld beteuert.

## Labour Party würde EG verlassen

AP, Baden-Baden  
Probritannien wird, falls die Labour Party die nächsten Wahlen in Unterhaus gewinnt, die Europäische Gemeinschaft verlassen.  
Diese Ansicht vertritt die Labour-Abgeordnete und ehemalige Ministerin Barbara Castle am Wochenende in einem Rundfunkinterview. Nach ihrer Ansicht würde eine Labour-Regierung sofort Verhandlungen über den EG-Austritt beginnen. Es gebe jedoch keine Zeichen dafür, dass die Gemeinschaft bereit wäre, die Gesetze des Landes zu ändern, das es eine Labour-Regierung bereit wäre, den Vertrag zu ändern, das es eine Labour-Regierung bereit wäre, den Vertrag zu ändern, das es eine Labour-Regierung bereit wäre, den Vertrag zu ändern.

## Haftspol-S-Asyl für Sowjet-Diplomaten

AP, New York  
Die Vereinigten Staaten haben dem ehemaligen sowjetischen Vize-Mitarbeiter Vladimir Jakimow und seiner Ehefrau politisches Asyl gewährt. Jakimow war ein Mitarbeiter in der Abteilung für internationale, wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des UNO-Sekretariats in New York.

## Frau Thatcher zieht Parallele zu Hitler

AP, Bournemouth  
Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat sich am Wochenende erneut gegen einseitige Abrüstungsschritte ausgesprochen und in einer Rundfunkrede vor konservativen Parteimitgliedern in Bournemouth, England, die Sowjetunion und den Nationalsozialisten gezogen.  
Sie stellte die Frage, was geschehen wäre, wenn die West-Alliierten in den 30er Jahren deutschen Waffen der Sowjetunion und den Nationalsozialisten gezogen.  
Sie stellte die Frage, was geschehen wäre, wenn die West-Alliierten in den 30er Jahren deutschen Waffen der Sowjetunion und den Nationalsozialisten gezogen.  
Sie stellte die Frage, was geschehen wäre, wenn die West-Alliierten in den 30er Jahren deutschen Waffen der Sowjetunion und den Nationalsozialisten gezogen.

## ERNENNUNGEN

Drei neue deutsche Botschafter gehen auf Auslandsposten. Nach Tripolis entsandt wird Rolf Enders. Der neue Botschafter in Libyen ist gebürtiger Frankfurter und Jahrgang 1924. Er studierte Jura und ging 1956 in den Auswärtigen Dienst. Erste Auslandsposten waren Kairo und Darassalam. 1968 bis 1972 leitete er das Generalkonsulat in Dacca, dem früheren Ostpakistan, heute Bangladesch. 1972 bis 1975 war Rolf Enders Ständiger Vertreter des Botschafters in Algier. 1975 wurde er selber Botschafter im afrikanischen Staat Kamerun. Dort blieb er bis 1980 und ging dann als Botschafter nach Kampala, Uganda.

Dr. Rudolf Koppenhauer wird neuer deutscher Botschafter in der Elfenbeinküste. Der Jurist, der 1966 in das Auswärtige Amt

# Gefängnis, weil sie einen Skandal aufdeckte

Jugoslawische Reporterin Opfer eines Machtkampfes / Praktiken einer „Schweine-Mafia“

C. GUSTAF STRÖHM, Wien  
Ein Justizskandal von politischen Dimensionen hat im Jugoslawien der Nach-Tito-Ära erneut die kritische Situation des Landes sowie offene Machtkämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei zutage treten lassen. Die in Belgrad lebende Journalistin Ranka Cicak, Korrespondentin der Zagreber Zeitung „Vjesnik“, immerhin der wichtigsten Tageszeitung der Republik Kroatien, wurde von einem Gericht in Sremska Mitrovica zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen angeblicher „feindlicher Propaganda“ verurteilt. Die Journalistin befindet sich zur Zeit in Haft; ihre Wohnung wurde von der Staatssicherheitspolizei nach belästigendem Material und nach „Waffen“ durchsucht.

Das Unglück der Ranka Cicak begann mit ihrem Wochensendungs, welches sie in Pezinci, einem Dorf bei Belgrad, besitzt. Dort war ihr Ende 1981 aus dem Abwasserkanal in die Nase gestiegen. Der Gestank rührte von ungezählten krepierenden Schweinen, die in den Abwasserkanal geworfen worden waren.

Die Journalistin verfasste darüber mehrere Reportagen und

deckte folgenden Tatbestand auf: Zur Aufzucht und Mast von Schweinen hatten im Dorf mehrere Landwirtschaftsfunktionäre mit Rückendeckung der örtlichen KP-Führung gewaltige Kredite aufgenommen. Nachdem sie das Geld kassiert hatten, ließen sie die zur Aufzucht bestimmten Schweine buchstäblich an Hunger eingehen. Die Angehörigen dieser „Schweine-Mafia“ hatten für ihr Vorhaben bei verschiedenen Banken bis zu zehn Krediten gleichzeitig erschwindelt. Das Geld verwendeten sie zum Kauf von Immobilien, von Autos, stellten damit private Chauffeure an und veranstalteten ausgiebige Zechgelage. Den Kreditgebern erklärte man, die Schweine seien eingegangen, weil kein Futter für sie aufzutreiben war.

Als die Reporterin die wirtschaftlichen und natürlich auch politischen Verflechtungen der „Schweine-Mafia“ an die Öffentlichkeit brachte, folgten zunächst Drohungen. Ein unerträglicher Gestank in die Nase gestiegen. Der Gestank rührte von ungezählten krepierenden Schweinen, die in den Abwasserkanal geworfen worden waren.

Der in die Affäre verwickelte örtliche Richter sagte gegenüber der

Journalistin, sie brauche nicht zu befürchten, von der „Mafia“ verprügelt zu werden – er werde sie vielmehr „politisch disqualifizieren“, und das sei für sie viel schlimmer. Ein anderer Funktionär sagte zu ihr: „Ich war im Parteikomitee und habe dort erzählt, was du für eine bist. Die sagten mir, daß ich dich nicht schlagen solle. Sie werden sich deiner auf elegantere Weise entledigen. Sie werden dir feindliche Propaganda anhängen.“

So geschah es dann auch: Vor Gericht beschuldigten Belastungszeugen Frau Cicak, sie habe Propaganda gegen den Staat verbreitet und Tito verleumdete. Das Gericht ließ außerdem wissen, daß gegen Ranka Cicak auch wegen Schleichbetrugs verhandelt werde – was überhaupt nicht stimmte. Der Angeklagten wurde die Äußerung in den Mund gelegt, „die Russen würden bald kommen, um in Jugoslawien Ordnung zu schaffen“.

Die Erklärung des Direktors des jugoslawischen Rundfunks, Zdravko Pecar, wonach er bereits hundert Jahre Gefängnis bekommen müßte, würde man ihn nach den gleichen Kriterien wie die Journalistin Cicak vor Gericht stellen,

konnte der Angeklagten zunächst nicht helfen.

Aus dem Fall der „Schweine-Mafia“ und der hinter Gitter abgeschobenen Journalistin können einige Lehren gezogen werden: Im jugoslawischen kommunistischen Wirtschaftssystem mit seinen Verschachtelungen und seinem Kompetenzwirrwarr sind finanzielle Manipulationen relativ leicht möglich. Statt die Schuldigen zu verfolgen, wendet sich eine mit Wirtschaftskorruptionellen im Bunde stehende Funktionärskaste gegen denjenigen, der den Skandal aufdeckt – auch dann, wenn es sich, wie in diesem Falle, um eine kommunistische Journalistin handelt.

Der Fall hat auch deshalb prinzipielle Bedeutung, weil zum ersten Mal seit den kroatischen Unruhen von 1971 ein jugoslawischer Regime-Journalist vor Gericht gestellt wurde. Daß der „Tatort“ sich in der autonomen Provinz Vojvodina befindet, deren Führung als besonders dogmatisch gilt, hat die Affäre noch verschlimmert. Liberale serbische KP-Kreise fordern zwar eine sofortige Freilassung von Frau Cicak – aber in der Vojvodina gibt es genug mächtige Funktionäre, die sie im Gefängnis lassen wollen.

# Das Volk spottet nur noch über die Generale

Von WERNER THOMAS

Überall im Land werden die Lokale der beiden großen Parteien frisch gestrichen. Die Peronisten lassen die Fassaden blau-weiß tünchen, die Radikalen rot und weiß. Die politischen Bewegungen veranstalten Kundgebungen und Straßendemonstrationen. Die Zeitungen zitieren die zivilen Persönlichkeiten auf Seite eins und veröffentlichen die Erklärungen der Uniformträger irgendwo im Innenteil.

Bühne frei für die Politiker. Obgleich die argentinischen Militärs noch bis Ende dieses Jahres regieren wollen, müssen sie bereits die Nebenrollen spielen. Nach einer turbulenten siebenjährigen Herrschaft läuft der letzte Akt.

Anfang November soll die Bevölkerung wieder wählen dürfen. Viele Offiziere zählen die Tage. Ihre Regierung drohte oft unter den drei schweren Bürden der Vergangenheit zusammenzubrechen: das ungeklärte Schicksal der Vermissten des blutigen Untergrundkrieges, die Wirtschaftskatastrophe, das Falkland-Fiasco.

Eine absurde Situation ist eingetreten. Die Politiker hoffen, daß die Militärs noch heiß über die Runden kommen, weil die Vorbereitungen für den Machtwechsel noch einige Monate dauern. Die verhängnisvollen Vermissten haben nämlich einen alarmierenden Autoritätsverlust ausgelöst.

Die Presse entledigte sich ihrer Maukörbe. Plötzlich erschienen kritische Kommentare über Regierung und Streitkräfte, selbst „La Nacion“ zieht mit, das sonst stets auf seriöse Zurückhaltung bedachte Qualitätsblatt. Als die Regierung Anfang Januar die satirische Zeitschrift „Humor“ schloß, bildete sich eine solitarische Einheitstfront der Medien. Nachdem ein Bundesrichter das Dekret der Regierung

## ARGENTINIEN

aufgehoben hatte, macht sich „Humor“ noch mehr über die uniformierten Herrscher lustig.

Demonstranten skandieren im Chor: „Die Militärs an die Wand, sie verkaufen das Land.“ Der katholische Priester Domingo de Pablos, der während des Falkland-Krieges militärisch auf den Südatlantik-Inseln war, konnte in aller Öffentlichkeit kritisieren: „Wir verloren den Krieg, weil unsere Offiziere nicht gekämpft haben. Ich sah nur Salon-Offiziere, die nicht den Unterschied kannten zwischen einem Kugel und einem Raketenbeschuß.“

Der einst so schweigsame katholische Klerus fordert eine Klärung des Schicksals der 6000 Vermissten. Ein anderer Bundesrichter, Pedro Narvaiz, hatte in einem Bürgerrechtssatz gegen die Regierung ent-

schieden und den Ausnahmezustand gar für verfassungswidrig erklärt. Narvaiz erhielt Drohungen und lebt heute in Rio de Janeiro.

Der Richter Eduardo Francisco Marquardt erläutert die bisher ungewöhnliche Demonstration der Unabhängigkeit seiner Kollegen so: „Viele Richter fühlen sich durch die besondere Situation beeinflusst. Eine Militärregierung wird bald von einer Zivilregierung abgelöst.“

Die Männer der Zukunft heißen Raul Alfonsín, Angel Robledo, Raul Luder, Antonio Cafiero, Raul Matara. Einer von ihnen kann Ende dieses Jahres Nachfolger des Militärpräsidenten General Reynaldo Bignone werden.

Alfonsín, der wohl populärste Politiker, gilt als sicherer Kandidat der Radikalen Bürgerunion (UGR). Der stämmige Jurist, der den linken Flügel dieser traditionsreichen liberalen Partei führt, profitiert heute davon, daß er im vergangenen Jahr gegen den Strom geschwommen ist: Als die Nation die Falkland-Invasion feierte, hatte er vor der Möglichkeit böser Folgen gewarnt.

Robledo, ein ehemaliger Innen- und Verteidigungsminister, und der Gehirnschirurg Matara vertreten die gemäßigten Fraktionen der in mindestens fünf Strömungen geteilten Peronisten. Der frühere Senatspräsident Luder gehört dem „vertikalistischen“ Lager an, das noch immer der Peron-Witwe Isabel die Treue hält. Der unabhängige Cafiero, einst Wirtschaftsmini-

ster, kann sich Chancen als Kompromißkandidat ausrechnen.

Isabel Peron, die im Sommer 1981 nach fünf Jahren Haft und Hausarrest nach Madrid ins Exil ging, scheint keine Präsidenten-Ambitionen mehr zu haben. Prominente Peronisten, besonders Lorenzo Miguel, der mächtigste Gewerkschaftsboß, setzen die Militärs unter Druck, der prominentesten argentinischen Emigranten die aberkannten politischen Rechte zurückzugeben. Sie wäre damit wieder wählbar.

Raul Alfonsín möchte Argentinien von einem Teufelskreis befreien, dem ewigen Wechsel zwischen Demokratie und Diktatur. „Wir müssen dafür sorgen“, sagte er, „daß die Militärs nie wieder an die Regierung zurückkehren.“ Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Politiker allerdings anders regieren müssen als in der Vergangenheit. Als sie zum letzten Mal im März 1976 entmachtet wurden, drohte dem Land ein blutiger Bürgerkrieg, und die Inflationsrate bewegte sich um 500 Prozent.

Die meisten Argentinier atmen auf, wenn dieses militärische Interregnum zu Ende geht. Viele wollen sich jedoch nicht dafür verbürgen, daß dem Land nun kein Putsch mehr droht, so verachtet und verspottet die Generale heute auch sein mögen. Die Leute kennen ein durch bittere Erfahrungen geprägtes Gefühl, das sie „Argentinitis“ nennen. Es ist das Gefühl, daß alles möglich ist. (SAD)

# So berichtet die Sowjet-Presse über Afghanistan

FRIEDRICH NEUMANN, Moskau  
Weißt du vielleicht, wie es unsere Soldaten in Afghanistan geht? In den letzten drei Jahren hätte ein Sowjetbürger, der sich brav an die Berichterstattung der eigenen Medien hielt, erstaunt zurückfragen können: Wieso, sind denn welche dort?

Seit dem Eindringen der Roten Armee in das Bergland am Hindu-Kusch berührt die Moskauer Presse dieses unheimliche Thema selten und nichtssagend. Doch seit einiger Zeit liest es sich anders. Auffallend häufig und in großer Breite schildern die Zeitungen den Soldaten zugeschriebene Verdienste um das Wohlergehen des afghanischen Volkes, zum Beispiel, wie sie arme Bergbauern vor Hunger und Kälte bewahren, medizinische Hilfe leisten, vom Hochwasser zerstörte Brücken wieder herrichten, gemeinsam mit Landsleuten in Zivildienste für den Bau von Schulen, Wohn- und Krankenhäusern, sorgen.

Sowjetische Spezialisten hatten diese brüderliche Gesinnung schon vor zwanzig Jahren bewiesen, als sie vorausschauend jene Gebirgsstraße nach Kabul anlegten, über die jetzt täglich Truppen und Nachschub vom „Nachbarn im Norden“ herbeigeschafft sowie Exportlieferungen und Verwundete außer Landes gebracht werden. Plötzlich verheimlicht die Moskauer Presse nicht mehr, wie gefährlich dieser Weg ist. „Konterrevolutionäre Banditen“, so wird berich-

tet, legen Minen und überfallen die Fahrzeugkolonnen.

Nach einem Bericht der Regierungszeitung der „Iswestija“ könnte der Leser noch ziemlich sicher sein, daß die Angriffe immer erfolgreich zurückgeschlagen werden und nur der Gegner Verluste hinnehmen muß. Aber wenig später zeichnete „Komsomolskaja Prawda“, die Zeitung des Jugendverbandes, ein völlig ungewöhnliches, realistisches Bild.

Der Bericht schilderte die mühselige Fahrt eines sowjetischen Militärkonvois über die Paßstraße. „Die Hände Koljas klammern sich weiß vor Anspannung um das Steuer, wenn Risse und Schlaglöcher auftauchen.“ Kolja ist ein junger Rekrut aus der Ukraine, neben sich hat er griffbereit Handgranaten und die Maschinenpistole versteckt. In den Straßenköchern können „als unangenehme Überraschung“ Minen mit Zeitzunder verborgen sein, die erst beim dritten, vierten Wagen hochgehen.

Wie alle seine Kameraden hat Kolja natürlich keine Angst. Aber an verschiedenen Stellen des Weges erzählt er: Hier hätten sich die „Basmaschen“ kürzlich eine Maskerade erlaubt und teils in afghanischen, teils in sowjetischen Uniformen Fahrzeuge überfallen. Dort drüben sei ein Autobus mit Partisanen „von unseren Jungs“ befreit worden, den die Banditen entführen wollten. Dann kommt die Stelle, berichtet die Zeitung mit überraschender Offenheit, wo drei

Kameraden Koljas ihr Leben opferten: unter Beschuß gingen, hatten sie ihren Munitionstransporter aus der Kolonne herausgesteuert, bevor er explodierte. Sogar die Namen werden angegeben.

Feierlich verkündete das Komsomolskaja: „Das ist Afghanistan. Nicht ohne Grund nennt man unsere Soldaten, die hier ihren Dienst leisten, Internationalisten.“ Das Schlagwort ist seit Jahren für die friedliebenden militärischen Operationen der Sowjetarmee im Ausland reserviert. „Unsere Soldaten sind die friedlichsten Leute“, erklärte ein Leutnant dem Korrespondenten und fügte mit militärischer Präzision hinzu: „Unsere Hauptaufgabe gilt dem Straßenbau und der wirksamen Hilfe für die Bevölkerung bei Naturkatastrophen.“

Den Vogel schloß wieder die Komsomolskaja-Zeitung, als sie in einer zweiten Reportage an den Einmarsch der sowjetischen Truppen vor drei Jahren erinnerte. „Die Sowjets sind da!“, so scholl damals der frohe Ruf durchs Land. Sogar Mullas hätten vor Freude geweint und ausgerufen: „Die sowjetischen Soldaten mögen einen anderen Glauben haben, aber uns, die Moslems, erweisen sie sich als echte Freunde.“ Denn die Bevölkerung mußte zuvor zweifachen Terror erleben, ausgeübt von irgendwelchen „Banditen aus Pakistan“ und von einem gewissen Amin im Präsidentenpalast von Kabul.

Wichtig zu sein scheint jetzt die Aufklärung über „die grausamen und blutigen Banditen, die von Pakistan aus operieren“ und die Konsolidierung der Volksmacht behindern. Dieser Aufgabe hat sich vor allem das Organ des Moskauer Verteidigungsministeriums, „Roter Stern“, angenommen. Da es die sogenannte afghanische Konterrevolution längst nicht mehr gäbe, wenn sie nicht „Leute, Waffen und Nachschub aus dem Ausland“ bezöge, werden die in blutigen Schillingen, ausgenommenen „Grausamkeiten der Kämpfe nach üblichem Schema dem „US-Imperialismus“ und seinen Helfern angelastet. Das sind vor allem Ägypten, Pakistan und China.

Nach innen soll die Flut der Afghanistanberichte möglichst bewirken, daß die sowjetische Bevölkerung den opferreichen Einsatz der Armee jenseits der asiatischen Grenze „richtig“ versteht und voll unterstützt. Angesichts der Vielfalt von Informationen, die von westlichen Rundfunksendern in der Sowjetunion verbreitet werden, ist allerdings kein großer Erfolg zu erwarten. Zweifel und Unmut wachsen.

Vor allem scheint unter jungen Leuten, die mit dem Kriegsdienst in Afghanistan rechnen müssen, der Enthusiasmus zu fehlen. Immer häufiger und drängender wird von der Parteipresse verlangt, „militär-patriotische Erziehung“ zu verstärken.

auf verwiesen, daß sich Schwefeldioxid mit Ozon sowie mit Fluorwasserstoff und Schwermetallen in ihrer schädlichen Wirkung auf Pflanzen gegenseitig verstärken.

## UNIVERSITÄT

Marburger Mediziner haben im afrikanischen Staat Sierra Leone eine Klinik weiter ausgebaut. Die Marburger Philipps-Universität schickte dieser Tage medizinisches Kleingerät, Medikamente und Verbandsmaterial im Wert von 12.000 DM in die „Eastern Clinic“ nach Mobai, eine Klinik, mit der die Universität seit Jahren in Verbindung steht. Schon 1980 hatte die Marburger Uni einen Lastkraftwagen mit Einrichtungsgegenständen in das Urwald-Hospital gesandt. Die Kosten hierfür waren stets durch Spenden zusammengekommen.

## Personalien

don, Südkorea und Neuseeland wurde er 1976 Ständiger Vertreter des Botschafters in Pakistan. 1979 wurde er als Ständiger Vertreter des Botschafters nach Australien versetzt.

## GEBURTSTAG

Joseph Baron, stellvertretender Chefredakteur der „Deutschen Verkehrszeitung“, wurde am 12. Februar 60 Jahre alt. Der gebürtige Vogtländer und frühere Frontsoldat bei einer Panzer-Aufklärungsabteilung hat nach dem Zweiten Weltkrieg Redaktionsstätigkeit mit Erfahrungen in der Praxis des Autos kombiniert. Er war Testfahrer für Lastkraftwagen aller Größen und gilt als Pionier des Europa-Asien-Verkehrs, nachdem er mit einem 32-Tonnen schweren Sattelzug die Paß-Strassen der Türkei überwand. Der in allen Automarken gerechte „Fern-

fahrer“ Baron geht privat am liebsten zu Fuß. Seine Passion in seiner Heimatstadt Wedel ist das Wandern.

## EHRUNG

Die Friedrich-Flick-Förderstiftung verlieh ihren Umweltschutzpreis 1982 an die Professorin Dr. Lore Stenning. Frau Stenning leitet das Institut für Pflanzenökologie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Der Preis ist mit 50.000 DM dotiert. Die Flick-Förderstiftung würdigt die hervorragenden wissenschaftlichen Arbeiten über die Wirkung von Luftverunreinigung auf die Pflanzenwelt. In ihrer Langzeitbeobachtung untersuchte die Professorin vor allem die Pflanzenschäden im Zusammenhang mit dem sich immer mehr ausbreitenden Waldsterben. Lore Stenning hatte unter anderem dar-

eintrat, war zunächst am deutschen Generalkonsulat in Chicago und an der deutschen Botschaft in Ankara tätig. 1973 nahm er an einem Lehrgang des Nato-Defence-College in Rom teil. Anschließend wurde er der deutschen Botschaft in Rom zugeteilt, wo er bis 1978 blieb. Seit 1978 leitet er ein Referat für Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes. Dr. Koppenhauer befaßt sich hier unter anderem mit der kulturpolitischen Öffentlichkeitsarbeit und mit der Förderung der deutschen Sprache im Ausland.

Dr. Helmut Schatzschneider wird neuer Botschafter in Vientiane, Laos. Der gebürtige Berliner, Jahrgang 1931, studierte Politische Wissenschaften, Geschichte und Volkswirtschaft. Seit 1955 gehört er dem Auswärtigen Amt an. Nach Auslandsstationen in Lon-

An alle Mitbürger!

# Endlich wieder Hoffnung

Endlich gibt es wieder einen Silberstreif am Horizont. Nach 13 Jahren Mißwirtschaft in Bonn zeichnet sich ein langsamer Aufschwung unserer Wirtschaft ab. Nicht von heute auf morgen. Aber stetig. Wie ein zartes Pflänzchen. Es darf nicht durch eine falsche Wahlentscheidung zertreten werden. Der Staatsbankrott stand vor der Tür. Noch ist die Gefahr nicht gebannt. Aber es gibt Hoffnung. Die neuen Männer in Bonn haben das Finanzruhr herangerissen. Sie verstehen etwas von Wirtschaft und Finanzen. Die Zinsen sinken. Die Inflation geht weiter zurück. Die Konjunktur zeigt aufwärts, langsam aber sicher. Unsere gute deutsche Mark fängt an, wieder hart zu werden.

## Gerhard Stoltenberg – Europas bester Finanzminister

Der Mann, der die Verantwortung für die Rettungsaktion übernahm, heißt Gerhard Stoltenberg: solide, geradlinig, sachkundig und zuverlässig. Ganz Europa beneidet uns um diesen Finanzminister. Die richtigen Führungskräfte. Die tüchtigen deutschen Arbeiter. Unternehmer, die wieder Mut bekommen und investieren. Damit geht es voran. Diese Richtung stimmt!

## Rauf – nicht wieder runter!

Den Aufschwung nicht gefährden! Konservative Aktion

Aunhamer Weg 45 · 8399 Griesbach  
Konto: Deutsche Bank Wiesbaden 0207 100 (BLZ 510 700 21)

**COUPON**

☐ Ich möchte in der Konservativen Aktion mitarbeiten.

☐ Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial.

☐ Ich möchte die Konservative Aktion finanziell unterstützen.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Alter \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_



## Dokumentation zur Vertreibung in Arbeit

DW, Bonn  
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann läßt nach Informationen der WELT am SONNTAG eine wissenschaftlich einwandfreie Dokumentation über die Vertreibung während der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten erarbeiten.

Als Sofortmaßnahme hat Zimmermann außerdem eine Freigabe des im Bundesarchiv Koblenz vorliegenden Berichts über die Ergebnisse der bisherigen Untersuchungen zur wissenschaftlichen und publizistischen Benützung veranlaßt. In einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß teilte der Bundesinnenminister mit: „Der Bericht ist also nicht mehr unter Verschluss wie zur Zeit der SPD/FDP-Koalition.“

Als Grundlage für die Dokumentation sollen die im Bundesarchiv gelagerten 10 000 Einheitsberichte und etwa 18 000 Aufzeichnungen von Gemeindefunktionären dienen, sowie Vernehmungsniederschriften, Briefe und Tagebuchauszüge – eine über 40 000 Unterlagen umfassende Sammlung, die in etwa 3500 Auswertungsbogen zusammengefaßt ist.

Zimmermann will gleichzeitig Gutachten in Auftrag geben, die sich mit den „rechtlichen und strafrechtlichen Aspekten“ der Vertreibung befassen; „Vertreibung“ als Begriff für den Gesamtvorgang der Entwurzelung der ostdeutschen Bevölkerung und ihres Leidensweges.

Bereits zur Zeit der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD war das Bundesarchiv durch Kabinettsbeschluss vom 16. Juli 1969 beauftragt worden, das vorliegende Material über die Vertreibung zusammenzustellen und auszuwerten. Eine Veröffentlichung dieser Dokumentation war später von der SPD-Regierung nach mehrfacher Überarbeitung und darin vorgenommenen Streichungen wiederholt abgelehnt worden.

## GESAGT

„Die Polen wollten gar nicht aus ihrer Heimat raus. Die waren auch gar nicht so sicher, ob sie da wirklich hingehören: nach Pommern und nach Ostpreußen, nach Danzig.“

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einer SPD-Wehrkampfsveranstaltung in Regensburg.

## Stoltenberg: Zeichen für wirtschaftliche Belebung

Lambsdorff verspricht Rückzahlung der Zwangsanleihe

DW, Washington/Bonn  
Ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland gibt es auch in einer Reihe anderer Länder, insbesondere auch in den USA, ermutigende Zeichen einer wirtschaftlichen Belebung. Dies erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) in einem Interview, das er der WELT am SONNTAG vor seinem Rückflug aus Washington gab, wo er an Beratungen von 22 Finanzministern und Notenbank-Präsidenten des Internationalen Währungsfonds (IWF) teilgenommen hatte.

Stoltenberg fügte hinzu: „Die Ministerkonferenz hat ausdrücklich festgestellt, daß die Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation und die Anstrengungen zur Eindämmung der Haushaltsdefizite die Basis für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen haben. Diese Erfolge – verbunden mit sinkenden Ölpreisen – rechtfertigen die Erwartungen auf eine weitere Besserung der Wirtschaftslage und auch auf weitere Zinssenkungen.“ In Washington hätten hervorragende Fachleute und Politiker der westlichen Staaten erklärt, sie erwarteten bei einer Bestätigung der Bundesregierung am 6. März einen zusätzlichen wirtschaftlichen Aufschwung-Impuls, der auch anderen Ländern zugute kommt.“

Auch Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) äußerte sich im Hinblick auf die Konjunkturlage „vorsichtig optimistisch“. Gegenüber der „Bild am Sonntag“ meinte er: „Genauso wie die Bundesbank haben wir deutliche Hinweise, daß der private Verbrauch jetzt auch anspringt. Das letzte Quartal hat bereits eine Stabilisierung der Verbraucher-Nachfrage gebracht.“ Als Gründe nannte der Minister: „Öl und Benzin sind heute billiger als im Vorjahr. Die Sparquote geht zurück, weil die Zinsen gesunken sind. Jetzt haben die Verbraucher wieder mehr Geld für den Konsum, sie können beim Einkaufen wieder mehr ausgeben.“

Im Saarländischen Rundfunk sagte der FDP-Politiker über die in der Regierungskoalition umstrittene Zwangsanleihe: „Ich verspreche meinen Wählern, daß es bei der Rückzahlbarkeit bleibt. Das steht im Bundesgesetzblatt. Das ist geltendes Recht. Das ist ein verbindlicher Anspruch, ein einklagbarer Anspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland, und daran wird sich auch nichts ändern.“

RÜDIGER MONIAC, München  
Auf die „schicksalhafte Bedeutung“ des Jahres 1983 für die Sicherheit des Westens hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner auf der 20. Wehrkundentagung in München hingewiesen. Nach seinen Worten stehen die NATO und die Bundesrepublik vor einem doppelten Test. Bei der Durchsetzung des Doppelbeschlusses stünden einerseits Verteidigungswille und -fähigkeit der freien Völker Europas auf dem Prüfstand, andererseits aber auch der „wirkliche Abrüstungswille“ der Sowjetunion.

Im Mittelpunkt der Diskussion auf der traditionellen Münchner Begegnung von mehr als hundert Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten aus fast allen Ländern der westlichen Allianz stand die Frage, wie die „Herzen und Hirne“ der Menschen für eine westliche Sicherheitspolitik gewonnen oder wiedergewonnen werden können, die angesichts einer ungeheuren Zerstörungskraft vorhandener nu-

chen Aufschwung-Impuls, der auch anderen Ländern zugute kommt.“

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte auf einer Wahlveranstaltung seiner Partei in Dortmund, er rechne damit, daß das höchste deutsche Gericht die Wahl zulassen werde. Der Richterspruch werde möglicherweise „mit Ermahnungen für die Zukunft und vielleicht auch Normen“ verbunden sein.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erklärte, er gehe davon aus, daß das Bundesverfassungsgericht die Auflösung des Bundestages für verfassungsgemäß erklären werde. Er könne sich nicht vorstellen, daß das vierte Verfassungsorgan Bundesverfassungsgericht anders urteilen werde als die anderen drei Organe Bundeskanzler, Bundestag und Bundespräsident.

## Brandt erwartet von Karlsruhe „Ermahnungen“

AP, Bonn

Das Bundesverfassungsgericht wird nach Auffassung führender Politiker von CDU und SPD die Klagen gegen die Auflösung des Bundestages zurückweisen und damit auch verfassungsrechtlich den Weg zu Neuwahlen am 6. März freimachen. Zugleich gab es am Wochenende in Bonn Hinweise dafür, daß die Verfassungsrichter intern bereits eine entsprechende Entscheidung getroffen haben. Offiziell soll der Beschluß des Gerichts am Mittwoch verkündet werden.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte auf einer Wahlveranstaltung seiner Partei in Dortmund, er rechne damit, daß das höchste deutsche Gericht die Wahl zulassen werde. Der Richterspruch werde möglicherweise „mit Ermahnungen für die Zukunft und vielleicht auch Normen“ verbunden sein.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, erklärte, er gehe davon aus, daß das Bundesverfassungsgericht die Auflösung des Bundestages für verfassungsgemäß erklären werde. Er könne sich nicht vorstellen, daß das vierte Verfassungsorgan Bundesverfassungsgericht anders urteilen werde als die anderen drei Organe Bundeskanzler, Bundestag und Bundespräsident.

## Irak bombardiert Irans Öl-Terminal auf Kharg

Gegenoffensive / Cheysson zu Verhandlungen in Bagdad

AP/AFP, Bagdad  
Verbände der irakischen Marine und Luftwaffe haben am Wochenende im Zuge einer Gegenoffensive erneut den Öl-Terminal auf der Insel Kharg, das wichtigste iranische Ölverladezentrum, angegriffen. Nach einem offiziellen Militärkommuniké sind dabei die westlichen Verladeplattform der Insel und ein nicht identifizierter Tanker bombardiert worden und in Brand geraten.

Das irakische Fernsehen unterbrach sein Programm, um Einzelheiten der neuen irakischen Gegenangriffe gegen iranische Stellungen bekanntzugeben. Schwerpunkt der insgesamt mehr als 100 Angriffe war das Gebiet, in dem Iran seine jüngste Großoffensive gestartet hatte. In einem Kommuniké des Oberkommandos in Bagdad hieß es, die irakischen Flugzeuge hätten dem Feind erhebliche Verluste vor allem im Frontabschnitt bei Misan gestiftet. Nach dem offiziellen Kommuniké hat der Angriff am Samstagabend um 21.32 Uhr Ortszeit begonnen. 57 Iraner seien allein im Frontabschnitt bei Misan getötet worden. Alle Flugzeuge seien unbeschädigt zu ihren Ausgangsbasen zurückgekehrt.

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einer SPD-Wehrkampfsveranstaltung in Regensburg.

Bereits in der Vergangenheit hatte Irak mehrfach seine überlegene Luftwaffe gegen iranische Offensiven eingesetzt. Auch Flüge gegen die Öl-Insel Kharg hatte Bagdad seit Ausbruch des Golf-Krieges vor zweieinhalb Jahren mehrfach gemeldet. Aber zum ersten Mal wurde jetzt auch ein Einsatz der irakischen Marine so weit entfernt von den eigenen Hoheitsgewässern bekannt. Ein Sprecher der irakischen Armee betonte, das beweise die Fähigkeit auch der Marine, dem „iranischen Feind“ schwere Schläge zu versetzen. Mehrere hundert iranische Kriegsgefangene wurden am Samstag durch die Straßen der irakischen Hauptstadt geführt.

Ebenfalls am Samstag wurde der aus Jordanien kommende französische Außenminister Claude Cheysson auf dem Flughafen von seinem irakischen Amtskollegen Tarek Asis begrüßt. Nach Berichten aus Paris geht es bei den Gesprächen vor allem darum, daß Frankreich mit Irak die Lieferung preisgünstigen Rohöls im Gegenzug für französische Waffen vereinbaren will. Asis hatte bei einem Paris-Besuch im Januar um Zahlungserleichterungen für französische Waffen im Wert von rund 4,7 Milliarden Mark ersucht, die im vergangenen Jahr von Irak bestellt worden waren.

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einer SPD-Wehrkampfsveranstaltung in Regensburg.

## Ungarn: Aktion der Opposition in Budapest

AP, Wien

Die erste größere Zusammenkunft der ungarischen Opposition seit der am 23. Januar erfolgten Schließung der „Samizdat-Boutique“ von Laszlo Rajk, dem 1949 hingerichteten ungarischen Innenminister, fand am Wochenende in Budapest statt.

Eine in Samizdat herausgegebene Anthologie in bibliophiler Ausgabe mit Novellen, Essays und Gedichten von 34 ungarischen Autoren und den Werken von 20 Philosophen, die zu den bekanntesten Künstlern des Landes zählen, wurde bei der Zusammenkunft vorgestellt.

Der Erlös aus dem Verkauf der Anthologie, die in 300 Exemplaren vom Literaturkritiker und Herausgeber der Samizdat-Zeitschrift „Beszelex“ Ferenc Kocszeg, Gabriel Lengyel, einem Gründungsmitglied der Hilfsorganisation für die Armen, „Szeta“, herausgegeben wurde, soll dieser Organisation zugute kommen und die Armen verteilt werden.

## Barbie jetzt im Sicherheitstrakt

AP, Lyon  
Der ehemalige Polizeichef von Lyon, Klaus Barbie, ist am Wochenende in Lyon vom Militär fängnis Fort Montluc in den Sicherheitsstrakt des Zivilgefängnisses Saint-Joseph verlegt worden. Die Verlegung erfolgte nach Angaben der Polizei aus Sicherheitsgründen. Der Untersuchungsbehörden hätte in Montluc Opfer eines Heckschützen werden könnte. Für Aufregung hatte ein Foto Barbies in einer französischen Wochenschrift gezeigt. Das Bild, das den Gefangenen im Innenhof von Montluc zeigt, war von den oberen Stockwerken eines Nachbargebäudes aus aufgenommen worden. Aus derselben Position hätte ein geduldeter Schütze sein Ziel verfehlen können.

## 62 533 Aussiedler aus Rumänien

AP, München  
Von 1978 bis einschließlich 1982 sind 62 533 Aussiedler aus Rumänien in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Die Zahl gab am Wochenende die bayerische Sozialministerin bekannt. 1978 hatte der rumänische Staatschef Nicolae Ceausescu gesagt, daß für einen Zeitraum von fünf Jahren jährlich etwa 110 000 Volksdeutsche das Land verlassen dürften.

## Verteidigungspolitik – auch um Herzen und Hirne

RÜDIGER MONIAC, München  
Auf die „schicksalhafte Bedeutung“ des Jahres 1983 für die Sicherheit des Westens hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner auf der 20. Wehrkundentagung in München hingewiesen. Nach seinen Worten stehen die NATO und die Bundesrepublik vor einem doppelten Test. Bei der Durchsetzung des Doppelbeschlusses stünden einerseits Verteidigungswille und -fähigkeit der freien Völker Europas auf dem Prüfstand, andererseits aber auch der „wirkliche Abrüstungswille“ der Sowjetunion.

Im Mittelpunkt der Diskussion auf der traditionellen Münchner Begegnung von mehr als hundert Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten aus fast allen Ländern der westlichen Allianz stand die Frage, wie die „Herzen und Hirne“ der Menschen für eine westliche Sicherheitspolitik gewonnen oder wiedergewonnen werden können, die angesichts einer ungeheuren Zerstörungskraft vorhandener nu-

klearer und konventioneller Waffenarsenale in Ost und West bei vielen auf Unverständnis und Ablehnung stößt.

Minister Wörner, der zum Auftakt der Veranstaltung sprach, verdeutlichte, daß die Sowjetunion je die Art von Anstrengung durch Einwirken auf die öffentliche Meinung im Westen – einen „Nervenkrieg“ – und durch „Ausbeutung der in Europa grassierenden Angst“ – versuche, der Abrüstung vor allem bei den atomaren Mittelstreckenwaffen zu entgehen. Sollte es der Sowjetunion gelingen, den Doppelbeschlusses, der die Stationierung von 572 US-Mittelstreckensystemen in Westeuropa vorsieht, zu Fall zu bringen, dann sieht Wörner das mit der sowjetischen „Vorrüstung“ bei diesen Waffen verbundene politische Ziel erreicht: die Verwandlung Westeuropas in eine Zone verminderter Sicherheit, die Spaltung des Westens sowie sowjetische Vorherrschaft über Westeuropa. In diesem Zusammenhang seien die SS-

30-Raketen der Sowjetunion, politische Waffen der Abkoppelung und der Nötigung.“

Wörner erklärte, die „entscheidende Schlacht auf dem Felde des Bewußtseins“ zur Durchsetzung des Doppelbeschlusses verlierten, wären die Konsequenzen für die politische Unabhängigkeit Westeuropas von der Sowjetunion nach seinen Worten verhängnisvoll. Dann würde nicht in erster Linie Krieg drohen, sondern das Gefühl der Abhängigkeit und des Ausgegliedertseins an die Sowjetunion. „Wir meinen, wenn wir von Bedrohung reden, die Sorge vor voraussehendem Gehorsam und präventivem Wohlverhalten gegenüber den Sowjets“, unterstrich der Verteidigungsminister.

Seine Beurteilung der westlichen Lage wurde im Kern sowohl von den ausländischen wie den deutschen Konferenzteilnehmern geteilt. Insbesondere die SPD-Vertreter Egon Bahr und der Amtsvorgänger Wörners, Hans Apel, erklärten sich einverstanden mit dem Hinweis des Verteidigungsministers, daß die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion keine Politik betreibe, die Moskau „ins Eck drängt oder gar in die Knie zwingt“, wie Wörner sagte. An der Seite der USA wolle die Bundesrepublik hingegen „leidenschaftlich Abrüstung“, die beiderseitig, aus gegenseitiger und kontrollierter sein müsse. „Unser Ziel bleibt eine Welt mit immer weniger Waffen.“

Bahr und Apel bekräftigten die Wichtigkeit des NATO-Verbandes für die Bundesrepublik. Bahr betonte jedoch auch abersinnig seine Sympathie für eine Berechnung des atomaren Kräfteverhältnisses in Europa, in dem die britischen und französischen strategischen Waffen eine entscheidende Rolle zu spielen hätten. Apel setzte in der Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik deutlichere Akzente als Bahr. Zum Vergleich zwischen Ost und West meinte er: „Die NATO setzt auf Vorbeugung und schnelle Konfliktbeendigung, der Warschauer Pakt auf Vorwärtsver-

teidigung und Sieg.“ Er wie namhafte Unionspolitiker, unter ihnen der bayerische Ministerpräsident Strauß und Staatsminister Mertes vom Auswärtigen Amt, forderten die USA auf, abzulassen von – so Apel – „unklugen Äußerungen und Planspielen“ über den möglichen Verlauf von Kriegen. Nur so lasse sich die sicherheitspolitische Debatte „entemotionalisieren“.

Strauß und Mertes machten auf die langfristige Zielsetzung der Sowjetunion zur Trennung Europas von den USA aufmerksam. Moskau wolle, die Kub-Bundesrepublik nicht schlachten“, meinte Mertes, „sondern sie allmählich auf die eigene Wiese locken und reif machen für die politische Unterwerfung“. Wenn er vor allem bei der Jugend in Zukunft politische Glaubwürdigkeit behalten wolle, brauche der Westen nach den Worten von Mertes ein „möglichst offensives Konzept der Friedensgestaltung“ gegenüber dem zweiten deutschen Staat und gegenüber Polen.

teidigung und Sieg.“ Er wie namhafte Unionspolitiker, unter ihnen der bayerische Ministerpräsident Strauß und Staatsminister Mertes vom Auswärtigen Amt, forderten die USA auf, abzulassen von – so Apel – „unklugen Äußerungen und Planspielen“ über den möglichen Verlauf von Kriegen. Nur so lasse sich die sicherheitspolitische Debatte „entemotionalisieren“.

Strauß und Mertes machten auf die langfristige Zielsetzung der Sowjetunion zur Trennung Europas von den USA aufmerksam. Moskau wolle, die Kub-Bundesrepublik nicht schlachten“, meinte Mertes, „sondern sie allmählich auf die eigene Wiese locken und reif machen für die politische Unterwerfung“. Wenn er vor allem bei der Jugend in Zukunft politische Glaubwürdigkeit behalten wolle, brauche der Westen nach den Worten von Mertes ein „möglichst offensives Konzept der Friedensgestaltung“ gegenüber dem zweiten deutschen Staat und gegenüber Polen.

teidigung und Sieg.“ Er wie namhafte Unionspolitiker, unter ihnen der bayerische Ministerpräsident Strauß und Staatsminister Mertes vom Auswärtigen Amt, forderten die USA auf, abzulassen von – so Apel – „unklugen Äußerungen und Planspielen“ über den möglichen Verlauf von Kriegen. Nur so lasse sich die sicherheitspolitische Debatte „entemotionalisieren“.

# Das WELT-Angebot: Attraktive Dankeschön-Prämien, wenn Sie der WELT neue Abonnenten vermitteln.

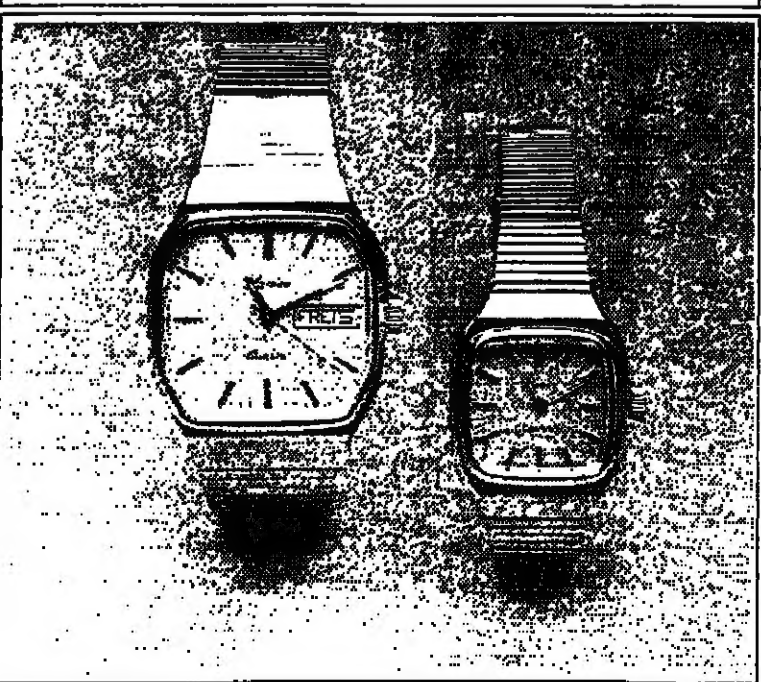
## Ein Taschen-Rechner, der druckt und anzeigt

Iststellige LCD-Anzeige, abschaltbares Druckwerk, handliches Format (ca. 14,3 x 7,2 x 2,7 cm). Funktionen: Fließkomma, Festkomma (1 und 2 Stellen), Addiertaste, Prozent- und Quadratwurzel-Automatik, Vollspeicher, Vorzeichenwechselstaste, konstanter Faktor, 5:4-Rundungsautomatik, Posten-zähler, Zwischen- und Endsummentaste, Nichtrechnen- und Doppelnullentaste. Sie erhalten ihn komplett mit Mignonzellen, 3 Thermo-Papierrollen (38 mm) und Tasche.



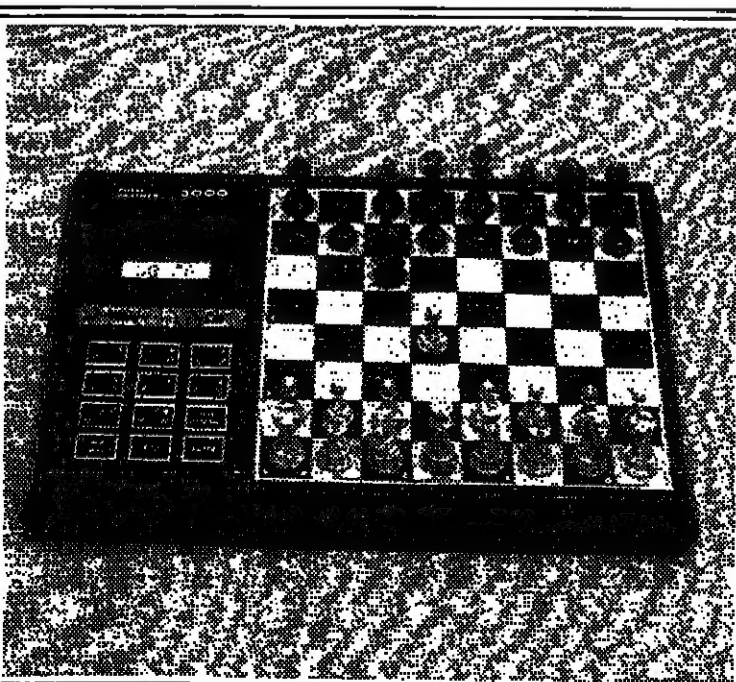
## Eine Herren- und eine Damen-Analog-Uhr

In sportlich-eleganter Form, erstklassiges Quarzwerk, flaches Edelstahlgehäuse mit Mineralglas, geschmiedetes, stufenlos verstellbares Edelstahlband. Außerdem bei der Herrenuhr: Schnellkorrektor für Tag und Datum (day-date Anzeige), auf 3 atm. geprüftes wasserdichtes Gehäuse. Auf jede Uhr erhalten Sie ein Jahr Garantie.



## Stereo-Radio-Recorder

MW und UKW, Stereo/Mono-Schalter, Recorder mit Bandzählwerk, 2 eingebaute Mikrophone, Netz- und Batteriebetrieb, Kopfhörerbuchse



## Ein Schach-Computer

Der „Chess-Partner 3000“ mit Figuren hat acht Schwierigkeitsgrade, die auch während des Spiels verstellbar sind und eine batteriebetriebene LCD-Anzeige. Regelwidrige Züge nimmt er nicht an. Falsche Züge können zurückgenommen, Spielsituationen eingegeben, Figurenpositionen überprüft werden.

Sie erhalten eine dieser attraktiven Prämien, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicherlich werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.

Hinweise für den Vermittler:  
Wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln, können Sie unter zahlreichen Prämien wählen. Unsere Vertriebsabteilung informiert Sie gern über alle Einzelheiten. Für Eigenbestellungen, Werbung vom Ehepartner oder in wirtschaftlicher Gemeinschaft lebenden Personen sowie für verbilligte Studenten-, Schüler- und Bundeswehr-Abonnements kann keine Prämie gewährt werden.

Hinweise für den neuen Abonnenten:  
Der monatliche Bezugspreis der WELT beträgt DM 23,60 (Ausland 31,00; Luftpostversand auf Anfrage). Anfertigung anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen. Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei:

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
Vertrieb: Postfach 30 58 30,  
2000 Hamburg 36, Telefon: 347-45 56

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

## Bestellschein

Ich habe für die WELT einen neuen Abonnenten gewonnen. Bitte schicken Sie mir als Prämie:  
☐ den Taschenrechner, der druckt und anzeigt  
☐ die Herren- und die Damenanalog-Uhr  
☐ den Schach-Computer  
☐ den Stereo-Radio-Recorder  
☐ Bitte schicken Sie mir Ihren Katalog, damit ich mir eine Prämie aussuchen kann.

Name des Vermittlers: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift des Vermittlers: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die Prämie, sobald das erste Bezugsheft dieses neuen Abonnements eingegangen ist.

Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT zum nächstmöglichen Termin für mindestens 24 Monate. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 23,60 (Ausland 31,00; Luftpostversand auf Anfrage) anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name des neuen Abonnenten: \_\_\_\_\_

Straße/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift des neuen Abonnenten: \_\_\_\_\_

Ich war in den letzten 6 Monaten nicht Abonnent der WELT.

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: \_\_\_\_\_

Handwritten signature in Arabic script.







## IFO-INSTITUT

## Warnung vor Protektionismus

Ein international koordiniertes Vorgehen zur Behebung der Nachfrage und zum Abbau der Arbeitslosigkeit hält das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für unumgänglich, um den immer weiter um sich greifenden protektionistischen Tendenzen im Weltmarkt erfolgreich begegnen zu können. Noch niemals in der Nachkriegszeit hätten die Behinderungen des Handels

## Abonnieren Sie Klarheit

Die Informationsflut steigt weiter. Lesezeit ist Mangelware. Die Antwort der WELT darauf: kompakte, konzentrierte Nachrichten und Analysen: dokumentierte, übersichtliche Ordnung. - Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich eine klare Sicht des Weltgeschehens.

## DIE WELT

Die WELT ist eine der größten und wichtigsten Zeitungen in Deutschland. Sie bietet Ihnen eine umfassende und aktuelle Berichterstattung über die Ereignisse in der Welt. Abonnement: 1 Jahr für 120,- DM (inkl. Porto). Bestellen Sie jetzt!

Abonnenten-Service: 040 30 58 30, 2000 Hamburg 36

## Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Ich bestätige die Bestimmung innerhalb von 14 Tagen. Abnahme-Datum gemäß: schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Name: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen abzuheben. Datum gemäß: schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterzeichnet: \_\_\_\_\_

Es ist ein solches Gewicht gehabt wie augenblicklich.

Etwas 40 bis 48 Prozent des Welthandels unterliegen bereits Einschränkungen. Es besteht die Gefahr eines "Protektionismuswettlaufs". Die klassischen Schutzmaßnahmen wie Zölle und Kontingente werden laut Ifo durch immer subtilere Formen von Handelsbeschränkungen abgelöst. Auch die EG und besonders Frankreich greifen zu protektionistischen Maßnahmen. Die Hauptaufgabe wird nach Ansicht von Ifo darin bestehen, die Weltwirtschaft aus der Rezession herauszuführen und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dabei sei aber mit erheblichen Problemen zu rechnen.

Die Strategie zum Abbau der Arbeitslosigkeit muß nach Ansicht der Münchner Wirtschaftsforscher von einem strukturalistischen Konzept begleitet werden, das den Betroffenen einen Rückzug aus nicht mehr wettbewerbsfähigen Produktionen ermöglicht.

## NORWEGEN / Positive Handelsbilanz durch Erträge aus Öl- und Gasexport - 1982 emsig Bohrtätigkeit

## Mißglückte Opec-Konferenz bereitet Sorgen

REINER GATERMANN, Oslo  
Die Norweger können mit ihrem Off-shore-Jahr 1982 zufrieden sein. Erdöl- und Erdgasproduktion in der Nordsee stiegen zwar nur geringfügig um 0,4 Prozent auf 48,89 Mill. t Öl-Äquivalente (toe) im Wert von zirka 23,5 Mrd. DM, aber in keinem Jahr zuvor ist so emsig und auch so erfolgreich gebohrt worden wie 1982. Hinzu kommt, daß der Staat an Produktions- und Transportsteuern umgerechnet rund 8,5 Mrd. DM kassierte, dies sind immerhin 17 Prozent der gesamten Staatseinnahmen. Schließlich sorgten die Erträge aus dem Öl- und Gasexport, die mit etwa 18,5 Mrd. DM gut 47 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes ausmachten, dafür, daß Norwegen auch 1982 wieder mit 4,7 Mrd. DM eine positive Außenhandelsbilanz vorlegen konnte. In den letzten Wochen sind allerdings die Sorgen aufgrund der mißglückten Opec-Konferenz gewachsen, nach außen hin bewahrt man allerdings Ruhe und verweist darauf, bei der Berechnung der Staatsfinanzen recht großzügig kalkuliert zu haben und deswegen auch bei einem einigigen Dollar fallenden Ölpreis keine Korrekturen vornehmen zu müssen.

Zu den Höhepunkten 1982 gehörten die im Herbst in Betrieb

genommene Statfjord-B-Plattform und die Produktionsaufnahme im Valhall-Feld sowie die neuen Berechnungen für das Troll-Feld. Diese zeigten, daß ein riesiger Fund gemacht worden ist, dessen Ausmaße zur Zeit nur geschätzt werden können, weil er in angrenzenden, bisher noch nicht untersuchten Feldern hineinschneidet. Das Erdgasvorkommen ist vermutlich mehr als doppelt so groß wie das des Frigg-Feldes, das bisher größte in der Nordsee entdeckte Lager, und die Ölreserven sind etwa halb so groß wie die des Statfjord-Feldes. Bei der Öl- und Gasuche wurde in den vergangenen 3 Jahren der Einsatz fast verdoppelt. 1982 wurden insgesamt 49 Versuchs- und Abgrenzungsbohrungen vorgenommen, 10 mehr als im Vorjahr. 31 Sonden wurden in bisher nicht untersuchten Strukturen durchgebohrt, von denen 14 fruchtbar waren. Total wurden 1982 auf dem norwegischen Seeboden 155 299 m gebohrt, und die gesamte Bohrstrecke seit Beginn der Öl- und Gasuche liegt nun bei 1131,8 km. Die größte Wassertiefe, in der 1982 gearbeitet wurde, betrug 357 m. Im Vergleich dazu: der Eiffelturm ist 300 Meter hoch.

In diesem Jahr wird die Suchtätigkeit auf etwa demselben Niveau liegen. Sowohl für die Nordsee als

auch für die Gewässer vor Mittel- und Nordnorwegen ist die Vergabe neuer Blöcke geplant (insgesamt: 30). Laut Nina Heggelund vom Erdöl- und Energieministerium ist es das Ziel der Regierung, so viele Vorkommen in Reserve zu halten, daß die Produktion aktiv gesteuert werden kann. Dies bedeutet, daß Funde künftig nicht mehr automatisch ausgebeutet werden sollen, sondern auch mal Vorkommen für die Zukunft "abgeschossen" werden.

In dieser Übersichtsarbeit stellt man sich jetzt in der Regierung und bei den Erdölgesellschaften die Frage, welche Auswirkungen ein fallender Ölpreis auf die Produktion und auf die Staatseinnahmen haben könnte. Die alten Felder würden finanziell nicht so schnell betroffen, aber schon bei statfjord könnte es kritisch werden, denn hier werden, wenn die dritte Plattform in die Produktion geht, die Förderkosten auf über 20 Dollar pro Barrel (159 Liter) steigen. Wie groß die Rendite einmal bei Trolld oder in Nordnorwegen sein wird, steht heute noch in den Sternen.

Daß andererseits die Regierung in Oslo und die norwegischen Erdölgesellschaften die derzeitige Lage mit einer gewissen Ruhe betrachten, hat zwei Gründe: Einmal

ging man bei der Berechnung der Staatseinnahmen von einem Preis von 30 Dollar aus, und noch liegt er für das Nordsee-Öl bei zirka 31,5 Dollar, hinzu kommt, daß die Norweger fast für ihren gesamten Produktionsanteil feste Lieferverträge haben und nicht den Spotmarkt in Anspruch zu nehmen brauchen. Zum anderen setzte man den Wechselkurs von Dollar auf Norwegische Krone mit 6,69 Norwegische Kronen verhältnismäßig niedrig an. Im Januar lag er aber bei über sieben Norwegischen Kronen. Aber auch Nina Heggelund kann eine Tatsache nicht leugnen: Eine Preissenkung von einem Dollar verursacht dem Staat einen Einnahmeverlust von ungefähr 335 Mill. DM, und eine Produktionsverminderung von nur einem Prozent bringt rund 155 Mill. DM weniger ein.

Etwas größer ist da schon die Unruhe bei den ausländischen Erdölgesellschaften, die Milliarden-Beträge investiert haben, sie befürchten neben Steuer- nun auch noch einen Preistreik. Sie haben inzwischen von der Regierung eine Änderung der Besteuerung gefordert, die immerhin 8,5 Prozent erreicht hat. Aber dazu meint Nina Heggelund, das Steuersystem hat die Aktivitäten bisher nicht gehemmt.

## EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

## Hilfe für schwache Regionen

WILHELM HADLER, Brüssel  
Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird zu einem immer unentbehrlicheren Faktor der regionalen Wirtschaftsförderung. Dies zeigen die jetzt veröffentlichten Angaben über ihre jüngste Kreditfähigkeit. Die Gesamtfinanzierungen der Bank erreichten danach 1982 rund 4,7 Mrd. Ecu (10,8 Mrd. DM), was einen Zuwachs um 22 Prozent bedeutet. 4,24 Mrd. Ecu (9,75 Mrd. DM) gingen in die Gemeinschaft, der Rest vor allem in die beitragswilligen Länder sowie nach Afrika, in die Karibik und in den pazifischen Raum (AKP-Staaten).

Innerhalb der EG gelang eine deutliche Konzentration auf die wirtschaftlich schwächsten und die besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen. So wurden 80 Prozent des Gesamtbetrags für Vorhaben in Italien, Großbritannien, Griechenland und Irland zur Verfügung gestellt. Einen kräftigen Anstieg der Darlehen verzeichneten auch Dänemark und Frankreich. Die Bundesrepublik nahm die EIB nur für einen Anschlußkredit für das Kernkraftwerk Philippsburg (50 Mill. DM) in Anspruch.

Neben der Regionalförderung betrieb die EIB auch im vergangenen Jahr wieder die Finanzierung von Projekten zur Verringerung der Ölimportabhängigkeit, zur Verbesserung der Fernmelde- und

Verkehrsinfrastruktur sowie zur Entwicklung fortgeschrittener Technologien und zum Umweltschutz. Unter anderem dienten Darlehen der Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten (Autobahn in Friaal und Jütland, Alpen in Italien), der Sanierung der Golf von Neapel und der Verringerung der Ölverschmutzung. Erheblich gestiegen sind auch die Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen über sogenannte Globaldarlehen an Banken und Finanzierungsinstitute. Der Gesamtbetrag dieser Kredite erhöhte sich von 489 auf 908 Mill. Ecu (1,08 + 2,08 Mrd. DM) und betraf 1200 einzelne Vorhaben.

Die Bank schätzt, daß sie insgesamt zur Finanzierung von Anlageinvestitionen von über 80 Mrd. Ecu (212 Mrd. DM) beigetragen hat. Der mit dem Betrieb dieser Anlagen verbundene Beschäftigungseffekt sei auf 58 000 neue oder gesicherte Dauerarbeitsplätze veranschlagt. Darüber hinaus hätten die Leistungen für die 1977 mitfinanzierten Vorhaben rekt oder indirekt zur Beschäftigung von 410 000 Arbeitern beigetragen. Zur Finanzierung von Dauerarbeitsstellen nahm die EIB 1982 Darlehen von 3,2 Mrd. Ecu (7,3 Mrd. DM) an den Kapitalmärkten auf, verglichen mit 2 Mrd. Ecu (5,3 Mrd. DM) im 1981.

## ITALIEN / Handelsbilanzdefizit leicht abgebaut

## Exporte schneller gewachsen

GÜNTHER DEPAS, Mailand  
Der italienische Warenverkehr mit dem Ausland hat im Jahre 1982 mit einem niedrigeren Fehlbetrag abgeschlossen als im Jahr vorher: 16 976 Mrd. Lire (fast 30 Milliarden Mark) nach 17 634 Mrd. Lire im Vorjahr. Ungefähr die Hälfte dieses Defizits entfiel auf Agrar- und Ernährungsgüter.

Das verbesserte Ergebnis ist vor allem dem schnelleren Wachstum der Ausfuhr im Vergleich zur Einfuhr zu verdanken. Während die Importe nur um 12,1 Prozent auf 116 210 Milliarden Lire stiegen, nahmen die Exporte um 15,2 Prozent auf 99 234 Milliarden Lire zu.

Eine Ausnahme davon machten nur die Agrar- und Ernährungsgüter, die Erzeugnisse der Stahl- und NE-Metall-Industrie sowie die Chemie, wo die Einfuhren stärker zunahmen als die Ausfuhren.

Der überwiegend schwächere Anstieg der Einfuhren ist in erster Linie dem vermindernden italienischen Binnenverbrauch nach Investitionsgütern und der konjunkturellen Abflachung der Produktionskurve in zahlreichen Industriezweigen zuzuschreiben.

In den Nicht-Ölberreichen gelang es Italien, seinen Überschuss im Außenhandel von 12 061 auf 13 280 Milliarden Lire zu erhöhen. Besonders erfolgreich schnitten dabei wiederum die metallverarbeitende und die Textil-, Schuh- und Bekleidungsindustrie ab, die allein einen Aktivsaldo von 23 371 Milliarden Lire erzielten. Dabei stieg der Überschuss in den letzten beiden Jahren um 24 Prozent auf 11 823 und in der Metallverarbeitung um

beinahe 19 Prozent auf 11 548 Milliarden Lire. Demgegenüber setzte sich in der Chemie die Verschlechterung der italienischen Außenhandelspositionen unaufhaltsam weiter fort. In diesem Fall stieg das Defizit um 34 Prozent auf 3725 Milliarden Lire.

Ebenfalls weiter vergrößert hat sich der Fehlbetrag im Bereich Agrar- und Ernährungsgüter. Er stieg um 38 Prozent auf 7653 Milliarden Lire. Verantwortlich war dafür die erneut stärkere Zunahme der Importe (plus 25,6 Prozent auf 14 731 Milliarden Lire), der auf der Exportseite nur eine Steigerung um 14,7 Prozent auf 7078 Milliarden Lire gegenüberstand. Bei den Einfuhren schlug vor allem der Bezug von Fleisch (plus 36 Prozent auf 3302 Milliarden Lire), Vieh (plus 28 Prozent auf 1590 Milliarden Lire) und Käse (plus 34 Prozent auf 1055 Milliarden Lire) zu Buche.

Im Vergleich zu der anhaltenden Importdynamik bei Agrar- und Ernährungsgütern nimmt sich die Zunahme des Energiedefizits im italienischen Außenhandel des vergangenen Jahres bescheiden aus: plus 1,8 Prozent von 29 695 auf 30 236 Milliarden Lire. Diesen fast unveränderten Fehlbetrag verankert Italien der nur um 5,7 Prozent auf 37 410 Milliarden Lire gestiegenen Einfuhr und der um 25,8 Prozent auf 7174 Milliarden Lire vermehrten Ausfuhr, vor allem von Verarbeitungserzeugnissen der italienischen Raffinerien, die nach der Stagnation der letzten Jahre neuerdings wieder verstärkt ins Auslandsgeschäft vordringen.

## Neuer Pleitenrekord in Großbritannien

WILHELM FURLER, London  
In Großbritannien sind 1982 so viele Unternehmen insolvent geworden wie noch nie zuvor. Vorläufige Statistiken des Handelsministeriums in London zufolge stieg die Zahl der Unternehmensliquidationen gegenüber 1981 um 40 Prozent auf 12 039. Hinzu kamen 5707 Fälle des Bankrotts von Einzelpersonen, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, 11 Prozent mehr als 1981.

Nach geltender Rechtsauffassung können nämlich Aktiengesellschaften und andere Körperschaften nicht für konkurs oder bankrott erklärt werden, sie können nur in Liquidation gehen.

Schon vor einigen Tagen hatte die Londoner Gesellschaft für Wirtschaftsinformationen, Dun- und Bradstreet, einen Anstieg der Unternehmensliquidationen 1982 um 35 Prozent auf 11 131 Fälle gemeldet. Nur einen Tag später folgte der Report des größten Kreditversicherers in Großbritannien, Trade Indemnity, der einen Anstieg der Liquidationen und Konkursen zusammen um 39 Prozent meldete.

Diese praktisch identischen Angaben über die Entwicklung der Unternehmenszusammenbrüche verdeutlichen, wie stark die Rezession in Großbritannien, die weit länger dauert und schwerer ist, als allgemein erwartet worden war, an die Substanz der britischen Wirtschaft geht. Doch den jüngsten Konkurs-Statistiken zufolge, die einen Rückgang der Industrieproduktion auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren anzeigen, ist ein Aufschwung immer noch nicht in Sicht.

## Bremer Vulkan hat keine Aufträge mehr

WV, Bremen  
Auf dem Bremer Vulkan jagen sich seit dem Wochenende die Krisensitzungen. Eine der großen deutschen Werften hat keine Aufträge mehr. Die griechische „Konkar“-Gruppe will zwei Mehrzweckfrachter aus Bremen-Nord nicht mehr abnehmen. Damit haben 4200 Vulkan-Mitarbeiter keine Arbeit mehr.

Bremens Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) verhandelt seit Sonnabend mit dem Vorstand der Werft und den Betriebsräten. Es geht dabei um ein Betriebskonzept zur Rettung des schon seit Jahren leistungsschwachen Schiffbaubetriebes. Es sieht den erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen vor (rund ein Viertel der Belegschaft). Außerdem geht es um ein Rettungskonzept mit Kooperation mit dem zweiten Bremer Großbetrieb AG „Weser“ (2400 Beschäftigte). Das hat Vulkan-Chef Norbert Henke in einer Stellungnahme zum Werftentwurf unterzeichnet. Dieses im vergangenen Jahr vom Senat im Auftrag gegebene Gutachten ist heftig umstritten, da es Arbeitsplätze vernichtet.

Aus den Krisensitzungen ist bekannt geworden, daß mindestens 100 Mill. DM aufzubringen sind, um eine Teilanleihe sicherzustellen. Das setzt auch voraus, daß für die beiden Mehrzweckfrachter ein neuer Käufer gefunden wird. Nach Anzeigung durch die Griechen in Höhe von 20 Prozent des Wertes war das erste Schiff (75 000 BRT) auf Kiel gelegt worden. Am vergangenen Freitag war der Stapellauf. Zwei Stunden später wurde der zweite Neubau auf Kiel gelegt, dann wurde die Stomierung bekannt.

## RENTENMARKT / Stimmung hat sich gebessert

## Post-Anleihe kam gut an

Seit Mittwoch letzter Woche hat sich die Stimmung an den deutschen Anleihemärkten gebessert. Dieser Aufschwung nach einer ruhigen Phase wird vor allem auf die weiter rückläufige Tendenz des Dollars sowie die freundliche Verfassung des US-Bondmarktes zurückgeführt. Begründet wurde die Anhebung der Renditen für Daueremissionen des Bundes. Im Gegensatz zur Aktienbörse hatte die Diskussion um Wahltermin und Wa-

ausgang keine Auswirkung auf den Rentenmarkt.

Eine sich wegen des Zinssatzes von 7,75 (statt der erwarteten 7,50 Prozent) zunächst ausbreitenden Enttäuschung über die Auswertung der neuen Post-Anleihe wog schnell. Angesichts der Rendite von 7,82 Prozent wird ihr eine gute Aufnahme am Markt vorausgesagt.

Emissionen	11.2.83	4.2.83	30.12.82	30.12.81	30.12.80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,17	7,25	7,45	10,05	9,21
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,02	7,07	7,04	10,55	9,81
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,81	7,50	7,51	10,26	9,41
Schuldverschreibungen der Industrie	7,81	7,82	8,24	11,52	8,31
Kreditanstalten u. Körperschaften	7,44	7,44	7,55	10,13	9,21
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,11	7,09	7,43	10,50	9,71
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,93	7,95	8,94	10,75	9,01
Inländische Emittenten insgesamt	7,43	7,43	7,83	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,94	8,96	8,45	10,32	8,31

## NAMEN

Bergrat a. D. Prof. Dr. Hubertus Roßhoven, Vorstandsvorsitzender der Saarbergwerke AG, Saarbrücken, wird am 15. Februar 70 Jahre.

AG, verläßt das Institut aus gesundheitlichen Gründen. Andreas Weber, Mehrheitsgesellschafter der Andreas Weber AG, Göttingen, wird am 16. Februar das 75. Lebensjahr.

Friedrich Hoyes, stellvertretender Direktor der Deutschen Bank

Wer Was Wo  
Ein Wegweiser für WELT-Leser

**ADRESSEN**  
3332 Einbeck 1, Markier Dinkhorstweg, PF 206, Tel. 0 55 61 / 31 41, FS 9 65 624  
KARL TREIBER, 5000 Köln 51, Postf. 51 10 50, Tel. 02 21 / 30 04 14, FS 9 682 059

**AIR TAXI**  
4000 Düsseldorf 20, Executive - Charter Travel Air, Tel. 02 11 / 4 21 66 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

**ALUMINIUMSCHIEBELTEILN**  
4519 Düsseldorf 1, Fo. Philips-Idell-Latern, Friedenberg 15, Tel. 0 54 02 / 31 44

**ANLAGE- UND FINANZBERATUNG**  
4040 Neuss 1, H. SPINER, Bauherrenmodelle, Glasbacher Straße 38, Tel. 0 21 01 / 5 00 07

**ANRUFBETRIEBWERK**  
B + V + G, Neu-, Gebrauch-, Kauf-, Miet-, Reparaturersatzteile, Goethestr. 12, 31 Hannover 1, T. 05 11 / 7 44 81

**AUS- UND FORTBILDUNG**  
3361 Bad Herzberg 1, Akademie f. Führungskräfte der Wirtschaft, Ambergstr. 22, Tel. 0 53 22 / 7 30

**AUSBILDUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO**  
72 Esslingen, VIV VERBAND m. AKADEMIE, Stöckchenbergweg 30, T. 07 11 / 37 00 07

**AUSKUNFTEN**  
Aachen - Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland, und weltweit  
6000 Frankfurt/M. 16, Schimmlingpfad GmbH, Postfach 1 67 20, Auskünfte weltweit  
0 40 / 5 00 02 33

**AUSTRALIEN / IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONEN**  
6020 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20

**AUTOLEASING**  
3000 Hamburg 50, Beomweg 5, Hertz Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40 / 5 33 02 02  
6000 Heidelberg, Hertz-necker-autoleasing GmbH, Tel. 0 62 21 / 3 70 71

**AUTOMARKT**  
7000 Stuttgart 1, alle Cabrio-Verkauf, SPEED + SPORT, Postf. 4 12, Tel. 07 11 / 47 57 96, T. 7 22 311

**BLOCKHÄUSER**  
3509 Frankenberg-Hausern, WAGRO-Blockhäuser, Tel. 0 54 55 / 5 55

**BLOCKHÄUSER - FERIENHAUSER**  
KUNSTROCKER HOLZHAUSBAU, Emil Thilo KG, 5449 Lutzerath, T. 0 67 62 / 3 03  
6200 Wiesbaden, Eichendorffstr. 33, Polar-Blockhaus GmbH, Tel. 0 61 22 / 63 55

**CABRIO-VERDECKE**  
7 Stutt. 1, Speed + Sport, alle Verdecke, Tel. 07 11 / 47 57 96, T. 7 22 311

**CAMPING-RESERVIERUNGEN**  
6000 München 40, TOURIST GmbH, Karl-Theodor-Str. 66, Tel. 0 89 / 3 00 80 86

**EDV**  
3000 Hannover 1, TCM, Goethestr. 12, Tel. 05 11 / 51 51, Adressen, Programmierung für IBM / 30 / 34 und Sinus 1, Rechenzentrum für BBL, Lohn, Warenwirtschaft, Nachkrieg, u. a., Schulung als Bildungsurlaub in Zusammenarbeit mit RFA, Zubehör, Papiere, Drucker u. a.

**ENERGIEBERATUNG**  
2000 Hamburg 78, RENORGA GmbH & Co. Künnekestr. 22, Tel. 0 40 / 6 78 35 45

**FACHSCHULEN**  
8202 Althofen/Obb., Postfach 2 26, Staatl. anerkt. Hotelberuf-Fachschule, Tel. 0 66 71 / 7 00 10  
Dach, Angewandte-Altd. u. V., Bildungsberatung der DAG u. V., Holtenauer 5, 2 H 36, Tel. 0 40 / 34 91 51, Durchwahl 3 49 15-21

**FERIENHOTEL ZWISCHEN SCHWARZWALDTANEN**  
726 Adenstedt bei Preudenstadt, 750 m, Hohenbad, Tel. 0 74 46 / 20 41

**FERIENFAHRSCHULE**  
5370 Kall + 5372 Schladen / Elbtal, Ferienfahrschule aller Klassen, Oster 2011, Tel. 0 54 1 / 57 78

**GELDSCHRÄNKE ODER TRESORE**  
75 Karlsruhe, Treasore + Heilmann, BAUM-TREASORE, Abt. 3, Tel. 07 21 / 61 40 180

**HAARAUSFALL**  
4800 Dortmund, Haar-Praxis Klassen, Deutschlands größte Praxis für Haar-Praxis, Wipperfurth, Tel. 0 23 71 / 52 74 74

**HOTEL AN DER ROMANTISCHEN STRASSE**  
8800 Rottenburg a. T., Hotel Goldener Hirsch, Tel. 0 89 61 / 20 51, T. 6 1 572

**HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE**  
5300 Bonn 2, Rheinhotel Dreesen, Tel. 02 28 / 36 01 01, Tel. 06 55 417

**HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME**  
Ost Puchshof, 5788 Altenfeld, im Hochsauerland, T. 0 28 34 / 40 12

**HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE**  
4 Düsseldorf, Hotel Fairport, Niederrheinstr. 182, T. 02 11 / 45 08 56, T. 8 564 023, Tagungs-Konferenzszentrum

**IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD**  
Hotel Götze, 7890 Achern, Sommer-Eintracht Achern, Hauptstraße 112, Telefon 0 78 41 / 50 55, Telex 5 577

**IMMOBILIENMAKLER**  
5 Köln 1, Albert Wolter RDM, Weirplatz 9, T. 02 21 / 23 37 27, T. 8 882 932  
3002 Wedemark 10, Tel. 0 51 30 / 44 58, DM 24, POSTELLA GUNDES-IMMOB.-ADRESSBUCH

**IMMOBILIEN UND KAPITALANLAGEN IN AUSTRALIEN**  
6020 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20

**INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN**  
3423 Bad Sachsa, Pädagogium, Bad Sachsa, T. 0 55 23 / 10 01 - Internat-Gymnasium  
6020 Bonn 2, Ernst-Kalkuhl-Gymn., Königswinter Str. 534, Tel. 02 28 / 44 11 54  
8270 Garmisch-Partenkirchen, Internat Aggers, T. 0 89 61 / 2 24 78  
4708 Herten, Internat, Herten, Tel. 0 23 41 / 2 24 78  
4225 Kallert, Schöpfung Varenholz, Garzbergstr. 10, Tel. 0 57 50 / 4 21  
2341 Langeoog, Gymnasium mit Internat, Postf. 19 05, Tel. 0 49 72 / 3 16  
2341 Langeoog, Internat, Langeoog, Tel. 0 49 72 / 3 16  
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosemberg J. Mädchen u. Jungen, Altdorf im Haus 2222 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00  
4221 Weimar, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 34 04 / 20 24 / 25  
3542 Wittingen/Hochsauerland, Internat-Internat, Haupt-, Realschule und Gymnasium b. z. Altdorf J. u. M., MR SKI-Internat f. Leistungssport, Tel. 0 56 32 / 66 37

**INKASSO-UNTERNEHMEN**  
Aachen - Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland, und weltweit  
Berlin 10, WIRTSCHAFTSINKASSO, Spandauer Damm 42, T. 0 30 / 3 22 39 02  
6100 Darmstadt, MEISUR INKASSO-RECHT, Postf. 11 07 67, Tel. 0 61 51 / 2 67 26 - der leistungsfähigste Partner für Großkreditgeber  
2000 Hamburg 1, Schimmlingpfad GmbH, Inkassozustellung, Amelndorfer 45, Tel. 0 40 / 22 73 81, und weitere 12 Inkassobüros in ganz Deutschland

**KLIMA / KÄLTE / LÜFTUNGSBAU**  
4802 Bad Salzungen, Welsch-Wärmepumpen, Tel. 0 52 22 / 8 20 96-99, T. 9 312 159  
4800 Dortmund, Eberhard GmbH & Co. KG, Am Uhlendorfer 4, Tel. 02 31 / 71 60 48  
5110 Eschweiler, Polenz GmbH, Tel. 0 24 03 / 2 50 18 + 2 50 16, T. 8 32 163  
6000 Karlsruhe, Eschler, Klima-Klima-Lösungen, Tel. 0 78 03 / 42 94, T. 07 52 705  
8021 Gillingen, Polenz GmbH, Landsberger Str. 8, Tel. 0 51 05 / 25 75, T. 9 213 229  
2000 Hamburg, Polenz GmbH, PF 50 12 45, Tel. 0 40 / 8 80 40 31, T. 213 800  
3000 Hannover, Gärner KG, Berliner Allee 47, Tel. 05 11 / 85 10 65-66  
3000 Karlsruhe, Polenz GmbH, Tel. 0 78 03 / 42 94, T. 07 52 705  
6002 Lahnstein, Michael Eisele GmbH, Klima, Tel. 0 82 03 / 50 96, T. 04 02 551  
6078 Langen, Polenz GmbH, PF 15 46, Tel. 0 61 03 / 70 21-22, T. 4 15 022

**KONGRESSE, TAGUNGEN**  
6000 Frankfurt, Congress Centrum, Auditorium Monte Carlo, Informationsbüro Monte Carlo, Mainzer Landstr. 174, Tel. 08 11 / 73 05 39  
6000 Karlsruhe, Staatliche Zentrale für Tourismus und Kongresse, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 174, Tel. 08 11 / 73 05 39

**LEASING**  
6000 Augsburg, K. Investitionsgüter Leasing, Nibelungenstr. 1, T. 08 21 / 51 00 77, T. 05 33 527  
4159 Krefeld, GGA Leasing, Schönewasserstr. 216a, Tel. 0 21 51 / 60 48-49  
4184 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Schönewasserstr. 216a, Tel. 0 21 51 / 59 48-49

**MESSEBAU/MESSESTÄNDE + ZUBEHÖR**  
69 140, ZARPL + PARTNER GmbH, Messebau - Großmöbel - Dach, Tel. 0 62 21 / 275 40

**MÜNZFACHGESCHÄFTE / GROSS- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN**  
4 Düsseldorf, MÜNCHANDLING RITTER, Bastionstr. 10, T. 02 11 - 32 50 24, T. 5 03 634

**PSYCHOLOGISCHE-STATISTISCHE TEXT- AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. P.**  
Dipl.-Psych. E. C. Küller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 76, 28 Bremen 33, Tel. 04 21 - 25 37 0

**PSYCHOLOGISCHE BERATUNG**  
Privat-Praxis für Individuell - Analytische Psychologie, Seminare, Persönlichkeitsstruktur, Bewerberberatung u. P. M. Mackiewicz, Humboldtstraße 64, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. 0 21 61 / 18 32 70, und Trogenstr. 57, 6000 München 90, T. 0 89 - 470 82 50

**REFORM-SPEISEÖLE**  
7274 Heilbronn, Reform-Ölmühle GmbH, Postfach 15, Tel. 0 74 50 / 18 03

**ROLLOTTEN / KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN**  
5964 Rensselaers-Haus, Gießmann GmbH, Tel. 0 22 05 / 19 37-42 25  
Mönchengladbach 1, Tel. 0 21 61 / 18 32 70, und Trogenstr. 57, 6000 München 90, T. 0 89 - 470 82 50

**REPARATUR- UND WARTUNG GEMÄß DEN RICHTLINIEN DER BERATUNGSGESCHÄFTEN, ständige Erweiterung durch Eurosignal, Versicherungs-schäden, Reparaturen in der Bundesrepublik innerhalb von 12 Stunden.**

**SAUNANANLAGEN**  
FECHNER - Sauna - Solarium, 7170 Schwäbisch Hall, Raitelstraße 7, Tel. 07 91 / 21 18

**SEBESTATTUNGEN**  
2000 Hamburg 1, Erste Deutsche Beerdiger, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

**SEMINARE**  
VA-Akademie für Führer und Vertriebs - Verkaufsförderungsseminare, V., 6221 Sulzbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 0 61 962 70 01

**SENIOREN-WOHNSTÄTTE**  
6100 Garmisch-Partenkirchen, ROTIS KREUZ-Bezugs-Gesellschaft mbH, Se-niorenheim Garmisch-Partenkirchen, Mittenweg 17-23, Tel. 0 89 21 - 530 46  
6000 Kempten, ROTIS KREUZ-Bezugs-Gesellschaft mbH, Se-niorenheim Kempten, Park mit Pflegestation, Haus L. Heberstr. 6, Tel. 0 83 31 / 20 41

**SENKRECHT-LAMELLEN**  
3 HH 13, auch gebraucht geg. neu, Dr. Heiler + Co. Hansestr. 38, Tel. 0 40 / 44 22 22

**SILVERSTER-GROSSFEUERWE**



ILLEVER / Institut Natec wickelt Aufträge für Dritte ab - Reines Profit-Center

## Die Forschung als Markenartikel

JAN BRECH, Hamburg  
Die Angebotspalette des Unilever-Konzerns ist reichhaltig, fast überschaubar. Mit Produkten den Bereichen Lebensmittel, und Tiefkühlkost, Fisch- und Fleischwaren, Waschmittel, Seife, Körperpflegemittel, Verpackung, Kunststoff und Papier sowie Energie und Transport setzt das Unternehmen in Deutschland um 8,5 Mrd. DM um. An diesem Umsatz beteiligt, wenn auch sehr geringen Anteilen, sind noch zahlreiche andere Tochtergesellschaften, die mehr im bürgerlichen Bereich tätig sind. So verfügt Unilever über eines der größten Forschungsinstitute in Deutschland, als reines Profit-Center Aufträge für Dritte abwickelt.

Die Idee, die im eigenen Forschungsbereich tätigen Wissenschaftler und die vorhandenen Einrichtungen, Anlagen und Geräte Vertragsforschung einzusetzen, anderen Unternehmen zur Verfügung zu stellen, wurde 1971 geboren und verwirklicht. Mit einem Stammkapital von 20 000 DM gründete Unilever die Natec, Institut für naturwissenschaftlich-technische Dienstleistungen GmbH, die in der Personalunion mit der Unilever-Forschungsgesellschaft mbH zusammenarbeitet. Von den rund 100 Mitarbeitern der Forschungsgesellschaft, darunter 70 Akademiker, leitet die Natec diejenigen, die sie

zur Abwicklung spezieller Aufträge benötigt. Ebenso benutzt sie gegen ein Entgelt die Unilever-Forschungsanlagen und -Laboratorien.  
Mit Anzeigen in technischen Fachzeitschriften und mit Flüsterpropaganda habe man zunächst nach Kunden gesucht, betont die Geschäftsführer Gerhard Billek und Sverrir Schopka. Inzwischen erledigt die Natec pro Jahr rund 400 bis 500 Aufträge für etwa 600 Kunden in aller Welt. Die Aufträge reichen von Untersuchungen über den Wasserzustand in privaten Swimmingpools über Hygiene-Untersuchungen vor Ort bis zu großangelegten naturwissenschaftlich-technischen Forschungsaufträgen. Die Auftragswerte bewegen sich zwischen 100 DM und 2 Mill. DM, wobei, wie Billek einräumt, Aufträge über eine halbe Million die Ausnahme sind. Über genaue Umsatzzahlen will Billek ebenso wenig sprechen wie über die Rentabilität der Forschung für Dritte.  
Die Kundeenschaft der Natec stammt überwiegend aus dem mittelständischen Bereich, die über eigene Forschungskapazitäten in ausreichendem Maß nicht verfügen. Bisweilen freilich holt sich auch einmal ein Weltkonzern den Rat bei Natec. Das Programm umfasst die Bereiche Analytik, Umweltschutz, Synthese, Radiochemie, Mikrobiologie, physikalische Untersuchungen, Verpackungsforschung, Geräteentwicklung und

## SIEMENS

### Modernste Fertigungstechnologie für BMW

**München, April '83.** Die Produktion der neuen 3er-Reihe, gesteuert und überwacht durch Fertigungsleittechnik von Siemens, wird die geplante Stückzahl von täglich 800 Fahrzeugen erreichen.

Auftragsfertigung wie bei BMW, bei der kaum ein Fahrzeug dem andern in allen Details gleicht, stellt besonders hohe Anforderungen an die moderne Automatisierungstechnik. Für die Steuerung der komplizierten Arbeitsabläufe im BMW-Werk München lieferte Siemens den Großteil der elektronischen Ausrüstung - vom übergeordneten Fertigungsleitrechner bis zur Funktionsgruppen- und Maschinensteuerung.

Die feste Verbindung vorgefertigter Karosserieteile zum Beispiel, bisher eine schwere körperliche Arbeit, übernehmen jetzt computergesteuerte Schweißroboter. Hohe Wiederholgenauigkeit, weniger Nacharbeit und noch höhere Fertigungsqualität sind das Ergebnis.

Während des gesamten Fertigungs- und Montageprozesses steht

der Siemens-Rechner über verschiedene Funktionsebenen im Dialog mit einem Informationsträger, der jede Karosserie bis zur Fertigstellung begleitet. Darin sind alle kundenspezifischen Wünsche gespeichert. Der Rechner sorgt dafür, daß alle für das jeweilige Fahrzeug benötigten Teile zur rechten Zeit an der richtigen Stelle des Bandes verfügbar sind.

Die Fertigungsleittechnik ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens rund 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran. Siemens.

WALPAPPEN-INDUSTRIE / Produktion gesunken

### Erträge sind auf Talfahrt

JAN BRECH, Hamburg  
Die Lage in der deutschen Walpappen-Industrie ist nach wie vor sehr schmerzhaft. Die Produktion, gerade Rohstoffpreise und gerade Ertragsprobleme gekennzeichnend. Wie es in einer Umfrage der Hamburger Europa Car-AG (ECA) heißt, haben sich die letzten Quartale 1982 gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Auch dieses Geschäftsjahres sehr schlechtes, so daß verbreitet kurzgeachtet werden müsse.  
Nach ersten Schätzungen der ECA ist das Produktionsvolumen noch einmal um rund 15 Prozent zurückgegangen. In der meisten Auslastung der Betriebe sieht sich der seit zwei Jahren anhaltende Bestandsrückgang aller Kundengruppen wider. Die drohenden Probleme würden durch das sehr kurzfristige Reaktionsverhalten der Kunden verschärft.  
Als Ausmaß der Krise, so heißt es ECA, werde an der allgemeinen Ertragslage der Branche deutlich. Das durchschnittliche Ergebnis habe sich von Jahr zu Jahr verschlechtert, und die überwiegende Zahl der Betriebe arbeite zurzeit mit Verlusten. Signalwirkungen gehen von vier Firmengruppen aus, die allein im letzten Jahr aus dem Betrieb haben Konkurs anmelden müssen, zwei Unternehmen durch finanzielle Probleme anderen übernommen worden,

eine weitere Firma habe ein erst vor wenigen Jahren in Betrieb genommenes Werk stillgelegt.  
Als Ursache für die Ertragslücke nennt ECA die im Jahr 1978 aufgrund der Einführung des Anti-Dumping-Zolls ausgelöste Preiswelle für Kraftliner. Von Mitte 1978 bis Juni 1982 habe sich der Einstandspreis für Kraftliner um mehr als 57 Prozent erhöht. Diese Preisexplosion hätten gleichzeitig inländische Hersteller von Walpappentapeten für Preisreduzierungen in etwa der gleichen Größenordnung genötigt. Die im vierten Quartal 1982 eingetretene Abschwächung der Kraftlinerpreise bringe bislang kaum eine Erleichterung.

Zusätzlich werde die Lage durch die seit vielen Monaten herrschende Unsicherheit über die weitere Preisentwicklung der Rohstoffe erschwert, die durch das bei der EG-Kommission anhängige Anti-Dumping-Verfahren für Kraftliner entstanden ist. Eine Entscheidung wird jetzt im März erwartet. Der Anhebung der Mindestpreise um 20 Prozent für Kraftliner, wie sie bei der Brüsseler Behörde im Gespräch sei, dürfte sich nachteilig auf andere Verpackungspapierstoffe wie Textilin, Wellstoff oder Fluting auswirken und damit, so ECA, die Krise sowohl bei der Papierherstellung als auch bei der nachgelagerten Veredelung vertiefen.

### Prämienwachstum verlangsamt

D. SCHMIDT, Hannover  
Die Mecklenburgische Versicherungs-Gruppe, Hannover, die 1981 noch ein Prämienwachstum von 7,3 Prozent verzeichnete, mußte sich 1982 mit einem Plus von 4 Prozent auf 179 (172) Mill. DM begnügen. Im Gegensatz dazu konnten die Erträge „kräftig verbessert“ werden, schreibt der Vorstand in einem ersten Überblick.

Bei der Obergesellschaft, der Mecklenburgischen Versicherungs-Gesellschaft a.G., erhöhte sich die Prämienleistung lediglich um 2,5 Mill. auf 143,5 Mill. DM. Der Rückgang um 8,9 Prozent führte aber zu einem Überschuß im technischen Geschäft. In der Haftpflicht- und Unfallversicherung rechnet der Vorstand mit einem ausgeglichenen Ergebnis, in der Sachversicherung mit leichten Belastungen. Weil zugleich die Zinserträge aus Vermögensanlagen gestiegen sind, sei ein gutes Gesamtergebnis zu erwarten. Bei der Leben Versicherungs-AG stiegen die Beiträge um 11,8 Prozent auf 28,7 (25,6) Mill. DM. Der Überschuß der 1981 um 55 Prozent auf 4,72 Mill. DM zugenommen hatte, werde auf Grund günstiger Sterblichkeitsverläufe, gestiegener Vermögenserträge und erneuter Kostensenkungen nochmals kräftig anwachsen. Die Rechtsschutz-Tochter erzielte Prämienleistungen von 6,8 (6) Mill. DM.

### Personalabbau bei SKF in Cannstatt

nl. Stuttgart  
Die SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt, will bis Ende 1983 in ihrem Werk Stuttgart-Bad Cannstatt ihren Personalstand von zur Zeit 1600 Mitarbeitern um etwa ein Viertel auf 1250 Mitarbeiter abbauen. Dieser Abbau werde sich über vorzeitige Pensionierungen und „einvernehmliche“ Vertragsauflösungen auch über Entlassungen vollziehen. Begründet wird die Maßnahme mit dem strukturellen Einbruch in der Textilmaschinen-Industrie.

Das Werk Cannstatt zählt bei Textilmaschinen-Komponenten zu den führenden Herstellern. Hier, wie auch im Produktbereich Wasserpumpen, gebe es seit einiger Zeit Umsatzrückgänge, Kurzarbeit und Verluste. Letztere werden für das Cannstatter Werk mit fast 1 Mill. DM wöchentlich beziffert. Die längerfristige Absicherung des Werks sei ohne Personalabbau nicht möglich. Das künftige Umsatzniveau des Werks werde über 150 Mill. DM liegen. 1983 sollen hier 15 bis 20 Mill. DM investiert werden.

### DRINT HOTELS / Fünf neue Häuser kommen hinzu

#### Expansion durch Vielfalt

HARALD POSNY, Düsseldorf  
In einer Kapazitätsausweitung 30 Prozent will die Dorint Hotels-Gesellschaft mbH, München, im laufenden Jahr auf einen Umsatz von 75 Mill. DM (plus 10 Prozent) kommen. Diese in Konkurrenz unsicheren Zeiten für ein stark konjunkturabhängiges Geschäft wagt die Expansion zu unterstützen. Geschäftsführer Mergel meint die Erfolgschancen 1983. Die in 22 Häusern mit 1000 Betten (9000 Zimmern) in fast 10 deutschen Bundesländern sowie in drei Nachbarstaaten verteilte (nach Steigenberger) zweitgrößte deutsche Hotelkette setzt Diversifikation.

Aus der Verschiedenartigkeit der Hoteltypen entspringt auch die unterschiedliche Gästecharaktere. Belegungsanreize im Inland werden durch größere Gästekontingente aus dem Ausland (Belgien, Niederlande, Skandinavien) aufgefangen. Der rein touristische Bereich gleicht auch Einbußen im Tagungs-, Seminar- und Bankettgeschäft aus.

Mergel bezeichnet die um 20 Prozent auf 672 000 gestiegene Zahl der Übernachtungen als „zufriedenstellend“. Immerhin nahm die durchschnittliche Zimmerbelegung mit 65,6 (66,5) Prozent geringer ab als in der Branche (minus 6 Prozent).

RASSENGÜTERVERKEHR / Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen

### kaum positive Anhaltspunkte für 1983

U. B. MARKER, München  
Der anhaltende Rückgang des Importaufkommens in der Bundesrepublik hat sich auch 1982 gesetzt und die wirtschaftliche Lage der überwiegend mittelständischen Unternehmen des Straßengüterverkehrs drastisch verschlechtert. Die Erwartungen für 1983 sind eher pessimistisch, eine Besserung nicht nur eine erhöhte Belegung der Konjunktur, sondern auch des internationalen Warenaustausches vorausgesetzt.  
Der Rückgang des Transportvolumens im binnenländischen Güterverkehr schlug bei den gewerblichen Straßentransportunternehmen der Bundesrepublik in den ersten drei Jahresvierteln 1982 tiefen (noch nicht vor) bereits mit einem Minus von mehr als einem Prozent zu Buche. Wie schon in den letzten zwei Jahren versuchten Unternehmen, den Beschäftigungsrückgang im Inland durch

verstärktes Engagement im grenzüberschreitenden Verkehr auszugleichen, und verzeichneten hier einen Beförderungszuwachs von rund 9 Prozent.

Wie der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Güterverkehrs (BDG), Albert Rempe, gegenüber der WELT erklärte, habe trotz dieser erfreulichen Zuwachsraten der Anteil deutscher Transportunternehmen am grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr der Bundesrepublik mit nur rund einem Drittel stagniert. Die Beförderungsmenge mache nur etwa 15 Prozent des Binnengüterverkehrs aus. Deshalb könne die Zunahme des internationalen Verkehrs wohl mengenmäßig nicht aber ertragsmäßig die Einbußen aus dem Rückgang des nationalen Verkehrs ausgleichen, sagte Rempe.

Die Erlössituation bei grenzüberschreitenden Transporten sei unbefriedigend, und außerdem hätten

den deutschen Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten erhebliche Wettbewerbsnachteile durch das sehr hohe deutsche Steuerniveau, durch höhere Lohnkosten. Auch die Straßennutzungsgebühren der Transitländer, besonders in Österreich, drücken auf die Erträge. Zu diesen Kostenbelastungen kämen laut Rempe neuerdings auch immer mehr administrative und protektionistische Wettbewerbsverzerrungen. Allein durch „vermeidbare Grenzaufenthalte“ entstünden den deutschen Straßengüterverkehrsunternehmen jährliche Verluste in Höhe von rund 100 Mill. DM. Konkrete Maßnahmen aller EG-Länder wären seiner Meinung nach gegen derartige Tendenzen dringend notwendig.

Für 1983 sieht Rempe für das deutsche Transportgewerbe kaum positive Anhaltspunkte für eine günstigere Marktentwicklung.







ALPIN / Der große Tag von Todtnau mit einem Sieg von Stenmark

Auf einen Schlag berühmt - Fest für 00 000 Mark bei Lloyds versichert

**MARTIN HÄGELE**/sid, Todtnau  
Die ersten alpinen Ski-Weltreisen in den Vogesen und im Schwarzwald wurden von dem schwedischen Stenmark und dem jugoslawischen Bojan Križaj gewonnen. Auf dem Jungfraufkopf Markstein im Elsaß hatte Vizemeister Križaj den Schweden ngt Fjällberg geschlagen, einen später setzte in Todtnau im Sektoralp Ingemar Stenmark Maß. Zweiter wurde der weizer Max Julen vor seinem ndemann Pirmin Zurbriggen.

Bei einem wahren Volksfest mit 300 Zuschauern bei Kältegraden zehn Grad unter Null badete mark anschließend wahrlich iner Menge, wie sie inzwischen schon abgebrühten und erkalte- Geschäft des Ski-Zirkus selten vorden ist. Weltcup-Erfinder ge Lang jubelte: „Hier in Todt- hat der Weltcup wieder ein haus gefunden. Hier müssen h in Zukunft Rennen ausgetra- werden. Wir müssen was aus r Orten der Bläsen.“

Et 150 000 Liter Wasser und inen Flammenwerfer, wie man im Straßenbau zum Schmelzen 1er verwendet, haben sie die te präpariert. Anschließend mpeilen sie ihren Berg noch ein- richtig durch. Die 60 Mann von Bundeswehr, die Freiwilligen n Skiclub Todtnau. Durch die cher, die derbe Kommisfietel den Schnee getreten haben, sol- kalte Luft sichern, die weiße se schneller gefrieren. So lau- a die erfolgreichste und zu- warzwälder Schnee-Strategie.

At dieser Methode haben die te von Todtnau das erste alpine kcuprennen im Schwarzwald etzt. Zwei Wochen lang haben hr bischen Schnee zusammen- art. Zum Glück fiel dann noch uschnee.

Daß ganz Todtnau mitmacht, motiviert uns“, erzählt Rich- oma. Der 47 Jahre alte Architekt

hat für vier Wochen aufgehört, Häuser zu planen. Statt dessen koordiniert er als technischer Lei- ter des Rennens den Kampf von Menschen und Maschinen gegen die Natur. Fast 500 Mann zählte die Armee seiner Helfer - Feuerwehr, Turnverein, Fußballer.

Aber Thoma mochte nicht daran denken, was passiert wäre, wenn der Föhn den großen Tag der Todtnauer zur großen Enttäuschung hätte schmelzen lassen. „Es wäre schwer, dann die Motivation für einen zweiten Anlauf noch einmal aufzubringen.“

Zwei Wochen lang hat man Thoma und den anderen Verantwortlichen die Sorgen und Hoffnungen aus dem Gesicht ablesen können. Ihre Gesichter waren wie Wetter- barometer. Versichert hatten sie zwar das 200 000 Mark teure Ver- gnügen, Stenmark samt Statisten, den 600 Mann großen Troß des Weltcups und 25 000 Zuschauer an ihren so wundervoll getrapelten Hang zu bringen. Weil keine deut- sche Firma dazu in der Lage war, übernahm die englische Versiche- rungsgesellschaft Lloyds das Risiko der Todtnauer. Für knapp 10 000 Mark Prämie.

Doch hinter dem ganzen Spektakel steckt mehr als nur ein Rennen, das nach zweimal einsehhalb Stun- den und einer Siegererhebung vorbei war. „Es ist die einzige Chance für uns, auf einen Schlag berühmt zu werden.“ Diese Erkenntnis bezog Bürgermeister Edmund Keller aus dem Exposit einer Schweizer Wer- beagentur. Die Untersuchung be- faßt sich mit den Auswirkungen großer Sportveranstaltungen auf den Fremdenverkehr. Fazit: Es gibt in Wintersportgebieten keine bessere Werbung als Olympische Spiele, eine Weltmeisterschaft oder Weltcuprennen.

Gestern liefen die größten Ski- Stars der Welt Reklame für die Wirt- e, Hotels und Pensionen im

„Todtnauer Ferienland“, dort wo 5000 Menschen wohnen.

Es gab auch einen Grund dafür, weshalb andere Wintersportorte fünf oder zehn Jahre beim Welt- cup-Komitee Schlangens stehen mußten, ehe sie in den Gastspiel- plan des weißen Zirkus aufgenommen wurden. Serge Lang, der Vor- sitzende des Weltcups, wohnt in Basel, nur eine halbe Stunde mit dem Auto weg von Todtnau. Und Lang hatte schon immer mal vor- gehabt, den Weltcup vor seiner Haustür auftreten zu lassen.

Lang hin, Lang her. Beziehungen gehören auch in diesem Metier da- zu. Verdient haben die Todtnauer ihr Rennen schon dank ihrer Tradi- tion. Im Herbst 1881 gründeten die Todtnauer den ersten Skiclub Deutschlands. Als Ehrenmitglied stand der norwegische Polarfor- scher Fridtjof Nansen Pate.

Zwölf Mark Eintritt mußten die Erwachsenen beim Weltcup-Rie- sentorlauf in Todtnau zahlen, und dafür bekamen sie auch eine Ex- tra-Vorstellung des deutschen Ski- lers Egon Hirt aus dem Schwar- wald geboten. Hirt, der als Lokal- mator bei diesem ersten Schwarz- waldrennen startete, be- legte im Feld der Weltbesten Rang neun - so gut war in den letzten zehn Jahren kein anderer deut- scher Riesentorlauf-Spezialist.

In Hrebienok, in der Tschechos- lowakei, trugen indes die Damen ihren Weltcup-Slalom dieses Wo- chendes aus. Siegerin wurde die Italienerin Rosa-Maria Quario, die damit zum zweiten Mal in dieser Saison gewann. Die Schweizer Doppel-Weltmeisterin Erika Hess wurde von ihr um zwei Stellen Platz verdrängt, die Polin Malgor- zata Tialka auf den dritten. Hätte Erika Hess gewonnen, so wäre es der 14. Sieg für sie gewesen, und damit wäre sie die erfolgreichste Slalom-Spezialistin aller Zeiten. Beste deutsche Läuferinnen in Hrebienok waren Michaela Gerg als 17. und Christa Kinshofer als 18.



Freude und ein klein wenig Verbissenheit: Jeff Kostoff lacht nach seinem Sieg über Salnikow.

Olympiasieger Wladimir Salnikow besiegt

**sid/dpa, Bonn**  
Nach dem schwachen Abschneiden bei den Weltmeisterschaften des vergangenen Jahres in Guayaquil scheint es bei den amerikani- schen Schwimmern wieder auf- wärtszugehen. Zumindest Jeff Ko- stoff, Cheftrainer Jack Nelson für die Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles, läßt sich nicht ent- gehen. „Er ist unser größter Medail- lenkandidat für die Olympischen Spie- le“, so kommentierte Nelson den Sieg des 17 Jahre alten Kaliforniers beim Arena-Meeting in Bonn über den sowjetischen Weltmeister und Olympiasieger Wladimir Salnikow auf der 400-m-Freistil-Strecke. Mit 3:43,71 Minuten hatte Kostoff die zweitbeste Leistung aller Zeiten er- reicht und damit Salnikow um 21

Hundertstelsekunden geschlagen. Salnikows Weltrekord steht bei 3:42,86 Minuten.

„Jeff Kostoff ist in diesem Ren- nen zum Mann geworden“, sagte Nelson nach dem unerwarteten Er- folg. Auch Salnikow, seit sechs Jahren der erfolgreichste Schwim- mer auf den Langstrecken, zeigte sich beeindruckt. „Die Leistung von Kostoff spricht für sich.“ Den- noch will er den Sieg nicht überbe- werten. Bereits vor dem Welt- kamp in Bonn hatten sowohl die Amerikaner als auch die Schwim- mer der UdSSR darauf hingewie- sen, daß sie zur Zeit nicht auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähig- keit seien. Beide Teams betrachteten das Arena-Meeting als Vorberei- tung auf ihre nationalen Meister- schaften.

In Bestform sind wohl aber zur Zeit die Schwimmerinnen aus der „DDR“. Sie errangen in Bonn alle fünf möglichen Siege und demon- strierten damit ihre dominierende Stellung im Welt-Schwimmsport.

Für den Deutschen Schwimm-Ver- band (DSV) gab es zwar durch Sus- anne Schuster (Bietigheim) über 100 Meter Freistil als Zweite (56,82 Sekunden) und Petra Zindler (Köln) über 200 Meter Schmet- telung als Dritte (2:15,35 Minuten) er- freuliche Platzierungen, aber den- noch war DSV-Cheftrainer Horst Planert mit den gezeigten Leistun- gen in Bonn nicht zufrieden. Pla- nert: „Unsere Trainer sollten ihre Aktiven nicht nur melden, sondern auch in entsprechender Form an den Start bringen.“

ARAJEVO / Olympiatest eher ein Glücksspiel unter freiem Himmel

Blitz, Donner, dichtes Schneetreiben

**sid/dpa, Sarajewo**  
Der Glücksspiel unter freiem Himmel als ein ordnungsgemä- ßes Olympiatest - das waren die nor- den Wettbewerbe von Saraje- vo. Beispielsweise war der Weltcup- uiglauf der Herren über 30 Kilo- meter. Der Amerikaner Bill Koch lassierte bei Blitz, Donner und them Schneetreiben die Kon- zert mit einem nach eigenem sept präparierten Ski. Zwei Mi- nuten und mehr nahm der im Welt- o führende Pokalverteidiger (55 nkte) Vize-Weltmeister Lars k Eriksson (Norwegen) und dem erschreckenden Jurij Boro- wko aus der UdSSR ab. Vom st ganz zu schweigen.

se. Nach 10 km gab Behle mit ei- genen Skiern unter dem Ski auf. Der WM-Siebte von Oslo befand sich prominenten Gesellschaft. Auch Weltmeister Bana (Norwegen) und Olympiasieger Zimjatow (UdSSR) mußten passen. Finnlands Star Jua Mieto (45.) konnte gerade noch den Chinesen Xiaoming Li (46.) abfan- gen. Mit der Startnummer sieben ins Rennen gegangen, passierte Franz Schöbel (Sindelsdorf) als

Aufsprungs in den weichen Schnee und mußte mit einem Rip- penbruch und Verdacht auf einen Beinbruch mit der Ambulanz ins Krankenhaus gebracht werden. „Es ist unverantwortlich, an die Sicherheit der Aktiven denkt ofenbar niemand“, schimpfte Finn- lands Trainer Nilo Halonen.

Ein Jahr vor den olympischen Winterspielen haben Lutz Endlich, Eduard Friedrich und Horst Schä- fer vom Bundesausschuß Lei- stungssport (BAL) bestätigt gefun- den, daß es im Langlauf jetzt drei statt zwei Ländchen gibt, aber die Aussichten in allen anderen Diszi- plinen - bis auf Biathlon - sind noch immer nicht besonders. Stefan Dotzler hat sich spätestens in Sarajewo nach seinem Freund Jo- chen Behle „in der Weltklasse fest- gebissen“. (Endlich). Bei den Da- men überzeugt nur Karin Jäger. Für eine Staffell bei den Winterspie- len sieht der Planungsdirektor des BAL „ohne Susi Riemeier keine Chance“. Daß bei der Hobbylei- der aus München das Mechanis- mium Vorrang hat, ist für den BAL nicht akzeptabel. „Das Ziel des BAL, der im März seine Olym- pia-Planung aufstellt und im Juni mit den Fachverbänden diskutiert, ist eine „leistungshomogene Man- schaft und keine, die nur die Felder auffüllt“.

Führt im Weltcup der Langläufer: Bill Koch aus den USA

zweiter deutscher Läufer das Ziel. Seine Zeit bedeutete Platz 26. „Ich habe den Schnee selbst aus der Spur räumen müssen, sonst hätte ich noch besser sein können.“

Dramen auch beim Skispringen, das im dichten Schneetreiben stattfand und das der Jugoslawe Primoz Ulag mit neuem Schan- zenrekord von 95 m gewann. Der Norweger Vegard Opaas stürzte bei 89 m, geriet am Rande des

Das Aushängeschild der Nordi- schen sind die Biathleten, die in der nächsten Woche bei der WM in Antholz ihre guten Ergebnisse be- stätigen müssen. Sie genießen in der Förderung des Ski-Verbandes und des BAL Priorität, aber im Hinblick auf die WM hofft Endlich, „daß wir vernünftig bleiben“. Eine Medaille in der Staffell könne man schließlich nicht fordern.

SPORT-NACHRICHTEN

Bahnrekord in Inzell

**Inzell (sid)** - Umeine Hundertstel- sekunde verbesserte der Japaner Akira Kuroiwa bei den international- en Eisschnellauf-Rennen in Inzell den Bahnrekord über 500 Meter auf 37,44 Sekunden.

Box-Erfolg für „DDR“

**Schwierin (sid)** - Die Amateurbox- er der „DDR“ gewannen in Schwie- rin einen Vergleichskampf gegen die USA mit 14:10 Punkten.

Hagler überlegen

**Worcester (dpa)** - Der Amerika- ner Marvin Hagler, einziger von beiden Weltverbänden anerkannter Box-Weltmeister, verteidigte in Worcester (Massachusetts) seinen Titel im Mittelgewicht gegen den früheren Europameister Tony Sib- son (Großbritannien) durch techni- schen K.o. in der sechsten Runde.

Hagen im Pokalfinale

**Osnaabrück (dpa)** - Mit einem 112:87-Erfolg beim Bundesliga- Aufsteiger Osnaabrück qualifizierte sich der SSV Hagen für die beiden Endspiele um den deutschen Bas- ketball-Pokal gegen BSC Köln.

Ihle sprang Rekord

**Hinterstarten (sid)** - Thomas Ihle (Oberdorf) holte sich bei den Deut- schen Nordischen Skimeisterschaf- ten der Jugend in Hinterstarten den Titel im Spezialspringen und sprang mit 92 Metern Schanzenre- kord.

Hackl gewann Bronze

**Innsbruck (sid)** - Georg Hackl (Berchtesgaden) sicherte sich bei den Junioren-Europameisterschaf- ten der Rennrodler in Innsbruck hinter Norbert Huber (Italien) und Markus Prock (Österreich) die Bronzemedaille im Einsitzer.

Ordnungsdienst bemängelt

**Münster (dpa)** - Um Ausschrei- tungen fanatischer Fans zu verhin- dern, reichte der Ordnungsdienst der Fußballvereine nicht aus. Die- se erklärte Polizeidirektor Gerhard Kleindamm (Berlin) nach einem dreitägigen Seminar mit leitenden Polizeibeamten in der Polizeihö- he in Münster. An den Deutschen Fußball-Bund (DFB) richtete Kleindamm den dringen- den Wunsch, bindende Anordnun- gen für den Ordnungsdienst bei Bundesligaspielen zu treffen. Oft seien die Order zu alt und würden nicht mehr mit rüden Stadionbesu- chern fertig.

Zwei Ski-Titel für Kiehl

**Fronten (sid)** - Mit ihren Erfolgen in der Abfahrt und im Riesentorlauf war Marina Kiehl (München) erfolg- reichste Teilnehmerin bei den Inter- nationalen Alpiner Deutschen Ski- Meisterschaften in Fronten. Vor einer Woche erst war sie Abfahrts- Weltmeisterin der Juniorinnen geworden.

Boxer ins Gefängnis?

**San Miguelito (sid)** - Hilario Za- pata (Panama), ehemaliger Box- Weltmeister im Mittelgewicht, wur- de von einem Gericht in Panama zu 55 Tagen Haft verurteilt, weil er während eines Streikstreiks erfolg- reichste Teilnehmerin bei den Inter- nationalen Alpiner Deutschen Ski- Meisterschaften in Fronten. Vor einer Woche erst war sie Abfahrts- Weltmeisterin der Juniorinnen geworden.

Sporthochschul-Rektor

**Köln (dpa)** - Der bisherige Rektor der Deutschen Sporthochschule in Köln, Dietrich Rainer Quanz, ist für weitere Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Mit Kurt Wilke, Jürgen Nitsch und Jürgen Steg- mann stehen Quanz drei Pro-Rektoren zur Seite.

Schramm fiel aufs Eis

**Oberstdorf (sid)** - Trotz eines Sturzes beim draufischen Ab- katz Europameister Norbert Schramm für seine Kür bei den Bayerischen Eiskunstlaufmeister- schaften in Oberstdorf von allen fünf Preisrichtern die Note 5,9 so- wohl in der A-Wertung als auch in der B-Wertung. Während sich Schramm bei den Herren durch- setzte, gewann die Deutsche Meiste- rin Manuela Ruben den Damen- Titel.

Hellström fällt aus

**Kaiserslautern (sid)** - Ronnie Hellström, Torwart beim Bundesli- ga-Klub 1. FC Kaiserslautern, fällt für den Rest der Saison aus. Beim Freundschaftsspiel der Lauterer in Pforzheim gegen die Stuttgarter Kickers (2:2) zog sich Hellström einen Trümmerbruch im Ringfin- ger zu.

Billard: Zenkner besiegt

**Madrid (sid)** - Wolfgang Zenkner (München) erlitt in der vierten Spie- lrunde bei den Billard-Europameis- terschaften im Einband in Madrid die erste Niederlage. Gegen Christ- van der Smissen (Niederlande) un- terlag Zenkner mit 137:200.

Strafe für Barcelona

**Zürich (dpa)** - Mit einer Geldstra- fe von 60 000 Schweizer Franken und Sperren für vier Spieler muß der FC Barcelona die schweren Aus- schreitungen beim Supercup- Rückspiel gegen Aston Villa (0:3) bezahlen. Die Kontroll- und Diszi- plinarkommission der Europäi- schen Fußball-Union (UEFA) ver- hängte diese drastische Strafe, weil die Mannschaft von Udo Lattek in vorhergegangenen Spielen schon mehrmals durch undiszipliniertes Spiel aufgefallen war.

TENNIS

Connors wollte vom Platz gehen

**sid, Düsseldorf**

Wimbledon- und US-Open-Ge- winner Jimmy Connors (USA) und der Spanier José Higueras bestrei- ten das Endspiel beim mit 250 000 Dollar dotierten Tennis-Einla- dungsturnier in Toronto. Der 30-jährige Connors besiegte in der Vorrunde den Australier Peter McNamara mit 6:4, 6:4, 7:5. Hi- gueras, im Vorjahr internationaler Meister von Deutschland und in Toronto erst für den handverletz- ten Schweden Björn Borg in letzter Minute eingesprungen, setzte sich gegen den Amerikaner Gene May- er überraschend mit 7:6, 6:4, 7:6 durch.

Beim Spiel zwischen Connors und McNamara konnte nur knapp ein Skandal vermieden werden, als die 9673 Zuschauer im „Maple Leaf Garden“ im dritten Satz zwei um- strittene Entscheidungen mit ei- nem minutenlangen Pfeifkonzert quittierten.

Beim mit 300 000 Dollar dotier- ten WCT-Turnier in Richmond im US-Bundesstaat Virginia machte sich der an Nummer zwei gesetzte Guillermo Vilas selbst das Leben schwer. Im Halbfinale gegen den

Anzeige

Charakter ist ein großes Wort für Bier. Doch trifft es gut die klare, herbe Frische, die Beck's in aller Welt Freunde gewonnen hat.



...löst den Durst. In allen 5 Kontinenten.

Südafrikaner Kevin Curran schloß der vertraumte Argentinier bei ei- ner 5:2-Führung im zweiten Satz fast ein, vergab zwei Matchbälle und brauchte somit zwei Stunden und 20 Minuten zum 6:3, 6:7, 6:4.

ISSCHNELLAUF

Norweger ist Weltmeister

**DW/dpa, Oslo**  
Der 22 Jahre alte Norweger Rolf Falk-Larsen aus Trondheim wurde im Osloer Bislett-Stadion neuer Eisschnellauf-Weltmeister im Gro- ßen Vierkampf. Falk-Larsen, der bereits seit drei Jahren als die größte Hoffnung des gesamten skandinavischen Eisschnellauf- sports gilt, hatte die Strecken 500 m und 5000 m am Samstag gewon- nen. Nach seinem Sieg am Sonntag über 1500 Meter stand sein Ge- samtsieg bereits vor den abschlie- ßenden Rennen über 10 000 Meter fest.

Rolf Falk-Larsen löste damit den Holländer van der Duim ab, der zwei Wochen zuvor bei der Europameisterschaft im Großen Vierkampf erfolgreich war. Doch für die Holländer war es seit jeher schwer, eine Europa- oder gar Weltmeisterschaft in Oslo zu ge- winnen. Van der Duim war diesmal bereits nach dem Absolvieren von zwei Strecken klar abgeschlagen. Der letzte norwegische Weltmeis- ter war 1981 Amos Sjøbrend.

Psalm 90, 1-4, 12

Es hat Gott dem Herrn gefallen, meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

**Prof. Dr. Otto von Essen**  
geb. 20. Mai 1898 gest. 6. Februar 1983

zu sich zu rufen.

In großer Trauer  
Frieda von Essen geb. Voltmer  
Familie Gunthardt von Essen  
Familie Harro von Essen  
Familie Eckehart von Essen

Höpen 59, 2000 Hamburg 62

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

**DIE WELT**  
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Birkhoff

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Jürgen Karius, Christ Grottel, Peter Weerts; Düsseldorf: Dr. Wilh. Herbig; Frankfurt: Peter Weerts; Hamburg: Dr. Dinkwart; Köln: Dr. Dinkwart; Leipzig: Dr. Dinkwart; München: Dr. Dinkwart; Nürnberg: Dr. Dinkwart; Regensburg: Dr. Dinkwart; Stuttgart: Dr. Dinkwart; Wiesbaden: Dr. Dinkwart; Zürich: Dr. Dinkwart.

Zeitungsdirektor: Walter Göttsche; Verlagsleiter: Gerd Brüggenmann; Verlagsredaktion: Hans-Jürgen Karius, Christ Grottel, Peter Weerts; Düsseldorf: Dr. Wilh. Herbig; Frankfurt: Peter Weerts; Hamburg: Dr. Dinkwart; Köln: Dr. Dinkwart; Leipzig: Dr. Dinkwart; München: Dr. Dinkwart; Nürnberg: Dr. Dinkwart; Regensburg: Dr. Dinkwart; Stuttgart: Dr. Dinkwart; Wiesbaden: Dr. Dinkwart; Zürich: Dr. Dinkwart.

**FINANZANZEIGE**

**THE "SHELL" TRANSPORT AND TRADING COMPANY, P.L.C., LONDON**

Ausgabe neuer Anrechnungsbelegbogen zu den Leistungsschuldverschreibungen der Norddeutschen Kasseverlei AG, Hamburg, über Ordinary Shares der The "Shell" Transport and Trading Company, P.L.C., London

Hiermit werden die Inhaber von Leistungsschuldverschreibungen der Norddeutschen Kasseverlei AG über Ordinary Shares der Shell T & T aufgeführt, die die Anrechnung der Schuldverschreibungen auf die Aktien der The "Shell" Transport and Trading Company, P.L.C., London, einreichen.

Die Leistungsschuldverschreibungen werden vom 14. Februar 1983 bis zum 14. März 1983 einschließlich entweder mit Erneuerungsschein oder mit dem neuen Anrechnungsbelegbogen und vom 15. März 1983 nur noch mit dem neuen Anrechnungsbelegbogen lieferbar sein.

Hamburg, im Februar 1983

Im Auftrag  
**Dresdener Bank**  
Aktionsgeschäft







**Felicitas Frischmuth** erhält für ihr schriftstellerisches Werk den mit 10 000 Mark dotierten Kunstpreis des Saarlandes.





„Reitweise“ in Mindelheim

FOTO: DPA

Was dem rheinischen Karneval Jubel, Trubel, Heiterkeit, das sind bei der schwäbisch-alemannischen Fastnacht Schrecken, Schabernack und uraltes Brauchtum. Mit der Maske vor dem Gesicht, erschreckte man die bösen Geister, die Hexen, Teufel und Dämonen und trieb mit einem „Höllen“-Lärm den Winter aus. Morgen freilich hat der Spuk sein Ende. Dann wird die Fastnacht verbrannt, beerdigt oder, wie in Bad Waldsee, gar ersäuft.

## Fastnacht – oder Tiefe Lust am Erschrecken

Von WOLFGANG MINATY  
Sie lauert schon. Noch schlief sie ihren Besen hinter sich her, schlürft mit ihren Strohschuhen über das Kopfsteingeländer. Aber sie lugt bereits scharf nach links, reißt ihren Kopf ruckartig nach rechts – und trifft. Es ist der böse Blick aus einem kalten Herzen. Sie baut sich auf, ihre Schultern werden immer breiter. Dann duckt sie sich, sie senkt ihren Kopf wie ein Stier, der zum Angriff übergeht. Man weicht zurück, unentschlossen, ob man erschrocken oder belustigt sein soll.

Wir haben schließlich Fastnacht, wenn dann doch eine richtige Hexe vor einem steht. Und die Jacke nicht lange. Sie fuchelt mit dem Besen vor anderer Leute anständigen Gesichtern herum, stößt plötzlich mit der Hackenasse vor, hält ein, glotzt widerwärtig und läßt einen gräßlichen Schrei ab. Dann schwingt sie den Besen in die Luft – wir ziehen den Kopf ein – macht zwei, drei eckige Sprünge und hat bereits das Interesse an uns verloren, sie zieht meckelnd ab.

Zu Quinquagesima, dem 50. Tag vor Ostern, wenn im Rheinland und anderswo die drei toten Tage beginnen, kann es einem im Südwesten Deutschlands, wie hier in Gengenbach, passieren, daß ein ganzes Hexenvolk an einem vorbeischießt, freilich nicht in Augenhöhe, sondern mit allen drei Beinen auf der Erde. Früher, als es im Schwarzwald Geister, Dämonen, Hexen und Teufel noch „wirklich“ gab, konnte man die Leute verstehen, wenn sie den Teufel mit dem Beelzebub austreiben wollten, indem sie sich leibhaftig verkleide-

ten oder, etwas fortgeschritten, das Kreuz schlugen und Weihwasser versprengten. Heute hingegen sind die schwarzen und wilden Männer, die Druden und Hexen domestiziert. Sie sind in Zünften straff organisiert und fungieren wie eine auf verwegene Weise altnordische Heimwehr.

Ist die schwäbisch-alemannische Fastnacht ein antimodernistischer Reflex, Zeichen eines starren Festhaltens an überkommenen Bräuten? Oder ist sie ein Trick der Fremdenverkehrsvereine? Pauschalreisen werden zwar immer beliebter, und die Fremden kommen wohl auch auf ihre fremdenlichen Kosten; denn sie kriegen ja ihren vernünftigen Schrecken, und der ist im Preis inbegriffen. Aber sie verstehen kaum etwas von dem, was vor ihren Augen abläuft. Es gibt in den Narrenhochburgen zwischen Karlsruhe und Konstanz, zwischen Freiburg und Rotweil keine Jekken mit Pappnase, keinen Ringelpiez mit Anfasen, keinen Spaß an der Freud. Und wenn es ihn gibt, dann ist das Karneval oder Fasching, aber nicht Fastnacht oder gar Fastnacht, wie einige Gralsritter des Urheerrechts meinen und dabei die authentisch Unbedeckten von den Nicht-Gläubigen scheiden.

Und mit Glauben hat es schon zu tun. Entweder ich glaube an die Hexen und das andere Teufelszeug, oder ich lasse es bleiben. Und dieser Glaube, der sich nicht unbedingt mit der christlichen Lehrauffassung deckt, sitzt tief, und er ist sehr verbreitet. Die Fastnacht im Badischen und Württembergischen scheint unerschöpflich im Hervorbringen von

immer wieder neuen Verkleidungen, die aber keinem modischen Trend folgen, sondern sich aus den althergebrachten Formen entwickeln.

Da gibt es neben den Gengenbacher Hexen diejenigen aus Offenburg, die sich in nichts, außer vielteiliger einer gemeinsamen Schwelgerei, vergleichen lassen. Diese sind ihrerseits nicht mit den Saulgauer Hexen zu verwechseln und die wiederum nicht mit den Waldkircher Kandelhexen.

Das Böse war schon immer populär, erregte die Sinne, beförderte die Phantasie und verblüffte nur den Ignoranten. Das Böse kennt Abarten und Unterarten, bösartige und – wie als Aibi – gutartige. Sind nun die Spätzlebeute und die Dämonen, der Bäckele-Narr und das Kräuterviehl, der Teufelschüttel und der Pfumenschluckler, der Stachi und das Morbille, der Federhahn und der Schantle, Storch, Bären, Güller, Rölle. Sie alle schlüpfen in ihr Kostüm und stülpen sich die (höckerne) Maske vors Gesicht. Und ab ins Getriebe der Straße.

Was wäre ein Fastnachts ohne seine Maske? Mit der Maske führt er seine Aggressionen. Der Psychologe nicht zustimmend. Aus dem Schutz der Maske heraus lassen sich aber auch Empfindungsbedürfnisse befriedigen. Kein Widerspruch vom Soziologen. Der Ethnologe jedoch würde sagen, es reicht alles viel weiter zurück. Die Maske ist Ausdruck einer Abwehrhaltung.

Unsere germanischen Altvordern, erfahren im Umgang mit dem Schrecken, hatten der lebensverneinenden Kraft des Winters, in dem böse Geister und Dämonen



Das Böse war schon immer populär: Saulgauer Hexe, aus der schwäbisch-alemannischen Fastnacht

FOTO: RUDOLF DIETRICH

ihre Herrschaft ausübten, nichts entgegenzusetzen. Es sei denn, sie gebärdeten sich noch schrecklicher als diese. Also setzten sie eine besonders angestrebte Maske vor Gesicht und trieben so den Winter aus. Zudem blieben sie unbekannt und somit vor der Rache der Geister sicher. Sie machten einen „Höllen“-Lärm, was die Solidargemeinschaft stärkte und die Wirkung des Abwehrzaubers begünstigte.

Inzwischen haben die Schrecken des Winters an Überzeugungskraft verloren, und Fruchtbarkeitsriten und Frühlingskulte haben seit der Einführung des Christentums die Anhängererschaft eingebüßt. Geblieben ist die Lust am Erschrecken. Mehr noch: Durch Necken, Rügen und Beschimpfen wird, auch über Standesgrenzen hinweg, der Frust eines ganzen Jahres abgeladen. Psychologen und Soziologen können jetzt wieder mitreden. Geblieben ist auch die Lust, sich zu verbergen, die eigene Identität zu verleugnen und eine neue vorzutäuschen. Maskentrag sind Asylanter eines kollektiven Unterbewusstseins. Sie finden eine Welt vor, die immer noch nicht neu ist; so geben sie sich als Narren aus und ändern, was noch unbewältigt ist.

Und das jedes Jahr aufs neue. Unverdorren. Hauptsache, „s'geht dagegen“, es geht auf die Fastnacht zu. Das ist für den alemannischen Narren die magische Formel, mit der er die Zeit von Aschermittwoch bis gegen Januar überbrückt. Und vom Dreikönigstag an, dem 6. Januar also, geht's mit Macht dagegen. Da werden Häs und Gesell – Kleidung und Schellen – geschüttelt und abgestaubt und so lange geschüttelt

und abgestaubt, bis einem die Ohren heiß werden. Keine halben Sachen! Denn die Zeit ist knapp bis zum „schmutzigen Donnerstags“, auch „auselge, gompige, gumpige, faße Dunschtig oder Donschtig“ genannt. Das ist der Donnerstag vor dem Fastnachtsanfang, und der hat mit Schmutz oder Schmutz, Unflat oder Unrat nichts zu tun. Da seien die Hexen vor! Nein, die Narretei in Deutschland ist eine saubere Prozedur – und eine zukersüße obendrein. Denn Schmutz heißt Fett, und darin werden nach altem Brauch die „Fasnet-Küchle“ gebacken.

Erst wird's aber schon in den frühen Morgenstunden, sagen wir um drei Uhr. Ich blinzele, aus tiefstem Schlaf aufgeschreckt, zum Wecker: nein, vier Uhr. Was für ein Lärm! War das nicht eine Million, die schneppernd auf den Boden gekracht ist oder gleich mehrere? Warum gibt es auf Offenburger Straßen so viele Millionen? Ich trete ans Fenster. Die Hemdglonken sind unterwegs. Sie haben nur eins im Sinn, friedliche Bürger zu nachtschlafender Zeit aus den Betten zu jagen. Mit allem, was poltert und sonst verblödeten Krach macht. Sie flitzen die Straße auf und runter, schemenhafte Gestalten, deren weiße, lange Nachtgewänder unter dem Laternechein gespenstisch aufleuchten. Möglich, daß sie die Toten täuschen wollen. So war es einmal Brauch. Ihre Hemden sehen aus wie Totenhemden. Aber die Toten schlafen besser als unsereiner. Also sind wir gemeint. Und wir haben uns gefälligst am Narrenbrunnen einzufinden, um sechs Uhr in der Frühe.

Draußen auf der Straße: Es ist kalt, finster und laut. Fortwährend knallt es, faucht eine Rakete in die Luft, zerglüh schillern eine Wunderkerze. Aus den Gaststuben quillt Dampf. Dort löffelt man die Bohnensuppe. Auch Fremde können sich daran gewöhnen. Die Straßen sind krachend voll. Alles drängt zum Narrenbrunnen. Und jeder soll es wissen. Die Fasnet, wie es in Offenburg heißt, muß endgültig geweckt werden. Mit Blechbüchsen, Topfdeckeln, Trillerpfeifen und Ratschen.

Und dann kommen sie, die Hexen, schaffen sich Platz. Der Besen ersetzt den Ordnungshüter. Gejaule. Am Brunnen dann vollzieht sich unter Heiden-Lärm der allerchristlichste Akt: Eine Puppe, die die Fasnet symbolisiert, wird getauft. Geheule! ... Mit Inbrunst und aus tausend Kehlen einstimmig: „Schelle, schelle, Sechser, alle alle Hexen!“ Die Narren sind's zufrieden. Die Zeiten, wo die Hexen von sechs Bütteln zum Scheiterhaufen geführt wurden, sind eine vertrackte lebenswürdige Erinnerung. Nicht der Rosenmontag ist der Höhepunkt, sondern, je nach Ort und Zufall, der Donnerstag, Sonntag oder Dienstag. In Offenburg, das neben der Hexen- und der Althistorischen Narrenzunft noch ein weitere Zünfte beherbergt, ist es der Fastnachtsdienstag. Dann wird die Fastnacht in einer schauerlichen Inszenierung verbrannt, andererseits wird sie beerdigt, in Bad Waldsee gar ersäuft. Das sind freilich nur graduelle Unterschiede für denselben Sachverhalt, daß nämlich am Aschermittwoch die närrischen Tage unwiderruflich vorbei sind.

## Der Giftanschlag – ein mißglückter Faschingsscherz?

dpa, Würzburg  
Die Giftanschläge auf Studenten der Würzburger Universität sind möglicherweise ein mißglückter Faschingsscherz. Wie ein Polizeisprecher gestern erklärte, wird „als Hypothese“ geprüft, ob ein Student seinen Kommilitonen durch das Bier und Säfte gemischte hochgiftige Substanz, Thallium, zum Faschingsschmaus eine Gabe verschaffen wollte, sich aber dann der Dosierung irrte. Nach dem Genuß der vergifteten Getränke, die vor fast zwei Wochen vor einem Hörsaal und in zwei Studentenhäusern als vermeintliche Geschenke auftauchten, erkrankten insgesamt zwölf Studenten. Einer der Opfer starb, eines schwelgte auch gestern noch in Lebensgefahr, fünf weitere Studenten werden immer noch im Krankenhaus behandelt. Die Sonderkommission der Polizei, die auch wegen Mordes ermittelt, erhielt rund 200 Hinweise aus der Bevölkerung, ohne daß sich ein heißer Spur zum Täter ergab. Intensive Ermittlungen durch die Münchner Mediziner, die „Wochenchrift“, der zehn Tage vor dem Anschlag erschienen und Thallium als jahrzehntlang verwendetes Enthaarungsmittel beschreibt, De Haarausfall, der am 13. Tag – nach dem Fund der vergifteten Getränke exakt der Faschingsschmaus – einsetzte, sei rückgängig zu machen heißt es. Neben den tödlichen Folgen des Thalliums werde auch eine neue Behauptung, nämlich Thallium schreibe, die das Gift zumindest zum Teil aus dem Körper entfernen könne. Zur Aufklärung der Tat ist eine Belohnung von 1500 Mark ausgesetzt.

## Großzügige Spende

DW, Berlin  
Seine Verbundenheit mit der Berliner Taxifahrt dokumentierte Axel Springer und schenkte der Droschkenzunft zu ihrem traditionellen Ball gestern einen Mercedes 200 Diesel – den zehnten bereits „Axel“, wie er der Einfachheit halber von den Taxifahrern in der geteilten Stadt genannt wird. Bei der Übergabe, die in der Berliner Taxifahrt zum Faschingsschmaus gehörte, waren auch die Taxifahrer der Droschkenzunft, die die Sorge um diese Stadt. Die Taxifahrer seien die wahren Berliner, die „mit Herz und Schmutz“

## Seilbahnabsturz: Acht Tot

dpa, Aost  
Bei einem Seilbahnunglück in italienischen Aosta-Tal sind gestern acht Menschen ums Leben gekommen und vier schwer verletzt worden. Drei Kabinen einer Seilbahn hatten sich während der Fahrt auf der Verankerung gelöst und waren abgestürzt.

## Erster Fahndungserfolg?

sid, Dublin  
Im Fall des entführten Star-Golpers Shergar meldete die irische Polizei einen ersten Fahndungserfolg. Zeugen wählten in der Nacht, die Shergar aus seinem Gestüt „entführt“ wurde, im 80 Kilometer entfernten südlichen Port Laisois einen blau-silbernen Pferdanhänger samt Pferd beobachtet haben.

## Mutter opferte sich

dpa, Breitenfeld  
In den Flammen ihres Hauses in der Gemeinde Breitenfeld (Kreis Herzogtum Lauenburg) sind am Sonntagabend eine Mutter und ihr zwei kleine Kinder umgekommen. Der Vater und ein drittes Kind konnten sich auf der Straße retten. Das Feuer war in den frühen Morgenstunden im Erdgeschoss des Hauses ausgebrochen. Während sich die Mutter in der Straße rettete, lief die Mutter in das bereits leichter loch brennende Dachgeschoss, um die beiden anderen Kinder aus den Flammen zu holen.

## Taunustherme abgebrannt

AP, Bad Homburg  
Das Thermalhallenbad „Taunus“ in Bad Homburg, eines der modernsten und attraktivsten Freizeit- und Erholungszentren der Bundesrepublik, ist in der Nacht zum Samstag bis auf die Grundmauern abgebrannt. Der Sachschaden beträgt nahezu 60 Millionen Mark. Brandstiftung wurde nicht ausgeschlossen. Die im asiatischen Stil ausgestattete Anlage, die 1980 in Betrieb genommen worden war, ist im Besitz eines Privatmannes, der auch über die Konzession für die Bad Homburger Spielbahn verfügt.

## 13 Lawinenopfer

rtt, La  
Bei zwei Lawinenunglücken in den französischen Pyrenäen und in den Alpen sind am Wochenende 13 Menschen ums Leben gekommen. Allein neun Tote gab es, als ein Gruppe von 13 Skiläufern in die Nähe des Wintersportortes Luz in den Pyrenäen von einer Lawine verschüttet wurde.

## Drei Deutsche verunglückt

AP, Lix  
Beim Zusammenstoß zweier Autos aus der Bundesrepublik sind am Wochenende in der Nähe von S. Florian im Inn drei deutsche Urlauber ums Leben gekommen. Zwei der Toten waren eingebürgerte Österreicher und lebten in Süddeutschland.

## ZU GUTER LETZT

„Das war die unangenehmste Busfahrt meines Lebens“, schwärzte sich ein Fahrgast im englischen Seebad Brighton nach einer Strecke beim Chauffeur. W. auf dieser erwiderte: „Und ich mußte diese Fahrweise täglich acht Stunden ertragen.“

## Hochofen der Thyssen AG von Polizei versiegelt

Rätselraten über die Ursache der Gichtgas-Katastrophe

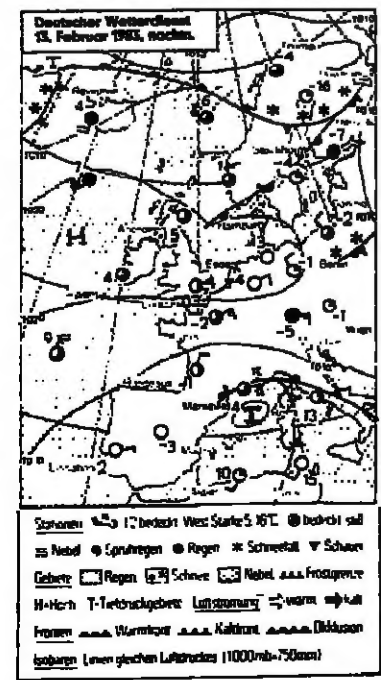
dpa, Duisburg  
Spezialisten wollen in dieser Woche die Ursache des Gichtgasunglücks in einem Hochofen der Thyssen AG in Duisburg-Ruhrort klären. Wo am Freitag bei Reparaturarbeiten sechs Gerüstbauer starben. Polizei und Staatsanwaltschaft haben an der Hochofenanlage technische Einrichtungen versiegelt, die auf eine mögliche Unfallursache hin untersucht werden sollen. Ein Sprecher der Thyssen AG meinte, es gebe zur Zeit keine neuen Erkenntnisse zum Unglücksereignis. Wie die Kriminalpolizei gestern mitteilte, sind zwischen den beiden überlebenden Gerüstbauern im Krankenhaus verstorben worden.

Die Frage ist, wie das giftige Gas aus Kohlenmonoxid, Wasserstoff, Kohlendioxid und Stickstoff – das sogenannte Gichtgas – in den stillgelegten Ofen gelangen konnte. Das brennbare und geruchlose Gas, das während des Hochofenprozesses entsteht, wird im obersten Teil der Anlage, der Gicht, abgesaugt und in ein Rohrleitungssystem geleitet, das auch andere Hochöfen entsorgt. Zur Unglückszeit waren in etwa einem Kilometer Entfernung Arbeiter mit Wartungsaufgaben an einer solchen Gasleitung beschäftigt, die auch zu dem Unglücks-Ofen führt. Die Thyssen AG versichert jedoch, daß dieses Rohr dreifach gesichert sei.

In der neu gemauerten Brennkammer des insgesamt 100 Meter hohen Hochofens waren die acht Arbeiter am Freitag vormittag mit dem Abbau des Arbeitsgerüsts beschäftigt gewesen. Als sie merkten, daß die Atemluft knapp wurde, versuchten sie, über das Gerüst zu Lüftungsöffnungen hochzuklettern. Dabei gerieten sie jedoch in noch dichtere Gaskonzentrationen. Einige fielen bewusstlos vom Gerüst. Die zwei Geretteten überlebten vermutlich auch deshalb, weil sie nicht so schnell und so weit nach oben geklettert waren. Bei ihren sechs Arbeitskollegen waren die Rettungsversuche mit Senkblei durch Bergungstruppen erfolglos. Fünf starben auf dem Hochofengelände, einer im Krankenhaus.

## WETTER: Kalt und trocken

Wetterlage: Zwischen einem Tief über dem westlichen Mittelmeer und



## Der Zufall kam Englands größtem Massenmord auf die Spur

FRITZ WIRTH, London  
Vor dem Haus in der Melrose Avenue 195 in Nordlondon wirbt ein Schild um Käufer. „Zwei Luxuswohnungen zu verkaufen.“ Das Haus ist frisch gestrichen, die Wohnungen modernisiert. Seit drei Tagen weiß man, daß der mögliche neue Besitzer mit einer Reihe makabrer Untertaten gewohnt hätte. Die Polizei vermutet im Haus und im dazugehörigen Garten die Überreste von 13 Leichen.

Seit Freitag gräbt sie diesen Garten um und hat bereits erste Knochenfunde gemacht. Das Unternehmen wird wahrscheinlich noch eine Woche dauern. Es ist zu befürchten, daß keines der Opfer identifiziert werden kann. Ein Tatverdächtiger erschien am Samstagmorgen für eine Minute vor dem Magistratsrichter. Es ist der 37-jährige Denis Nilsen. Sohn eines norwegischen Vaters und einer schottischen Mutter.

Auf die Spur dieses Massenmordes, des bisher größten in der britischen Kriminalgeschichte, kam die Polizei durch Zufall. Zwei Kanalreiniger waren zu einem Haus in Muswell Hill in London gerufen worden, um eine verstopfte Abwasseranlage zu säubern. Sie fanden Überreste eines Toten, der von der Polizei später als der 20-jährige vermißte Stephan Sinclair identifiziert wurde. Wenig später wurden in diesem Haus die zertrümmerten Schmelze von zwei weiteren Opfern gefunden.

Von dort verlagerten sich am Freitag die Untersuchungen auf das acht Kilometer entfernte Haus in der Melrose Avenue. Die Polizei teilte mit, daß sie dort die Leichen

von 13 weiteren Opfern vermutete. Woher sie diesen Hinweis und die präzise Zahl hat, blieb bisher ein Geheimnis. Der 37-jährige Denis Nilsen wurde am Samstagmorgen des Mordes an Stephen Sinclair angeklagt. Er nahm es wortlos zur Kenntnis.

Nilsen hatte direkt nach seiner Schulzeit, die er mit guten Zeugnissen abschloß, in der britischen Armee gedient. Er wurde als Koch ausgebildet und war in den sechziger Jahren am Persischen Golf, auf Zypern und in Berlin stationiert. Er verließ 1971 die Armee und wurde ein Jahr bei Scotland Yard ausgebildet. Da ihm die Bezahlung nicht ausreichte, wurde er Angestellter in der staatlichen Sozialfürsorge zu einem Jahresgehalt von 7000 Pfund (rund 28 000 Mark). Er hatte in dieser Zeit besonders engen Kontakt mit arbeitslosen Jugendlichen und zum Teil auch mit ehemaligen Kriminellen. Nilsen arbeitete zeitweise als Bewährungshelfer.

Nachbarn berichten, daß beide Häuser, in denen nun nach Leichen gesucht wird, ein beliebter Zufluchtsort für Stadtreicher und Squatter waren, die meistens nur für wenige Wochen blieben. Es gibt Anzeichen dafür, daß eine Reihe der Leichen verbrannt wurden. Die Nachbarn hatten sich häufig über die zahlreichen Feuer im Garten des Hauses Melrose Avenue 195 beklagt.

Die von der Polizei entdeckten Leichenreste lagen zum Teil nur 30 Zentimeter unter der Oberfläche.

Scotland Yard ist in den letzten zwei Tagen mit Hunderten von Anrufen besorgter Eltern überschüttet worden, deren Kinder in den letzten Jahren ihr Haus verlassen und auf Nimmerwiedersehen verschwunden waren. Allein in London gab es im letzten Jahr 4446 Vermisstenanzeigen, von denen bis zum Jahresende 506 noch immer nicht aufgeklärt waren. Die Polizei vermutet, daß die meisten der 16 Opfer, nach denen sie zur Stunde gräbt, aus dieser Vermisstenkartei stammen.

Die Funde wurden fast genau zwei Jahre nach der Entdeckung des bisher größten britischen Massenmordes, Peter Sutcliffe, gemacht, des sogenannten „Yorkshire Rippers“, der insgesamt 13 Frauen umgebracht hatte. Sutcliffe gilt als der „Nachfolger“ des legendären „Jack the Ripper“ aus viktorianischen Tagen, der im Jahre 1881 fünf Prostituierte getötet hatte, aber niemals gefunden wurde. Dieser „Ripper“ wurde ebenso wie der Massenmörder John Christie, der heute im Wachstübenkabinett der Madame Tussaud zu besichtigen ist, Teil der britischen Kriminal-Folklore. Christie wurde des sechsfachen Mordes überführt. Kurz vor seiner Hinrichtung machte er noch Andeutungen über weitere sechs Morde. Der Fall wurde niemals ganz aufgeklärt.

Es ist zu befürchten, daß auch dieser Massenmord mit vermutlich 16 Opfern niemals ganz aufgeklärt wird. Der Mörder, der immer es gewesen sein mag, lebte zu lange unter dem Mantel gutbürgerlicher Respektabilität, um Verdacht zu erregen. Zahlreiche Mordspuren verschwanden deshalb heute bereits im dunkel einer nur noch schwer aufzudeckenden makabren Vergangenheit.



Unter Mordanklage: D. A. Nilsen



Massenmörder: Peter W. Sutcliffe



Massenmörder: John Christie